

Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II Fachliche Weisungen

§ 7 SGB II Leistungsberechtigte

Wesentliche Änderungen

Fassung vom 02.01.2020:

- Rz. [7.53](#): Die mit Weisung vom 01.03.2019 getroffenen Regelungen zum Umgang mit Erstattungsforderungen im Rahmen von Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz wurden in die Fachlichen Weisungen überführt.
- Rz. [7.58](#): Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes erfolgte eine Klarstellung hinsichtlich des Rechtskreiswechsels aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II.
- Rz. [7.64a](#) – [7.64c](#): Es erfolgt eine Klarstellung zu den Rechtsfolgen von Ehen Minderjähriger.
- Rz. [7.94a](#): neu: Aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften erfolgt eine Ergänzung zum Ausschluss bei besonderen Wohnformen nach § 42a SGB XII mit Wirkung zum 01.01.2020. Damit soll sichergestellt werden, dass der Anwendungsbereich des Leistungsausschlusses gegenüber dem Rechtszustand bis zum 31. Dezember 2019 im Ergebnis unverändert bleibt.
- Rz. [7.148](#): Anpassung der Ausschlüsse nach § 7 Absatz 5 SGB II durch das Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes (BABAbgAnpG)

Fassung vom 04.04.2018

- Rz. 7.17: Erhalt des Arbeitnehmer/Selbständigenstatus
- Rz. 7.54: Leistungsausschluss für Asylbewerberleistungsberechtigte
- Rz. 7.59a: Rechtskreiswechsel bei Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG
- Rz. 7.64a: Ehen Minderjähriger

Gesetzestext

§ 7 SGB II Leistungsberechtigte

(1) Leistungen nach diesem Buch erhalten Personen, die

1. das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a noch nicht erreicht haben,
2. erwerbsfähig sind,
3. hilfebedürftig sind und
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben

(erwerbsfähige Leistungsberechtigte). Ausgenommen sind

1. Ausländerinnen und Ausländer, die weder in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer oder Selbständige noch auf Grund des § 2 Absatz 3 des Freizügigkeitsgesetzes/EU freizügigkeitsberechtigt sind, und ihre Familienangehörigen für die ersten drei Monate ihres Aufenthalts,
2. Ausländerinnen und Ausländer,
 - a. die kein Aufenthaltsrecht haben,
 - b. deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt oder
 - c. die ihr Aufenthaltsrecht allein oder neben einem Aufenthaltsrecht nach Buchstabe b aus Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2016/589 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1) geändert worden ist, ableiten,und ihre Familienangehörigen,
3. Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Satz 2 Nummer 1 gilt nicht für Ausländerinnen und Ausländer, die sich mit einem Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Abweichend von Satz 2 Nummer 2 erhalten Ausländerinnen und Ausländer und ihre Familienangehörigen Leistungen nach diesem Buch, wenn sie seit mindestens fünf Jahren ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben; dies gilt nicht, wenn der Verlust des Rechts nach § 2 Absatz 1 des Freizügigkeitsgesetzes/EU festgestellt wurde. Die Frist nach Satz 4 beginnt mit der Anmeldung bei der zuständigen Meldebehörde. Zeiten des nicht rechtmäßigen Aufenthalts, in denen eine Ausreisepflicht besteht, werden auf Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts nicht angerechnet. Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.

(2) Leistungen erhalten auch Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Dienstleistungen und Sachleistungen werden ihnen nur erbracht, wenn dadurch Hemmnisse bei der Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beseitigt oder vermindert werden. Zur Deckung der Bedarfe nach § 28 erhalten die dort genannten Personen auch dann Leistungen für Bildung und Teilhabe, wenn sie mit Personen in einem Haushalt zusammenleben, mit denen sie nur deshalb keine Bedarfsgemeinschaft bilden, weil

Fachliche Weisungen § 7 SGB II

diese auf Grund des zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens selbst nicht leistungsberechtigt sind.

(3) Zur Bedarfsgemeinschaft gehören

1. die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
2. die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und die im Haushalt lebende Partnerin oder der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils,
3. als Partnerin oder Partner der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
 - a. die nicht dauernd getrennt lebende Ehegattin oder der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte,
 - b. die nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartnerin oder der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner,
 - c. eine Person, die mit der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,
4. die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder der in den Nummern 1 bis 3 genannten Personen, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können.

(3a) Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn Partner

1. länger als ein Jahr zusammenleben,
2. mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
3. Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
4. befugt sind, über Einkommen oder Vermögen der anderen zu verfügen.

(4) Leistungen nach diesem Buch erhält nicht, wer in einer stationären Einrichtung untergebracht ist, Rente wegen Alters oder Knappschaftsausgleichsleistung oder ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art bezieht. Dem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung ist der Aufenthalt in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung gleichgestellt. Abweichend von Satz 1 erhält Leistungen nach diesem Buch,

1. wer voraussichtlich für weniger als sechs Monate in einem Krankenhaus (§ 107 des Fünften Buches) untergebracht ist oder
2. wer in einer stationären Einrichtung nach Satz 1 untergebracht und unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 15 Stunden wöchentlich erwerbstätig ist.

Die Sätze 1 und 3 Nummer 2 gelten für Bewohner von Räumlichkeiten im Sinne des § 42a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3 des Zwölften Buches entsprechend.

Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(4a) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten keine Leistungen, wenn sie sich ohne Zustimmung des zuständigen Trägers nach diesem Buch außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhalten und deshalb nicht für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung stehen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn für den Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs ein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung in Arbeit nicht beeinträchtigt wird. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor bei

1. Teilnahme an einer ärztlich verordneten Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation,
2. Teilnahme an einer Veranstaltung, die staatspolitischen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Zwecken dient oder sonst im öffentlichen Interesse liegt oder
3. Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Die Zustimmung kann auch erteilt werden, wenn für den Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs kein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung in Arbeit nicht beeinträchtigt wird. Die Dauer der Abwesenheiten nach Satz 4 soll in der Regel insgesamt drei Wochen im Kalenderjahr nicht überschreiten.

(5) Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes dem Grunde nach förderungsfähig ist, haben über die Leistungen nach § 27 hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Satz 1 gilt auch für Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 61 Absatz 2, § 62 Absatz 3, § 123 Nummer 2 sowie § 124 Nummer 2 des Dritten Buches bemisst.

(6) Absatz 5 Satz 1 ist nicht anzuwenden auf Auszubildende,

1. die auf Grund von § 2 Absatz 1a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben,
2. deren Bedarf sich nach § 12, 13 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 oder nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bemisst und die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - a. erhalten oder nur wegen der Vorschriften zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nicht erhalten oder
 - b. beantragt haben und über deren Antrag das zuständige Amt für Ausbildungsförderung noch nicht entschieden hat; lehnt das zuständige Amt für Ausbildungsförderung die Leistungen ab, findet Absatz 5 mit Beginn des folgenden Monats Anwendung, oder
3. die eine Abendhauptschule, eine Abendrealschule oder ein Abendgymnasium besuchen, sofern sie aufgrund von § 10 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben.

Weitere Gesetzestexte aus dem SGB II

- [§ 7a SGB II](#) - Altersgrenze
- [§ 77 SGB II](#) - Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Gesetzestexte aus angrenzenden Gesetzen

[Freizügigkeitsgesetz EU \(FreizügG/EU\)](#)

[Verordnung \(EU\) Nr. 492/2011](#)

- Artikel 10

[Europäisches Fürsorgeabkommen \(EFA\)](#)

- Artikel 1
- Artikel 16
- Vorbehalt im Anhang II

[Aufenthaltsgesetz \(AufenthG\)](#)

[Asylbewerberleistungsgesetz \(AsylbLG\)](#)

[Erreichbarkeits-Anordnung \(EAO\)](#)

[Bundesausbildungsförderungsgesetz \(BAföG\)](#)

- [§ 2 BAföG](#) - Ausbildungsstätten
- [§ 10 BAföG](#) - Alter
- [§ 12 BAföG](#) - Bedarf für Schüler
- [§ 13 BAföG](#) - Bedarf für Studierende

[Drittes Buch Sozialgesetzbuch \(SGB III\)](#)

Inhaltsverzeichnis

1.	Anspruchsvoraussetzungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4	1
1.1	Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.....	1
1.2	Arbeitslosengeld II für Grenzgängerinnen und Grenzgänger	2
1.3	Personen mit unrealistischem Geburtsdatum, Wegfall des Leistungsanspruchs	2
1.4	Besonderheiten zu den Anspruchsvoraussetzungen nach Absatz 1 bei ausländischen Staatsangehörigen	3
1.4.1	Gewöhnlicher Aufenthalt.....	3
1.4.2	Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II.....	4
1.4.3	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbständige.....	5
1.4.4	Gleichstellung gemäß § 2 Absatz 3 FreizügG/EU.....	6
1.4.4.1	vorübergehender Erwerbsminderung infolge Krankheit oder Unfall	7
1.4.4.2	unfreiwillige durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigte Arbeitslosigkeit	7
1.4.4.3	Aufnahme einer Berufsausbildung	9
1.4.4.4	Erhalt und Wegfall des Arbeitnehmerstatus	9
1.4.5	Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	10
1.4.6	Familienangehörige von Deutschen	11
1.4.7	Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen	12
1.4.8	Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	12
1.4.8.1	Allgemeines Freizügigkeitsrecht.....	12
1.4.8.2	Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II	13
1.4.8.3	Anspruchsausschlüsse gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis c SGB II	14
1.4.8.4	Unionsbürger als Opfer von Straftaten.....	17
1.4.9	Drittstaatsangehörige und ihre Familienangehörigen.....	18
1.4.9.1	Gewöhnlicher Aufenthalt.....	18
1.4.9.2	Befristete Aufenthaltstitel.....	19
1.4.9.3	Bleiberechts-/Altfallregelung.....	21
1.4.9.4	Familienangehörige	22
1.4.9.5	Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II	23
1.4.9.6	Verpflichtungserklärung nach § 68, 68a AufenthG	23
1.4.9.7	Leistungsberechtigte nach AsylbLG	26

1.4.10	Datenaustausch mit den Ausländerbehörden.....	32
2.	Bedarfsgemeinschaft.....	34
2.1	Allgemeines.....	34
2.2	Partnerinnen und Partner.....	34
2.3	Unter 25-jährige Kinder in einer BG.....	38
2.3.1	Zuordnung zu einer BG.....	38
2.3.2	Leistungen für Bildung und Teilhabe bei fehlendem eLb.....	40
2.4	Änderungen in den tatsächlichen Verhältnissen.....	41
2.5	Zugehörigkeit zu einer BG von ausgeschlossenen Personen.....	41
3.	Haushaltsgemeinschaft.....	42
4.	Leistungen an nicht Erwerbsfähige.....	43
5.	Ausschlusstatbestände.....	43
5.1	Aufenthalt in einer stationären Einrichtung.....	43
5.2	Kein Leistungsausschluss, wenn die Ausnahmen des § 7 Absatz 4 Satz 3 vorliegen.....	46
5.2.1	Unterbringung in einem Krankenhaus.....	46
5.2.2	Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für mindestens 15 Stunden wöchentlich.....	48
5.3	Altersrente, Knappschaftsausgleichsleistungen und ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art.....	49
5.4	Ortsabwesenheit.....	51
5.4.1	Allgemeines.....	51
5.4.2	Personenkreis.....	52
5.4.3	Zeit- und ortsnahe Bereich.....	52
5.4.4	Zustimmung des persönlichen Ansprechpartners.....	53
5.4.5	Nichterreichbarkeit bei Aufenthalt innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches.....	55
5.4.6	Rechtsfolgen.....	56
5.4.7	Besondere Personengruppen.....	57
5.4.8	Informationspflicht gegenüber der Ausländerbehörde.....	58
5.5	Auszubildende, Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten.....	58
5.5.1	Berufliche Ausbildung im dualen System und berufsvorbereitende Maßnahmen.....	58
5.5.2	Schülerinnen/Schüler und Studentinnen und Studenten.....	59
5.5.3	Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 SGB II.....	61
5.5.3.1	Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 1 SGB II.....	61
5.5.3.2	Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 2 SGB II.....	62

Fachliche Weisungen § 7 SGB II

5.5.3.3	Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 3 SGB II	64
5.5.4	Auszubildende mit Anspruch auf Ausbildungsgeld nach dem SGB III	65
5.5.5	Berufliche Weiterbildungen	65
5.5.6	Dauer des Anspruchs auf Ausbildungsförderung bzw. des Leistungsausschlusses	65
Anlage 1	Übersicht zu § 7 Absatz 4 Satz 1	
Anlage 2	Beispiele zur Unterscheidung Bedarfsgemeinschaft und Haushaltsgemein- schaft	
Anlage 3	Synopse zu den Leistungsausschlüssen von Auszubildenden	
Anlage 4	Übersicht zu den Aufenthaltstiteln nach dem Aufenthaltsgesetz	
Anlage 5	Übersicht zu den Aufenthaltsrechten nach dem Freizügigkeitsgesetz EU	



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4

(1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 15 bis zum Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze nach § 7a SGB II (seit 2012 gestaffelter Anstieg von 65 auf 67 Jahre), die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, können Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten. Gleiches gilt für Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft (BG) leben. Bei unter 15-jährigen Kindern ist ein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet keine Anspruchsvoraussetzung für einen Leistungsanspruch in einer temporären BG mit einem im Bundesgebiet lebenden Elternteil für Zeiten der Zugehörigkeit zur BG (BSG, Urteil vom 28.10.2014, Az.: B 14 AS 65/13 R, Rz. 17 ff.).

**Kreis der Berechtigten
(7.1)**

(2) Bezüglich der Anspruchsvoraussetzungen der Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit wird auf die Fachlichen Weisungen (FW) zu den §§ 8 und 9 SGB II verwiesen.

1.1 Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland

(1) Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthaltes nimmt Bezug auf den in § 30 SGB I definierten Begriff.

**Definition
(7.2)**

Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand nach der Legaldefinition des § 30 Absatz 3 Satz 2 SGB I dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass am angemeldeten Wohnsitz auch der gewöhnliche Aufenthalt begründet wird. Die Frage des gewöhnlichen Aufenthaltes stellt sich demgemäß in der Regel nur für Personen, die nicht schon über die Bestimmung des Wohnsitzes erfasst sind, also typischerweise Wohnungslose, Grenzgängerinnen und Grenzgänger und Auslandsdeutsche.

(2) Liegen Umstände in den persönlichen Verhältnissen vor, die erkennen lassen, dass der Wohnort nicht den Lebensmittelpunkt darstellt, wird dort kein gewöhnlicher Aufenthalt begründet. In erster Linie ist für die Begründung des gewöhnlichen Aufenthaltes der Wille der leistungsberechtigten Person maßgebend, einen bestimmten Ort zum Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen zu machen. Nach der Rechtsprechung ist dabei nicht der rechtsgeschäftliche Wille, sondern der tatsächlich zum Ausdruck kommende Wille entscheidend.

(3) Bezüglich der Umstände, die ein nicht nur vorübergehendes Verweilen erkennen lassen, ist kein dauerhafter oder längerer Aufenthalt erforderlich - wobei ein bisheriger längerer Aufenthalt ein Indiz für einen gewöhnlichen Aufenthalt ist - sondern es genügt, dass die oder der Betreffende sich an einem Ort oder Gebiet "bis auf weiteres" im Sinne eines zukunfts-offenen Verbleibs aufhält und dort den Mittelpunkt seiner Lebensverhältnisse hat.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.2 Arbeitslosengeld II für Grenzgängerinnen und Grenzgänger

(1) Als Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezeichnet, die in einem Staat arbeiten und in einem anderen wohnen und täglich/wöchentlich die Grenze überschreiten.

(2) Ist bei einer Grenzgängerin oder einem Grenzgänger, die oder der in einem anderen Staat arbeitet, der gewöhnliche Aufenthalt in Deutschland gegeben, besteht ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, soweit die übrigen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen (insbesondere Hilfebedürftigkeit aufgrund des erzielten Einkommens im benachbarten Staat). Besonderheiten sind bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern mit ausländischer Staatsbürgerschaft zu beachten (siehe Kapitel 1.4.8.3, Rz. 7.36a).

(3) Im Falle der Arbeitslosigkeit erhalten Grenzgängerinnen und Grenzgänger ausschließlich Leistungen des Wohnstaates. Konkret bedeutet dies, dass eine arbeitslose Person, die in Deutschland wohnt, vormals in einem anderen Mitgliedstaat gearbeitet und ihren gewöhnlichen Aufenthalt hier hat, bei Erfüllung der übrigen Anspruchsvoraussetzungen Arbeitslosengeld (Alg) bzw. (ergänzendes) Alg II erhalten kann.

**Grenzgängerinnen/
Grenzgänger mit ge-
wöhnlichem Aufent-
halt im Bundesgebiet
(7.3)**

1.3 Personen mit unrealistischem Geburtsdatum, Wegfall des Leistungsanspruchs

(1) Bei Personen, die kein realistisches Geburtsdatum vorweisen können und im Pass die Eintragungen 00.Monat.Jahr oder 00.00.Jahr haben, sind folgende Geburtstage maßgebend:

- a. Ist nur der Geburtsmonat bekannt, wird der 15. als Geburtstag eingesetzt.
- b. Sind Geburtstag und -monat nicht bekannt, wird der 01.07. als Geburtstag eingesetzt.

(2) Der Leistungsanspruch fällt somit mit Ablauf des Monats in dem die maßgebliche Altersgrenze nach § 7a SGB II erreicht wird zu a) zum Ende des tatsächlichen Geburtsmonats und zu b) zum Ende des Monats Juni weg.

(3) Soweit im Sozialversicherungsausweis ein anderes Datum als in der Versicherungsnummer aufgeführt ist (z. B. 01.01. statt 00.00.), ist zu prüfen, ob es sich bei dem SV-Ausweis um ein jüngeres Dokument handelt, welches aus Sicht des Rentenversicherungsträgers unbeachtlich wäre. Soweit im Einzelfall hingegen ein anderslautendes älteres Dokument vorliegen würde, wäre der Betroffene an die DRV-Bund mit der Bitte um Berichtigung der VSNR zu verweisen (vergleiche BSG, Urteil vom 09.04.2003, Az.: B 5 RJ 32/02 R).



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4 Besonderheiten zu den Anspruchsvoraussetzungen nach Absatz 1 bei ausländischen Staatsangehörigen

(1) Ausländerin oder Ausländer ist jeder, die oder der nicht Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz (GG) ist.

(2) Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind ab der Anerkennung der Spätaussiedlereigenschaft Deutsche im Sinne Artikel 116 Absatz 1 GG und daher keine Ausländer.

(3) Aufgrund der unterschiedlichen Rechtsstellung ist dabei weiter zwischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern und Drittstaatsangehörigen zu unterscheiden.

(4) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind die Staatsangehörigen eines oder mehrerer Mitgliedstaates/n der EU. Sie genießen nach Maßgabe des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) Freizügigkeit und haben das Recht auf Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet (§ 2 Absatz 1 FreizügG/EU). Das FreizügG/EU gilt ebenfalls für Familienangehörige von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus Drittstaaten und Angehörige der EWR-Staaten (§ 12 FreizügG/EU).

**Anwendung FreizügG/EU
(7.4)**

(5) Schweizer Staatsangehörige haben aufgrund des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 weitgehend die gleichen Rechte wie Unionsbürgerinnen und Unionsbürger. Der Aufenthaltsstatus von Staatsangehörigen der Schweiz kann anhand ihrer Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Aufenthaltsverordnung überprüft werden.

(6) Ausländerinnen oder Ausländer, die nicht dem FreizügG/EU unterfallen (Rz. 7.4), gelten als Drittstaatsangehörige. Auf Drittstaatsangehörige und ihre Familienangehörigen aus Drittstaaten findet das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) Anwendung.

**Anwendung AufenthaltG
(7.5)**

1.4.1 Gewöhnlicher Aufenthalt

Die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts ist zunächst unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts zu betrachten. Bei der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse zur Ermittlung des gewöhnlichen Aufenthaltes können aber auch rechtliche Erwägungen wie z. B. die Prognose über die Dauer des Aufenthalts in Deutschland mit einbezogen werden. Steht fest, dass eine Ausländerin oder ein Ausländer zur Ausreise verpflichtet ist und ihrer/seiner Abschiebung weder rechtliche noch tatsächliche Hindernisse entgegenstehen, kann ein gewöhnlicher, d. h. auf Dauer ausgerichteter Aufenthalt nicht begründet werden (zum Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a SGB II für

**Rechtmäßigkeit des Aufenthalts
(7.6)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsrecht siehe Kapitel 1.4.8.3, Rz. 7.30a).

1.4.2 Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II

(1) Ausgeschlossen von den Leistungen des SGB II sind:

- in jedem Fall Anspruchsberechtigte, unabhängig vom tatsächlichen Leistungsbezug, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (Rz. 7.54) für die Dauer der Anspruchsberechtigung, z. B. Asylbewerberinnen/Asylbewerber, Geduldete,
- während der ersten drei Monate nach Einreise grundsätzlich jede Ausländerin und jeder Ausländer und deren/dessen Familienangehörige (Rz. 7.29, 7.41) z. B. nicht erwerbstätige Unionsbürgerinnen/Unionsbürger,
- Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die kein Freizügigkeitsrecht haben, (Rz. 7.30a)
Maßgeblich ist dabei, ob die materiellen Voraussetzungen für das Freizügigkeitsrecht fehlen oder entfallen sind (z. B. Person, die sich schon länger als drei Monate in Deutschland aufhält und offensichtlich keine Arbeit sucht). Darauf, ob bereits eine förmliche Verlustfeststellung durch die Ausländerbehörde getroffen wurde, kommt es nicht an,
- Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich ausschließlich aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt. (Rz. 7.31, 7.49) z. B. § 2 Absatz 2 Nummer 1a FreizügG/EU; Aufenthaltstitel nach § 18c AufenthG und
- Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die ihr Aufenthaltsrecht allein oder neben einem Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche aus Artikel 10 der Verordnung (EU) Nummer 492/2011 ableiten (Rz. 7.34, 7.34a) z. B. nicht mehr erwerbstätiger Erziehungsberechtigter eines schulpflichtigen Kindes.

**Asylbewerber
(7.7)**

**Dreimonatsaus-
schluss
(7.8)**

**kein Freizügigkeits-
recht
(7.8a)**

**Arbeitsuche
(7.9)**

**abgeleitetes Recht
(7.9a)**

In diesen Fällen ist jeweils zu prüfen, ob eine Datenübermittlungspflicht an die Ausländerbehörde besteht, Rz. 7.62.

(2) Der Ausschluss gilt nicht für:

- Ausländerinnen und Ausländer, die sich in der Bundesrepublik Deutschland als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige oder zur Berufsausbildung aufhalten (Kapitel 1.4.3),
- Ausländerinnen und Ausländer, die diesen Personen gemäß § 2 Absatz 3 FreizügG/EU gleichgestellt sind (Kapitel 1.4.4),
- Familienangehörige der oben genannten Personengruppen sowie Familienangehörige von Deutschen (Kapitel 1.4.6, Rz. 7.36).

**Rückausnahmen
(7.10)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- Ausländerinnen und Ausländer, die sich nach Kapitel 2 Abschnitt 5 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten (Kapitel 1.4.5)

1.4.3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbständige

(1) Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II kann nur sein, wer während einer bestimmten Zeit für einen anderen nach dessen Weisung eine Tätigkeit ausübt, für die er als Gegenleistung eine Vergütung erhält. Dabei ist auf objektive Kriterien abzustellen. Die Auslegung des Arbeitnehmerbegriffs richtet sich vor allem nach Unionsrecht und ergibt sich vornehmlich aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu der in Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geregelten Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die rechtliche Einordnung nach nationalem Recht steht der Annahme der Arbeitnehmereigenschaft nicht entgegen.

**Definition Arbeitneh-
mertätigkeit
(7.11)**

(2) Arbeitnehmer ist nicht, wer die Tätigkeit nur zum Zweck des ergänzenden Sozialleistungsbezugs aufgenommen hat. Wenn Dritte die Beantragung von Sozialleistungen durch auffällig viele Personen innerhalb kürzerer Zeit organisieren, stellt dieses ein erhebliches Indiz dafür dar, dass eine Tätigkeit nur zum Zweck des ergänzenden Sozialleistungsbezugs aufgenommen wurde (LSG Berlin-Brandenburg vom 04.06.2015, L 29 AS 1128/15 B ER; Sächsisches OVG vom 02.02.2016, 3 B 267/15).

(3) Bei der Tätigkeit muss es sich um eine tatsächliche und echte Tätigkeit handeln, wobei Tätigkeiten außer Betracht bleiben, die einen so geringen Umfang haben, dass sie sich als völlig untergeordnet und unwesentlich darstellen.

Ob eine Tätigkeit tatsächlich und echt, oder nur untergeordnet und unwesentlich ist, ist anhand einer Gesamtschau unter Bewertung aller vorliegenden Indizien zu entscheiden, wobei das Bejahen oder Verneinen eines Indizes nicht ausschlaggebend sein muss.

- Für die Arbeitnehmereigenschaft sprechen dabei folgende Indizien:
- die Gewährung von Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- die Anwendung von Tarifverträgen
- die Sozialversicherungspflicht der Tätigkeit
- der langjährige Bestand des Arbeitsverhältnisses (EuGH, Urteil vom 4. Februar 2010, C-14/09 Genc, Rz. 27).



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(4) Gegen die Arbeitnehmereigenschaft sprechen hingegen folgende Indizien:

- Tätigkeit wird nur sporadisch ausgeübt („reine Gelegenheits- oder Gefälligkeitsarbeiten“),
- sehr geringe Arbeitszeit, insbesondere eine Arbeitszeit von weniger als acht Stunden pro Woche,
- Steuern und Sozialabgaben werden nicht ordnungsgemäß abgeführt.

(5) Als Arbeitnehmer gilt auch, wer eine Berufsausbildung im dualen System absolviert.

(6) Eine Anspruchsberechtigung aufgrund selbständiger Tätigkeit setzt voraus, dass diese selbständige Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird. Voraussetzung der Niederlassungsfreiheit nach Artikel 49 AEUV ist, dass eine wirtschaftliche Tätigkeit auf unbestimmte Zeit mittels einer festen Einrichtung in einem anderen Mitgliedstaat tatsächlich ausgeübt wird, so dass ein formaler Akt, wie die Registrierung eines Gewerbes nicht ausreichend ist (siehe auch BSG, Urteil vom 19.10.2010, Az.: B 14 AS 23/10 R, Rz. 19). Anhaltspunkte für die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit sind die Beteiligung an Gewinn und Verlust, die freie Bestimmung der Arbeitszeit, die Weisungsfreiheit, die Auswahl der Mitarbeiter, die entsprechende Qualifikation und Erfahrung für die Tätigkeit, das Vorhandensein der erforderlichen Ausrüstung und das Auftreten am Markt (insbesondere Auftragsakquise).

**Selbständige
(7.12)**

(7) Selbständig ist nicht, wer die Tätigkeit nur zum Zweck des ergänzenden Sozialleistungsbezugs aufgenommen hat.

(8) Wenn Dritte die Beantragung von Sozialleistungen durch auffällig viele Personen innerhalb kürzerer Zeit organisieren, stellt dieses ein erhebliches Indiz dafür dar, dass eine Tätigkeit nur zum Zweck des ergänzenden Sozialleistungsbezugs aufgenommen wurde.

(9) Wenn Zweifel bestehen, ob die angegebene Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit überhaupt ausgeübt wird, ist nach der Arbeitshilfe „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger“ zu verfahren.

**Vortäuschen einer
Beschäftigung
(7.12a)**

(10) Nicht als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer oder Selbständige im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II gelten Personen, die ihrer Berufstätigkeit im Ausland nachgehen (Grenzgängerinnen und Grenzgänger) (Rz. 7.36a).

**Tätigkeit im Ausland
(7.13)**

1.4.4 Gleichstellung gemäß § 2 Absatz 3 FreizügG/EU

Gemäß § 2 Absatz 3 FreizügG/EU bleibt der Status von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und selbständig Erwerbstätigen erhalten (sogenannte „Nachwirkung des Erwerbstätigenstatus“) bei

**Erhalt des Arbeitneh-
merstatus
(7.14)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- vorübergehender Erwerbsminderung infolge von Krankheit oder Unfall (Kapitel 1.4.4.1),
- unfreiwilliger durch die zuständige Agentur für Arbeit (AA) bestätigter Arbeitslosigkeit (z. B. Kündigung wegen Umstrukturierung) oder Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte (z. B. Betriebsschließung wegen Auftragsmangel) (Kapitel 1.4.4.2),
- Aufnahme einer Berufsausbildung, wenn zwischen der Ausbildung und der früheren Erwerbstätigkeit ein Zusammenhang besteht; der Zusammenhang ist nicht erforderlich, wenn der Unionsbürger seinen Arbeitsplatz unfreiwillig verloren hat (Kapitel 1.4.4.3).

1.4.4.1 vorübergehender Erwerbsminderung infolge Krankheit oder Unfall

(1) Das Freizügigkeitsrecht bleibt erhalten, wenn die infolge von Krankheit oder Unfall eingetretene Erwerbsminderung nur vorübergehend ist. Sie ist dann als vorübergehend anzusehen, wenn aufgrund einer ärztlichen Prognose mit der Wiederherstellung der Erwerbfähigkeit, ggf. auch eingeschränkt, gerechnet werden kann. Grundsätzlich kann der behandelnde (Fach-)Arzt die Prognose stellen, auch die Einschaltung des Ärztlichen Dienstes ist möglich.

**vorübergehende Erwerbsminderung
(7.15)**

(2) Bestehen nur Zweifel an der Wiederherstellung, begründet dies nicht den Wegfall des Freizügigkeitsrechts. Steht jedoch zu Beginn der Prüfung schon fest, dass die Erwerbsminderung nicht nur vorübergehend ist, entfällt das Freizügigkeitsrecht als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer oder Selbständige/Selbständiger.

**dauerhafte Erwerbsminderung
(7.16)**

(3) Bei der Prüfung des Erhalts des Arbeitnehmerstatus nach § 2 Absatz 3 Nummer 1 FreizügG/EU kann sich an Kapitel 5.1 orientiert werden.

1.4.4.2 unfreiwillige durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigte Arbeitslosigkeit

(1) Bei unfreiwilliger durch die zuständige AA bestätigter Arbeitslosigkeit oder Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte nach weniger als einem Jahr Beschäftigung/selbständiger Tätigkeit bleibt das Recht auf Freizügigkeit (nur) während der Dauer von sechs Monaten unberührt.

(2) Für einen zeitlich grundsätzlich unbefristeten Erhalt des Arbeitnehmer-/Selbständigenstatus ist eine Beschäftigung/selbständige Tätigkeit von mindestens zwölf Monaten Voraussetzung. Hierbei können sich Zeiten mehrerer Beschäftigungen (auch in Kombination selbständig/unselbständig) auch aneinanderreihen. Der Zeitraum von zwölf Monaten beginnt bei Wechsel der Tätigkeiten nicht neu,

**Erhalt des Arbeitnehmer-/Selbständigenstatus
(7.17)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

sofern die Unterbrechung zwischen der alten und neuen Beschäftigung/selbständigen Tätigkeit nur von kurzer Dauer ist (BSG, Urteil vom 13.07.2017, Az.: B 4 AS 17/16 R). Die Unterbrechung ist in der Regel kurz, wenn sie im Verhältnis zur Dauer der Beschäftigung nicht mehr als 5 % beträgt.

(3) Unfreiwillige Arbeitslosigkeit liegt auch vor, wenn der Arbeitgeber die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit betriebsbedingt in einem Maße verringert, dass keine Arbeitnehmereigenschaft im Sinne des Kapitels 1.4.3 mehr vorliegt. Diese Zeiten sind als Unterbrechung der Beschäftigung anzusehen.

Unterbrechung der Beschäftigung aufgrund Verringerung der Arbeitszeit (7.17a)

(4) Bei einvernehmlicher Verringerung der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit auf ein Maß, dass keine Arbeitnehmereigenschaft mehr vorliegt, ist die Unfreiwilligkeit der Arbeitslosigkeit zu verneinen, so dass kein Freizügigkeitsrecht und damit kein Leistungsanspruch nach dem SGB II mehr vorliegt. In diesen Fällen ist die Ausländerbehörde über die Beantragung von Leistungen nach dem SGB II zu informieren. Siehe auch Kapitel 1.4.10.

(5) Die Zuständigkeit der AA für die Bestätigung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ergibt sich aus § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 des FreizügG/EU. Da es sich hierbei nicht um eine Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt, kann diese Bestätigung nicht durch das Jobcenter (JC) erteilt werden. Das Freizügigkeitsrecht bleibt auch für die Zeit bis zur Bestätigung der AA bestehen (Nummer 2.3.1.2 der AVV FreizügG/EU).

Zuständigkeit der AA (7.18)

(6) Der Arbeitnehmerstatus der freizügigkeitsberechtigten Person entfällt, wenn die Voraussetzungen für die Ausübung des Freizügigkeitsrechts nach § 2 Absatz 2 FreizügG/EU nicht mehr vorliegen.

(7) Der Arbeitnehmerstatus endet spätestens sechs Monate nach Ende der Beschäftigung, wenn die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer oder die oder der Selbständige nur für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr beschäftigt war (§ 2 Absatz 3 Satz 2 FreizügG/EU). Das gilt auch, wenn die betreffende Person im Anschluss an die Beschäftigung (wegen der Anrechnung von Versicherungszeiten aus dem Herkunftsstaat) Alg erhalten hat.

Wegfall Arbeitnehmerstatus (7.19)

(8) Die Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus endet, sofern die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht mehr unfreiwillig ist (z. B. wegen Ablehnung eines Arbeitsangebotes) oder keine Arbeitslosigkeit im Sinne des FreizügG/EU mehr vorliegt. Der Arbeitnehmer-/ Selbständigenstatus und das daraus abgeleitete Aufenthaltsrecht nach § 2 Absatz 1 FreizügG/EU enden auch mit einem dauerhaften Verlassen des deutschen Arbeitsmarktes.

(9) Mit der erneuten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, auch einer geringfügigen Beschäftigung, endet zunächst der Arbeitnehmer-/Selbständigenstatus aufgrund der Gleichstellung nach § 2 Absatz 3 FreizügG/EU. Die betreffende Person ist schon nach § 2 Absatz 2

Weitergeltung nach kurzzeitiger Beschäftigung (7.20)



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Nummer 1 FreizügG/EU Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer oder nach § 2 Absatz 2 Nummer 2 FreizügG/EU selbständig und damit freizügigkeitsberechtigt. Nach dem Ende der Beschäftigung erfolgt erneut eine Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 2 Absatz 3 Nummer 2 FreizügG/EU vorliegen. Lag aufgrund einer vorherigen Beschäftigung eine unbefristete Fortwirkung des Arbeitnehmer-/Selbständigenstatus bis zur Aufnahme der erneuten Beschäftigung vor und tritt innerhalb von zwölf Monaten unverschuldet erneut Arbeitslosigkeit ein, lebt der alte Anspruch wieder auf. Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind in diesen Fällen nicht schlechter zu stellen, als wenn sie durchgehend arbeitslos gewesen wären.

1.4.4.3 Aufnahme einer Berufsausbildung

(1) Damit der Arbeitnehmerstatus bei Aufnahme einer Berufsausbildung erhalten bleibt, sind nach § 2 Absatz 3 Nummer 2 FreizügG/EU mehrere Voraussetzungen zu erfüllen:

- Es muss sich bei der aufgenommenen Ausbildung um eine mindestens zweijährige abschlussorientierte Ausbildung handeln.
- Es muss ein Zusammenhang zwischen der Ausbildung und der früheren Erwerbstätigkeit bestehen.

(2) Der Zusammenhang zwischen der vorherigen Erwerbstätigkeit und der Ausbildung ist nicht erforderlich, wenn die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger ihren/seinen Arbeitsplatz unfreiwillig verloren hat. Bezüglich der Unfreiwilligkeit des Arbeitsplatzverlustes wird auf das vorherige Kapitel verwiesen.

(3) Ein Zusammenhang zwischen der vorherigen Erwerbstätigkeit und der Ausbildung ist auch nicht erforderlich, wenn die Ausbildung im dualen System absolviert wird. Diese Personen sind in der Regel bereits freizügigkeitsberechtigt nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 FreizügG/EU.

1.4.4.4 Erhalt und Wegfall des Arbeitnehmerstatus

(1) Die angesprochenen Personen sind unter diesen Voraussetzungen trotz faktischer Arbeitslosigkeit weiterhin als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer oder Selbständige anzusehen und nicht nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2 SGB II ausgeschlossen. Sie gelten nicht als Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich ausschließlich aus dem Zweck der Arbeitsuche oder aus Art. 10 VO (EU) Nummer 492/2011 ergibt.

(2) Bei bereits daueraufenthaltsberechtigten Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern ist gemäß § 4a Absatz 7 FreizügG/EU eine Abwesenheit von bis zu zwei Jahren für das Daueraufenthaltsrecht unschädlich. Ein Verlust des Daueraufenthaltsrechts tritt nur dann ein, wenn zum Zeitpunkt der Ausreise objektiv feststeht, dass die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger Deutschland nicht nur vorübergehend verlässt. Hinweise auf eine endgültige Ausreise können

**Erhalt Freizügigkeitsrecht
(7.20a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

z. B. die Wohnungsaufgabe oder die Kündigung der Arbeitsstelle sein.

1.4.5 Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

(1) Für Ausländerinnen und Ausländer, die sich nach Kapitel 2 Abschnitt 5 AufenthG in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gilt der Leistungsausschluss für die ersten drei Monate des Aufenthalts nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II nicht (§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II). Dies betrifft Personen, die einen Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen besitzen.

Aufenthalt aus humanitären (...) Gründen (7.21)

(2) Dabei handelt es sich um Titel nach den folgenden Vorschriften des AufenthG:

- § 22 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland)
- § 23 AufenthG (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen)
- § 23a AufenthG (Aufenthaltsgewährung in Härtefällen)
- § 24 AufenthG (Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz)
- § 25 AufenthG (Aufenthalt aus humanitären Gründen, hier: Absatz 1, Absatz 2 1. und 2. Alternative, Absatz 3; Absatz 4 Satz 2 und neu ab 01.03.2015 Absatz 4a, 4b und mit Einschränkungen Absatz 5, siehe hierzu auch Kapitel 1.4.9.7)
- § 25a AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden)
- § 25b AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration)
- § 104a AufenthG (Altfallregelungen)

(3) Für die Personen greift der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II nicht. Es bleibt jedoch zu prüfen, ob der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II wegen Leistungsberechtigung im AsylbLG greift.

(4) Liegt eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 oder § 24 AufenthG vor, ist bei der Ausländerbehörde zu erfragen, ob die Aufenthaltserlaubnis wegen des Krieges im Heimatland erteilt wurde. Ist dies der Fall, so besteht Anspruch auf Leistungen nach dem AsylbLG und damit greift der Ausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II (vergleiche Rz. 7.54).



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4.6 Familienangehörige von Deutschen

(1) Familienangehörige von deutschen Staatsangehörigen sind vom generellen Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten des Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfasst. Für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger siehe Rz. 7.36; für Drittstaaten siehe BSG, Urteil vom 30.01.2013, Az.: B 4 AS 37/12 R.

**Familiengründung
vor der Einreise
(7.22)**

(2) Dies betrifft insbesondere:

- Ehegattinnen und Ehegatten,
- Lebenspartnerinnen und Lebenspartner in eingetragener Lebenspartnerschaft,
- Verwandte in gerader absteigender Linie (Kinder, Enkelkinder) die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder denen Unterhalt gewährt wird,
- Verwandte in gerader aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern) denen Unterhalt gewährt wird.

(3) Nach Deutschland einreisende ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nicht Familienangehörige sind, sind auch dann nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen, wenn die Einreise aus Anlass einer bevorstehenden Eheschließung mit einem deutschen Staatsbürger erfolgt.

**bevorstehende Familiengründung nach der Einreise
(7.23)**

(4) Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, ohne einen Aufenthaltstitel zu besitzen, wird bei Beantragung eines Aufenthaltstitels eine Bescheinigung darüber ausgestellt, dass der Aufenthalt während der Dauer des Verfahrens als erlaubt gilt (Erlaubnisfiktion → Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 AufenthG).

(5) Vom Grundsatz des Leistungsausschlusses in den ersten drei Monaten wird weder aufgrund einer geplanten Eheschließung innerhalb des Drei-Monats-Zeitraums noch aufgrund der o. g. Fiktionsbescheinigung abgewichen. Die Erlaubnisfiktion dient lediglich dem rechtmäßigen Aufenthalt während der Zeit zwischen Beantragung eines Aufenthaltstitels und abschließender Entscheidung durch die Ausländerbehörde. Die Bescheinigung über eine Erlaubnisfiktion hat keinen Einfluss auf die Frage der Leistungsberechtigung bzw. des Leistungsausschlusses nach § 7 Absatz 1 Satz 2 ff (anders bei Fiktionsbescheinigungen über die Fortgeltung des bisherigen Aufenthaltstitels nach § 81 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 4 AufenthG - vergleiche Rz. 7.48a).

(6) Der Leistungsausschluss besteht für die Zeit von der Einreise bis zur Eheschließung, längstens für drei Monate.



1.4.7 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen

(1) Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Sinne des § 4 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 GG.

**Spätaussiedlerinnen
und Spätaussiedler
(7.24)**

(2) Auch nichtdeutsche Ehegattinnen oder Ehegatten und Abkömmlinge der Spätaussiedlerin oder des Spätaussiedlers, die nicht selbst die Spätaussiedlereigenschaft besitzen, können in den Aufnahmebescheid der Spätaussiedlerin oder des Spätaussiedlers mit einbezogen werden, sofern sie die Voraussetzungen des Bundesvertriebenengesetzes erfüllen.

**Familienangehörige
(7.25)**

(3) Da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler keine Ausländerinnen und Ausländer im Sinne des Aufenthaltsgesetzes sind, haben sie bei Vorliegen der sonstigen Anspruchsvoraussetzungen ab dem Tag der Einreise einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.

**Anspruchsbeginn
(7.26)**

1.4.8 Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und ihre Familienangehörigen

1.4.8.1 Allgemeines Freizügigkeitsrecht

(1) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger genießen Freizügigkeit und haben das Recht auf Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet, soweit die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 2 FreizügG/EU gegeben sind. Dieses Recht steht auch Bürgern der EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) nach § 12 FreizügG/EU sowie grundsätzlich auch Staatsangehörigen der Schweiz zu (siehe Rz. 7.4).

**Freizügigkeit EU
(7.27)**

(2) Für einen rechtmäßigen Aufenthalt von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern von bis zu drei Monaten ist der Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses ausreichend. Während der ersten drei Monate steht jedoch dem Leistungsanspruch regelmäßig der Ausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II entgegen, wenn sie nicht Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Selbständige oder aufgrund des § 2 Absatz 3 FreizügG/EU diesen gleichgestellt sind.

(3) Familienangehörige der Unionsbürgerin oder des Unionsbürgers sind nach Maßgabe des § 3 FreizügG/EU freizügigkeitsberechtigt. Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen, die nicht Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind, wird zum Nachweis ihres Freizügigkeitsrechts eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern ausgestellt, die bis zu fünf Jahre gültig ist.

(4) Zur Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 SGB II ist des Weiteren der gewöhnliche Aufenthalt



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

anhand der Randziffer 7.2 zu prüfen. Zum Nachweis des gewöhnlichen Aufenthaltes kann die Vorlage des Mietvertrages und/oder einer Meldebestätigung gefordert werden.

(5) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die sich seit fünf Jahren ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben, haben unabhängig vom weiteren Vorliegen der Freizügigkeitsvoraussetzungen aus § 2 Absatz 2 FreizügG/EU das Recht auf Einreise und Aufenthalt (Daueraufenthaltsrecht gemäß § 4a FreizügG/EU). Ihre Familienangehörigen, die nicht Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind, haben dieses Recht, wenn sie sich seit fünf Jahren mit dem Unionsbürger ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben. Dafür ist nicht zwingend erforderlich, dass die Familienangehörigen mit dem Unionsbürger oder der Unionsbürgerin in einer Wohnung leben. Zeiten, in denen sich die Personen aus anderen Gründen als in der Eigenschaft als Familienangehöriger können aufgehalten haben, können nicht berücksichtigt werden. Die Zuständigkeit für die Überprüfung der Voraussetzungen und der Bestätigung des Daueraufenthaltsrechts liegt bei den Ausländerbehörden. Eine vorliegende Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht (Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht, Daueraufenthaltskarte) gilt auch für den Bereich des SGB II.

**Daueraufenthaltsrecht
(7.28)**

1.4.8.2 Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II

(1) Der Leistungsausschluss während der ersten 3 Monate gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II betrifft Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen und in Deutschland nicht Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer oder Selbständige sind oder denen dieser Erwerbstätigenstatus erhalten bleibt.

**Dreimonatsausschluss
(7.29)**

(2) Der Leistungsausschluss gilt auch für die Familienangehörigen dieser Personen.

(3) Das Europäische Fürsorgeabkommen (EFA) vom 11.12.1953 (BGBl 1956, 564) ist nach Erklärung eines Vorbehaltes bezüglich der Leistungen nach dem SGB II durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 19.12.2011 seit diesem Zeitpunkt nicht mehr anspruchsbegründend. Die Ausschlussgründe des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und Nummer 2 SGB II findet seitdem wieder auch auf Staatsangehörige eines Vertragsstaates des EFA Anwendung (Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland). Das BSG, Urteil vom 19.10.2010, Az.: B 14 AS 23/10 R findet daher insoweit keine Berücksichtigung mehr. Die Wirksamkeit des Vorbehaltes der Bundesregierung wurde vom BSG mit Urteil vom 03.12.2015 endgültig bestätigt.

**keine Anwendung
des EFA ab
19.12.2011
(7.30)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4.8.3 Anspruchsausschlüsse gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis c SGB II

(1) Besteht keine Freizügigkeitsberechtigung (mehr) nach dem FreizügG/EU bzw. kein Aufenthaltsrecht nach dem AufenthG, greift der Leistungsausschluss des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a SGB II für diese Person und ihre Familienangehörigen. Ein nicht oder nicht mehr bestehendes Freizügigkeits- oder Aufenthaltsrecht ist daher durch das JC zu berücksichtigen (siehe auch Kapitel 1.4.8.1).

**fehlendes Freizügigkeits-/Aufenthaltsrecht
(7.30a)**

(2) Das Recht zur Einreise und zum Aufenthalt ergibt sich für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger grundsätzlich aus §§ 2 - 4 FreizügG/EU.

(3) Nach Ablauf der ersten drei Monate des Aufenthalts ist zu prüfen, ob sich das Aufenthaltsrecht der Ausländerin oder des Ausländers allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt (siehe unten). In diesem Fall bleibt es bei einem Leistungsausschluss, jedoch ergibt sich dieser nun aus § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II.

**Arbeitsuche als einziges Aufenthaltsrecht
(7.31)**

(4) Ausgeschlossen sind nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II jedoch nur Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich **allein** aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, und ihre Familienangehörigen.

(5) Dabei lehnt sich der Wortlaut von § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II an § 2 Absatz 2 des FreizügG/EU an: Nur in den Fällen, in denen sich das Aufenthaltsrecht ausschließlich auf den Grund "zur Arbeitsuche" (§ 2 Absatz 2 Nummer 1a FreizügG/EU) stützt, sind die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger und ihre oder seine Familienangehörigen vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen.

**ausschließlich „zur Arbeitsuche“
(7.32)**

(6) Die Freizügigkeitsberechtigung aufgrund von Arbeitsuche ist grundsätzlich auf bis zu sechs Monate befristet. Darüber hinaus liegt Freizügigkeit nach § 2 Absatz 2 Nummer 1a FreizügG/EU nur vor, solange die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger nachweisen können, dass sie weiterhin Arbeit suchen und begründete Aussicht haben, eingestellt zu werden

(7) Hinsichtlich des Leistungsausschlusses nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II ergeben sich dann Änderungen, wenn die Arbeitsuche und begründete Aussicht auf Einstellung nach Ablauf von sechs Monaten nicht nachgewiesen werden können. Solange kein anderes Aufenthaltsrecht hinzukommt, ist die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger dann nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a ausgeschlossen, weil sie oder er kein Aufenthaltsrecht mehr hat, wenn nicht ausreichende Existenzmittel und Krankenversicherungsschutz zur Verfügung stehen.

**Kein Freizügigkeitsrecht nach Wegfall der Arbeitsuche
(7.33)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(8) Nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe c sind außerdem Ausländerinnen und Ausländer von Leistungen ausgeschlossen, die ihr Aufenthaltsrecht nur aus Artikel 10 der Verordnung (EU) 492/2011 (sogenannte Freizügigkeits-VO) ableiten. Nach ständiger Rechtsprechung des EuGH erwerben Kinder von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern unter den Voraussetzungen des Artikels 10 der VO (EU) 492/2011 ein eigenständiges Aufenthaltsrecht, wenn sie

- a. mit einer Bezugsperson einreisen, die in Deutschland Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer ist oder zu dieser nachziehen
- b. während oder nach der abhängigen Beschäftigung der Bezugsperson eine (Schul-)Ausbildung beginnen und
- c. die (Schul-)Ausbildung in Deutschland fortsetzen.

Aus Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 können diese Kinder ein eigenständiges Aufenthaltsrecht unabhängig von den Freizügigkeitsvoraussetzungen des § 2 FreizügG/EU erwerben.

(9) Auf Kinder von Selbständigen (niedergelassene Selbständige oder Dienstleistungserbringer) ist Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 nicht anwendbar. Der Kreis der Berechtigten schränkt sich auf Kinder von (ehemals) abhängig Beschäftigten ein.

(10) Nicht erwerbstätige Person, die die tatsächliche Personensorge für minderjährige Kinder mit einem Aufenthaltsrecht aus Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 (Rz. 7.34) ausüben, haben ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht. Dieses Aufenthaltsrecht tritt neben ein ggf. vorhandenes Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche.

(11) Personen, die nur dieses Aufenthaltsrecht haben oder daneben nur ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche, sind von Leistungen ausgeschlossen. Der Leistungsausschluss betrifft sowohl die Eltern als auch die Kinder.

(12) Stellen Personen ohne materielles Freizügigkeitsrecht, mit einem Freizügigkeitsrecht nur zur Arbeitsuche oder nur einem aus Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 abgeleiteten Aufenthaltsrecht oder freizügigkeitsberechtigte nichterwerbstätige Personen einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II, so ist die zuständige Ausländerbehörde über die Antragstellung zu informieren. Siehe hierzu Kapitel 1.4.10.

(13) Eine Beschränkung der Dauer der Leistungsausschlüsse nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b und c SGB II ergibt sich erstens aus § 4a FreizügG/EU. Hat die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger ein Daueraufenthaltsrecht nach fünfjährigem ständigem rechtmäßigem Aufenthalt erworben, begründet sich das Aufenthaltsrecht nicht mehr ausschließlich auf dem Recht zur Arbeitsuche oder Artikel 10 VO (EU) 492/2011. In Zweifelsfällen obliegt die

**Aufenthaltsrecht nur
aus Artikel 10 der VO
(EU) 492/2011
(7.34)**

**Abgeleitetes Aufent-
haltsrecht der Eltern
(7.34a)**

**zeitliche Begrenzung
nach fünf Jahren
rechtmäßigem Auf-
enthalt
(7.35)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Zuständigkeit für die Prüfung, ob ein Daueraufenthaltsrecht besteht, den Ausländerbehörden.

(14) Eine weitere Beschränkung der Dauer der Leistungsausschlüsse nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis c ergibt sich aus Satz 4 bis 6. Hat die Unionsbürgerin oder der Unionsbürger fünf Jahre seinen gewöhnlichen (nicht zwingend rechtmäßigen) Aufenthalt in der Bundesrepublik, greifen die Leistungsausschlüsse nicht mehr. Ein Anspruch besteht hingegen nicht, wenn die Ausländerbehörde nach § 7 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU feststellt, dass das Freizügigkeitsrecht nicht mehr besteht (§ 7 Absatz 1 Satz 4, 2. Halbsatz SGB II). Die Ausländerbehörde ist daher auch dann zu informieren, wenn eine Person nach § 7 Absatz 1 Satz 4 nach 5 Jahren gewöhnlichen Aufenthalts in der Bundesrepublik Leistungen beantragt (§ 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2a AufenthG). Zur Feststellung, ob eine Person sich tatsächlich fünf Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten hat, ist zunächst erforderlich, dass die Person seit fünf Jahren in Deutschland gemeldet ist (§ 7 Absatz 1 Satz 5). In Zweifelsfällen sind darüber hinaus Nachweise über den gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland anzufordern (z. B. Mietverträge, Kontoauszüge). Zeiten, in denen die Person ausreisepflichtig war und sich trotzdem in Deutschland aufgehalten hat, werden auf die fünf Jahre nicht angerechnet. Personen sind ausreisepflichtig, wenn die Ausländerbehörde festgestellt hat, dass kein Freizügigkeitsrecht besteht (§ 7 Absatz 1 Satz 1 FreizügG/EU). Auch Haftzeiten sind nicht anrechnungsfähig.

**Zeitliche Begrenzung
nach 5 Jahren ge-
wöhnlichem Aufent-
halt
(7.35a)**

(15) Die Leistungsausschlüsse greifen von vornherein nicht, wenn sich die Ausländerin oder der Ausländer in dem Zeitraum, für den Leistungen beansprucht werden, auf ein anderes oder weiteres Aufenthaltsrecht berufen kann, das nicht von den Leistungsausschlüssen umfasst wird (insbesondere Arbeitnehmer und Selbständige; BSG, Urteil vom 25.01.2012, Az.: B 14 AS 138/11 R und vom 30.01.2013, Az.: B 4 AS 54/12 R). Heranzuziehen sind neben den aktuellen Gegebenheiten auch die Gründe zum Zeitpunkt der Einreise.

**andere und weitere
Aufenthaltsgründe
(7.36)**

(16) Nicht ausgeschlossen von Leistungen des Alg II nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II sind ebenso Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die als Familienangehörige eines Deutschen nach Deutschland einreisen (siehe auch Kapitel 1.4.6). Familienangehörige eines Unionsbürgers oder einer Unionsbürgerin sind von Leistungen ausgeschlossen, wenn der Unionsbürger oder die Unionsbürgerin, von dem oder der die Familienangehörigen ihr Aufenthaltsrecht ableiten, von Leistungen ausgeschlossen ist.

(17) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die sich im deutschen Grenzbereich niederlassen und weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung im Ausland nachgehen (Grenzgängerinnen und Grenzgänger), haben mangels eines Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses in Deutschland keinen Arbeitnehmerstatus (siehe

**Ausländer im deut-
schen Grenzbereich
(7.36a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Rz. 7.13). Insofern sind diese Personen, sofern zuvor ein grenzüberschreitender Bezug etwa durch Wohnsitzwechsel aus einem anderen Mitgliedstaat nach Deutschland hergestellt worden ist - Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates allein reicht dafür nicht aus - im Sinn des Freizügigkeitsrechts als Nichterwerbstätige anzusehen. Voraussetzung dieses Freizügigkeitsrechts ist, dass die betroffenen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger über ausreichende Existenzmittel verfügen, hier ggf. aus der Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat (§ 4 FreizügG/EU). Für das Aufenthaltsrecht als Nichterwerbstätiger kommt es auf die Herkunft der Mittel nicht an.

(18) Reichen diese Existenzmittel nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts aus, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, da kein Freizügigkeitsrecht besteht. Auf die Ausführungen unter Absatz 7 wird insoweit verwiesen. Ggf. liegt ein Freizügigkeitsrecht als Arbeitsuchender vor, sofern aktiv in Deutschland nach einer Beschäftigung gesucht wird. Die Personen sind dann vom Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II erfasst.

(19) Es ist in allen vorgenannten Fällen zu prüfen, ob eine Datenübermittlungspflicht an die Ausländerbehörden eingreift, siehe Rz. 7.62.

1.4.8.4 Unionsbürger als Opfer von Straftaten

(1) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, können, ohne dass sie Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer oder Selbständige sind, innerhalb der ersten drei Monate ihres Aufenthaltes im Bundesgebiet einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben.

**Opfer von Menschenhandel
(7.37)**

(2) Der Ausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II greift nicht für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach § 25 Absatz 4a AufenthG besitzen, weil sie Opfer einer Straftat nach den §§ 232 bis 233a Strafgesetzbuch (Menschenhandel und Förderung des Menschenhandels) geworden sind. Sie sind dann gemäß § 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II vom Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten des Aufenthaltes ausgenommen. Insoweit stellt das im FreizügG/EU enthaltene Schlechterstellungsverbot sicher, dass das AufenthG auch für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger Anwendung findet, wenn es eine günstigere Rechtsstellung vermittelt als das FreizügG/EU (vergleiche § 11 Absatz 1 Satz 11 FreizügG/EU).

(3) Ebenso ist die Regelung des § 59 Absatz 7 AufenthG, die Drittstaatsangehörigen eine 3-monatige Entscheidungsfrist einräumt, für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger anzuwenden. Da Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, außer im Falle der Aberkennung des Rechts auf Freizügigkeit, von den Leistungen nach dem AsylbLG



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

ausgeschlossen sind, besteht auch in diesem Zeitraum ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.

(4) Das Aufenthaltsrecht nach §§ 59 Absatz 7 und 25 Absatz 4a AufenthG tritt neben das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche nach § 2 Absatz 2 Nummer 1a FreizügG/EU oder Artikel 10 der VO (EU) 492/2011.

(5) Nach Ablauf der ersten drei Monate des Aufenthaltes wird bei den Betroffenen der Ausschlussgrund nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II regelmäßig nicht vorliegen, weil sich ihr Aufenthaltsrecht aus § 25 Absatz 4a AufenthG und allenfalls nebenher aus dem Zweck der Arbeitssuche oder Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 in Deutschland ergibt.

(6) Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II gilt auch nicht für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, welche als Opfer einer Straftat nach § 10 Absatz 1 oder § 11 Absatz 1 Nummer 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder nach § 15a Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Aufenthaltsrecht nach § 25 Absatz 4b AufenthG haben, das ggf. neben dem Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 FreizügG/EU oder neben dem aus Artikel 10 der VO (EU) 492/2011 besteht.

**Opfer illegaler Arbeitnehmerüberlassung
(7.38)**

1.4.9 Drittstaatsangehörige und ihre Familienangehörigen

1.4.9.1 Gewöhnlicher Aufenthalt

(1) Drittstaatsangehörige benötigen grundsätzlich einen Aufenthaltstitel nach dem AufenthG, um sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten zu können (§ 4 Absatz 1 AufenthG).

**Voraussetzung Aufenthaltstitel
(7.39)**

(2) Beantragen Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, aber keinen Aufenthaltstitel besitzen, erstmals einen Aufenthaltstitel, so gilt der Aufenthalt bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde zwar als erlaubt ("Erlaubnisfiktion" gemäß § 81 Absatz 3 Satz 1 AufenthG). In der Regel ist aber mangels Bleibeperspektive noch nicht von einem gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 SGB II auszugehen.

**Erlaubnisfiktion
(7.40)**

(3) Beantragen Drittstaatsangehörige, welche einen befristeten Aufenthaltstitel besitzen, die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels oder die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels rechtzeitig, so gilt bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde der bisherige Aufenthaltstitel als fortbestehend und der Aufenthalt somit als erlaubt (§ 81 Absatz 4 AufenthG). Der gewöhnliche Aufenthalt in Deutschland kann in diesen Fällen angenommen werden.

**Fortgeltungsfiktion
(7.41)**

(4) Liegt der gewöhnliche Aufenthalt der drittstaatsangehörigen Person in der Bundesrepublik Deutschland, ist anschließend das Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II zu



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

prüfen. Insbesondere ist nach Satz 2 Nummer 1 in den ersten 3 Monaten des Aufenthaltes regelmäßig ein Leistungsanspruch zu verneinen (zu den Einzelheiten dieses und der weiteren Leistungsausschlüsse siehe Rz. 7.7 ff sowie zu den Rückausnahmen Rz. 7.21, 7.37 und 7.55). Unabhängig davon ist bei Ausländerinnen und Ausländern auch die Erwerbsfähigkeit gemäß § 8 SGB II (erforderliche Erlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung oder die Möglichkeit der Ausstellung einer solchen) gesondert zu prüfen.

(5) Unterliegt ein Drittstaatsangehöriger einer Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG ergibt sich das Verfahren entsprechend der [Weisung 201610023 vom 28.10.2016](#)

**Verstoß gegen
Wohnsitzregelungen
nach § 12a AufenthG
(7.41a)**

1.4.9.2 Befristete Aufenthaltstitel

(1) Zu beachten ist, dass im Aufenthaltsgesetz als "regelmäßiger" Titel für Drittstaatsangehörige zunächst ein befristeter Aufenthaltstitel (Aufenthaltsurlaubnis oder Blaue Karte EU) vorgesehen ist (nur Hochqualifizierte gemäß § 19 AufenthG erhalten von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis und damit ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht).

**Sonderproblem:
Drittstaatsangehörige
mit befristetem
Aufenthaltstitel
(7.42)**

Dabei ist zu differenzieren:

In der Regel ist es nach Ablauf einer bestimmten Aufenthaltsdauer und bei Erfüllung verschiedener Voraussetzungen möglich, den Aufenthalt mit dem Erwerb einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG zu "verfestigen". D. h. die zunächst befristet zugelassenen Ausländerinnen und Ausländer erhalten grundsätzlich die Option auf eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive in Deutschland. Bei diesen Aufenthaltstiteln liegt nicht nur die Voraussetzung des § 8 Absatz 2 AufenthG vor, auch der gewöhnliche Aufenthalt gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 SGB II ist regelmäßig zu bejahen.

(2) Es gibt jedoch auch befristete Aufenthaltstitel, bei denen der Aufenthalt nicht verlängerbar ist.

**Kein gewöhnlicher
Aufenthalt bei nur
vorübergehendem
Aufenthaltszweck
(7.43)**

(3) Bei kurzzeitig befristeten Aufenthalten, die allein dem Zweck der Beschäftigung, vielfach eingeschränkt auf einen bestimmten Arbeitgeber, dienen, kann im Einzelfall die Perspektive eines gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland ausgeschlossen sein, weil bestimmte Beschäftigungen einen Beschäftigungshöchstzeitraum vorsehen. Bei diesen Personen, die befristet zugelassen werden, kann die Ausländerbehörde grundsätzlich gemäß § 8 Absatz 2 AufenthG im Aufenthaltstitel verfügen, dass eine Verlängerung von vorneherein nicht möglich ist. Dabei handelt es sich insbesondere um:

- Ferienbeschäftigungen (§ 14 Absatz 2 BeschV).
- Saisonarbeitskräfte (§ 15a BeschV). Zurzeit ist eine Zuwanderung von Saisonarbeitnehmerinnen und Saisonarbeitnehmern aus Staaten außerhalb der EU ohnehin ausgeschlossen.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- Schaustellergehilfinnen und Schaustellergehilfen (§ 15b BeschV). Zurzeit ist eine Zuwanderung von Schaustellergehilfinnen und Schaustellergehilfen aus Staaten außerhalb der EU ohnehin ausgeschlossen.
- Au-Pair (§ 12 BeschV).
- Gastarbeitnehmerinnen und Gastarbeitnehmer (§ 29 Absatz 2 BeschV).

(4) Das Merkmal des gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland ist grundsätzlich gegeben bei befristeten Aufenthalten von längerer Dauer. Als Maßstab für die Möglichkeit eines Daueraufenthaltes ist insofern § 44 Absatz 1 Satz 2 AufenthG heranzuziehen, denn bei einer entsprechenden Aufenthaltsperspektive soll auch ein Integrationskurs besucht werden. Demnach ist von einem dauerhaften Aufenthalt in der Regel auszugehen, wenn die Ausländerin oder der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis von mehr als einem Jahr erhält oder eine solche bereits seit 18 Monaten besitzt, es sei denn, der Aufenthalt ist seinem Zweck nach vorübergehender Natur.

(5) Wegen der vorübergehenden Natur des Aufenthaltszwecks entfällt die Aufenthaltsperspektive und daher auch der gewöhnliche Aufenthalt in den Fällen, in denen der Aufenthalt auf die Dauer der befristeten Zulassung oder bei einem bestimmten Arbeitgeber begrenzt ist (und Verlängerungen, von Ausnahmen abgesehen, nicht zulässig sind). Diese Bedingungen sind in der Regel in folgenden Fällen gegeben, nämlich bei:

- Haushaltshilfen (§ 15c BeschV). Zurzeit ist eine Zuwanderung von Haushaltshilfen aus Staaten außerhalb der EU ohnehin ausgeschlossen.
- zeitlich befristeten Zulassungen von Sprachlehrerinnen und Sprachlehrern und Spezialitätenköchinnen und Spezialitätenköchen (§ 11 BeschV).

(6) Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifiziertenrichtlinie der EU wurden die drei folgenden neuen Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige geschaffen:

- Niederlassungserlaubnis für Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen (§ 18b AufenthG).
- Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte (§ 18c AufenthG).
- Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG).

(7) Die Niederlassungserlaubnis nach § 18b AufenthG ist unbefristet. Sie verleiht immer ein vollumfängliches Aufenthaltsrecht, losgelöst von einer ursprünglichen Zweckbindung. Sofern das aus der Beschäftigung erzielte Einkommen z. B. im Einzelfall aufgrund der Größe der Familie nicht bedarfsdeckend ist, besteht ein ergänzen-

**Aufenthaltstitel für
Fachkräfte
(7.44)**

**Niederlassungser-
laubnis
§ 18b AufenthG
(7.45)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

der Anspruch auf Alg II. Bei eintretender Arbeitslosigkeit ist zu prüfen, ob sich das Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt. Ist dies der Fall, liegt ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II vor.

(8) Der Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche nach § 18c AufenthG wird befristet auf maximal 6 Monate erteilt und setzt u. a. voraus, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller über einen deutschen oder anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss und eine eigenständige Lebensunterhaltssicherung verfügt. Zweck des Aufenthaltes ist ausschließlich die Arbeitssuche, so dass ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II vorliegt. Darüber hinaus berechtigt dieser Aufenthaltstitel nicht zur Erwerbstätigkeit (§ 18c Absatz 1 Satz 2 AufenthG), so dass die Ausländerin oder der Ausländer gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 SGB II nicht erwerbsfähig ist.

**Arbeitsplatzsuche
§ 18c AufenthG
(7.46)**

(9) Die Blaue Karte EU nach § 19a AufenthG ermöglicht Drittstaatsangehörigen die Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung innerhalb des Ausstellungsstaates und eröffnet Möglichkeiten zur Mobilität innerhalb der EU nach den Vorgaben des jeweiligen Zielstaates. Während der Gültigkeit der Blauen Karte EU haben die Inhaberinnen und Inhaber dieses Aufenthaltstitels Arbeitnehmerstatus, so dass ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II nicht greift. Sofern das aus der Beschäftigung erzielte Einkommen z. B. im Einzelfall aufgrund der Größe der Familie nicht bedarfsdeckend ist, besteht ergänzend ein Anspruch auf Alg II. Nach Ablauf der Gültigkeit ist zu prüfen, ob sich das Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt. Ist dies der Fall, liegt ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II vor.

**Blaue Karte EU
§ 19a AufenthG
(7.47)**

1.4.9.3 Bleiberechts-/Altfallregelung

(1) Die Bleiberechts-/Altfallregelung fällt ebenfalls unter § 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II (Ausnahme vom Leistungsausschluss des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II). Die entsprechenden Aufenthaltstitel gelten als Titel des zweiten Kapitels Abschnitt 5 des AufenthG, vergleiche § 104a Absatz 1 Sätze 2 und 3 AufenthG.

(2) Bleibeberechtigte, die ihren Lebensunterhalt selbst durch Erwerbstätigkeit sicherstellen können, erhalten einen Aufenthaltstitel nach § 23 Absatz 1 AufenthG (vergleiche § 104a Absatz 1 Satz 2 AufenthG). Mit der Ausstellung des neuen Aufenthaltstitels sind Bleibeberechtigte nicht mehr ausgeschlossen von Leistungen nach dem SGB II und - bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen - leistungsberechtigt im SGB II.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4.9.4 Familienangehörige

(1) Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen können einen Aufenthaltstitel nach den Bestimmungen des 6. Abschnitts des 2. Kapitels AufenthG (Aufenthalt aus familiären Gründen) erhalten, wenn sie nach Deutschland "nachziehen". Die Regelungen des 6. Abschnitts sind akzessorisch zu den Regelungen, nach denen die jeweilige Bezugsperson (von der die Familienangehörigen ihr Recht auf Aufenthalt ableiten) ihren Aufenthaltstitel erhält. Hat die Bezugsperson einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des 2. Kapitels AufenthG (Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen) und ist daher nicht vom Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB II erfasst, so gilt dies auch für die Familienangehörigen, denen ein Titel nach Abschnitt 6 erteilt wird.

**Familienangehörige
(7.48)**

(2) Familienangehörigen von Drittstaatsangehörigen wird zum Zweck des Familiennachzuges zunächst von einer deutschen Botschaft ein nationales Visum (D-Visum) nach § 6 Absatz 3 in Verbindung mit §§ 27 ff. AufenthG ausgestellt. Dieser Aufenthaltstitel (§ 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 AufenthG) ist bereits als ein Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 6 des AufenthG zu betrachten, welcher sich akzessorisch zum Aufenthaltstitel der Bezugsperson verhält. Nachziehende Familienangehörige von anerkannten Asylberechtigten und Personen mit internationalem Schutz (Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiär Schutzberechtigte), die mit einem nationalen Visum zur Familienzusammenführung in das Bundesgebiet einreisen, haben somit ab dem Tag der Einreise einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, sofern die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt werden, da die Bezugsperson einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des AufenthG besitzt, der nicht von den Leistungsausschlüssen des § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II erfasst wird.

**Familiennachzug mit
D-Visum
(7.48a)**

(3) Nach ihrer Einreise müssen die Familienangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 6 des 2. Kapitels AufenthG (§§ 27 ff. AufenthG) beantragen. Im Zeitraum zwischen der Antragstellung und der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach §§ 27 ff. AufenthG gilt die bisherige Aufenthaltserlaubnis aus dem Visum als fortbestehend (§ 81 Absatz 4 AufenthG). Über diese Fortwirkung wird dem Familienangehörigen eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 5 AufenthG ausgestellt. Damit besteht bei Vorliegen der weiteren Anspruchsvoraussetzungen auch nach Ablauf des Visums die Leistungsberechtigung nach dem SGB II fort.

(4) Zu Familienangehörigen von deutschen Staatsbürgern siehe Kapitel 1.4.6.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4.9.5 Anspruchsausschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II

Drittstaatsangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis nach den Regelungen des AufenthG. Auch für Nichtunionsbürgerinnen und Nichtunionsbürger kann sich ein Aufenthaltsrecht "zur Arbeitsuche" ergeben. Nach § 16 Absatz 4 AufenthG kann die Aufenthaltserlaubnis nach erfolgreichem Abschluss des Studiums bis zu einem Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden, sofern der Arbeitsplatz nach den Bestimmungen der §§ 18 bis 21 AufenthG von Ausländern besetzt werden darf. In dieser Zeit sind auch Drittstaatsangehörige gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b SGB II von der Leistungsberechtigung im SGB II ausgeschlossen.

**Ausschluss von
Nichtunionsbürgerinnen
und Nichtunions-
bürgern
(7.49)**

1.4.9.6 Verpflichtungserklärung nach § 68, 68a AufenthG

(1) Im Rahmen der Beantragung eines Aufenthaltstitels kann eine sogenannte Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG verlangt werden, wenn der Ausländer selbst nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu sichern und die Sicherung des Lebensunterhaltes zwingende Voraussetzung für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist und die Prüfung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls ansonsten zu einer Ablehnung des Aufenthaltstitels führen würde. Die Verpflichtungserklärung ist gegenüber der Ausländerbehörde oder einer Auslandsvertretung abzugeben. Sie kann von der Grundsicherungsstelle nicht geprüft bzw. abgeändert werden.

**Die Verpflichtungser-
klärung nach § 68
AufenthG
(7.50)**

(2) Soweit Kenntnis über eine bestehende Verpflichtungserklärung vorliegt, führt dies nicht zu einem Ausschluss von Leistungen nach dem SGB II. Es verbleibt - wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen - bei einem Anspruch der ausländischen Person auf Leistungen nach dem SGB II. Denn Rechtsfolge einer Verpflichtungserklärung ist nicht, dass der Verpflichtungsgeber (derjenige, der die Verpflichtungserklärung abgegeben hat) für den Lebensunterhalt der Ausländerin oder des Ausländers sorgen muss, sondern Rechtsfolge ist ein Erstattungsanspruch der öffentlichen Stelle, die gegenüber der ausländischen Person Lebensunterhaltsleistungen erbringt (hier: Träger nach dem SGB II), gegenüber dem Verpflichtungsgeber (Garantiegeber).

(3) Ein Erstattungsanspruch ist nur zu prüfen, wenn Leistungen nach dem SGB II tatsächlich erbracht wurden. Der Erstattungsanspruch setzt eine wirksame Verpflichtungserklärung in Schriftform voraus, die hinreichend bestimmt ist und den Zeitraum des rechtmäßigen SGB II-Leistungsbezugs erfasst.

**Erstattungsanspruch
(7.51)**

(4) Die Verpflichtungserklärung umfasst grundsätzlich den Lebensunterhalt der oder des Begünstigten. Dazu gehören auch die Wohnversorgung sowie die notwendigen Aufwendungen für einen Kranken- und Pflegeversicherungsschutz. Eine Erstattungspflicht besteht nur insoweit, als die öffentlichen Aufwendungen zu Recht

**Umfang und Reich-
weite der Erstattung
(7.52)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

erbracht worden sind. Der Erstattungsanspruch ist vom Leistungsträger durch Verwaltungsakt geltend zu machen.

(5) Für die Abgabe der Erklärung ist das dafür vorgesehene bundeseinheitliche Formular zu verwenden. Vor der Abgabe der Erklärung wird der Verpflichtungsgeber u.a. auf den Umfang und die Dauer der eingegangenen Verpflichtung hingewiesen sowie darauf, dass die aufgewendeten Kosten zwangsweise im Wege der Vollstreckung beigetrieben werden, soweit der Verpflichtungsgeber seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Die für die Entgegennahme zuständige Behörde (i.d.R. die Ausländerbehörde) hat sich von der Bonität des Verpflichtungsgebers zu überzeugen.

(6) Die Frage, für welchen Zeitraum eine Erstattungspflicht des Verpflichtungsgebers besteht, wurde im Rahmen des Integrationsgesetzes vom 23. Juli 2016 durch Ergänzung des § 68 AufenthG (mit Geltung ab dem 6. August 2016) gesetzlich geregelt. Die Erstattungsverpflichtung gilt demnach grundsätzlich für einen Zeitraum von fünf Jahren. Dieser Zeitraum beginnt mit der durch die Verpflichtungserklärung ermöglichten Einreise des Ausländers. Zusätzlich wurde klargestellt, dass die Verpflichtungserklärung auch vor Ablauf dieses Zeitraums nicht durch Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§§ 22 ff AufenthG) oder durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. subsidiären Schutzes (§§ 3, 4 des Asylgesetzes - AsylG) erlischt.

(7) Zudem wurde in § 68a AufenthG für Verpflichtungserklärungen, die bereits vor dem 6. August 2016 abgegeben worden waren („Altfälle“), eine Übergangsvorschrift geschaffen. Insoweit gilt die Erstattungsverpflichtung grundsätzlich für einen Zeitraum von nur drei Jahren ab Einreise des Ausländers. Sofern die dreijährige Frist zum 6. August 2016 bereits abgelaufen war, endete die Verpflichtung zur Erstattung öffentlicher Mittel mit Ablauf des 31. August 2016. Auch in dem für Altfälle geltenden Zeitraum haben die Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen oder die Anerkennung nach § 3 oder § 4 AsylG keine Auswirkungen auf die Verpflichtungserklärung. Umgekehrt wird kein Anspruch des Verpflichtungsgebers auf Rückerstattung ausgelöst, falls er in Altfällen vor August 2016 bereits länger als drei Jahre einstandspflichtig gewesen war.

(8) Im Regelfall ist die oder der Verpflichtete ohne Ermessensausübung zur Erstattung heranzuziehen. Von einem Regelfall ist immer dann auszugehen, wenn die Voraussetzungen für die Aufenthaltsgenehmigung und die finanzielle Belastbarkeit des Verpflichteten im Verwaltungsverfahren von der Ausländerbehörde geprüft wurden und bei Inanspruchnahme nichts dafür spricht, dass die Heranziehung zur Erstattung eine unzumutbare Belastung bedeuten würde (keine signifikante Änderung der Verhältnisse).

Keine Ermessensausübung im Regelfall (7.53)



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(9) In atypischen Fällen ist im Wege der Ermessensentscheidung festzulegen, ob und in welchem Umfang der Anspruch geltend gemacht wird. Ob ein atypischer Fall vorliegt, ist anhand einer wertenden Betrachtung aller Umstände des Einzelfalls zu entscheiden. Die Heranziehung darf zu keiner unzumutbaren Belastung führen. Darüber hinaus sind die Umstände, unter denen die Verpflichtungserklärung abgegeben wurde, zu würdigen und es ist zu prüfen, ob eine Heranziehung verhältnismäßig ist („gerechte Lastenverteilung“) oder welche Zahlungserleichterungen ggf. zu gewähren sind (siehe auch BVerwG, Urteil vom 13.02.2014, Az.: 1 C 4/13 und BVerwG, Urteil vom 24.11.1998, Az.: 1 C 33/97, Rn. 60 ff.).

Im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erhielten aus Syrien geflüchtete Personen Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG. Einige dieser Personen stellten nach der Einreise in das Bundesgebiet dennoch einen Asylantrag; in diesen Fällen erhielten sie Aufenthaltsgestattungen nach § 55 Asylgesetz (AsylG). Sowohl Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG wie auch § 55 AsylG berechtigten noch nicht zum Leistungsbezug nach dem SGB II. Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens wurde den betroffenen Personen ein Aufenthaltstitel nach den Vorschriften der § 25 Absatz 1, 2 oder 3 AufenthG erteilt, der zum Bezug von Leistungen nach dem SGB II berechtigt.

Für die Verpflichtungserklärungen, die im Rahmen dieser Landesaufnahmeprogramme vor Inkrafttreten des Integrationsgesetzes am 06.08.2016 abgegeben wurden, gelten Besonderheiten bei der Prüfung der Erstattungsforderungen. Die Forderungen aus diesen Verpflichtungserklärungen sind nach Maßgabe der Weisung [201903003 vom 01.03.2019](#) zu prüfen.

(10) Soweit entgegen den Ausführungen unter Rz. 7.50 Absatz 2 der Verpflichtungsgeber an die Begünstigte oder den Begünstigten tatsächlich Leistungen erbringt, sind diese grundsätzlich nach § 9 Absatz 1 SGB II zu berücksichtigen. Dabei ist gewährte unentgeltliche Verpflegung nicht als Einkommen zu berücksichtigen, da diese außerhalb der in den §§ 2, 3 und 4 Nummer 4 Alg II-V genannten Einkommensarten bereitgestellt wird.

(11) Sind die Sachleistungen und evtl. zusätzlich gewährte Geldleistungen (z. B. Taschengeld) geeignet, den gesamten Bedarf zu decken, wäre Hilfebedürftigkeit nach § 9 Absatz 1 SGB II in vollem Umfang zu verneinen. Der ausländische Leistungsberechtigte sowie der Verpflichtungsgeber sind daher rechtzeitig - möglichst schon zu Beginn der Leistungsberechtigung nach dem SGB II - im Hinblick auf eventuelle Auswirkungen auf den Krankenversicherungsschutz an die zuständige Krankenkasse zu verweisen.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1.4.9.7 Leistungsberechtigte nach AsylbLG

(1) Asylbewerberinnen und Asylbewerber, ausreisepflichtige und geduldete Personen erhalten als Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG keine Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II bezieht sich nicht nur auf erwerbsfähige Leistungsberechtigte, sondern auch auf nicht erwerbsfähige Angehörige erwerbsfähiger Leistungsberechtigter, soweit sie selbst Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG sind.

**Leistungsausschluss
für Asylbewerberleis-
tungsberechtigte
(7.54)**

(2) Dabei handelt es sich insbesondere um Ausländerinnen und Ausländer, welche sich tatsächlich in der Bundesrepublik aufhalten und die

- eine Aufenthaltsgestattung nach Asylgesetz (AsylG) besitzen (Asylbewerberinnen und Asylbewerber - § 55 AsylG),
- eine Duldung nach § 60a AufenthG besitzen,
- eine Aufenthaltserlaubnis wegen des Krieges in ihrem Heimatland nach § 23 Absatz 1 oder § 24 des AufenthG oder die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 des AufenthG besitzen,
- eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG besitzen, sofern die Entscheidung über die Aussetzung ihrer Abschiebung noch nicht 18 Monate zurückliegt,
- über einen Flughafen einreisen wollen und denen die Einreise nicht oder noch nicht gestattet ist,
- vollziehbar ausreisepflichtig sind, auch wenn eine Abschiebungsandrohung noch nicht oder nicht mehr vollziehbar ist,
- Ehegattinnen und Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner oder minderjährige Kinder der in den vorgenannten Punkten 1-6 genannten Personen, ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen, oder
- einen Asylfolgeantrag nach § 71 AsylG stellen oder einen Zweit Antrag nach § 71a des AsylG gestellt haben.

(3) Hierunter fallen auch Personen, die sich für eine gewisse Zeit rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten (z. B. aufgrund einer visumsfreien Einreise), jedoch nach Ablauf dieser Frist ihren erforderlichen Aufenthaltstitel verspätet beantragen. Gemäß § 81 Absatz 3 Satz 2 AufenthG gilt dann bis zur Entscheidung über den Antrag die Abschiebung als ausgesetzt. Die Personen gelten dann als geduldet (Duldungsfiktion) und sind damit leistungsberechtigt nach § 1 AsylbLG. Daher sind sie ebenfalls vom Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II erfasst.

(4) Die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG endet mit Ablauf des Monats, in dem die Leistungsvoraussetzung entfällt (§ 1 Absatz

**Ende des Leistungs-
ausschlusses
(7.54a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

3 Satz 1 AsylbLG). Die Personen sind in der Regel ab dem folgenden Monat leistungsberechtigt im SGB II, sofern die weiteren Leistungsvoraussetzungen vorliegen.

(5) Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG sind nicht mehr leistungsberechtigt nach dem AsylbLG, sofern die Entscheidung über die Aussetzung ihrer Abschiebung mindestens 18 Monate zurückliegt. Für minderjährige Kinder mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG, die mit ihren Eltern in einer Haushaltsgemeinschaft leben, endet die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG auch dann, wenn die Leistungsberechtigung eines Elternteils, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes besitzt, entfallen ist (§ 1 Absatz 3 Satz 2 AsylbLG) vergleiche unten Rz. 7.60a.

(6) Diese Ausländerinnen und Ausländer haben einen Leistungsanspruch nach dem SGB II, falls auch die weiteren Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

(7) Zum aufenthaltsrechtlichen Schutzstatus von Familienangehörigen und dem Ende der Anspruchsberechtigung nach dem AsylbLG in diesen Fällen vergleiche unten Rz. 7.60.

(8) Für die Zuordnung von Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG zum AsylbLG oder zum SGB II gilt folgendes:

- Der Zeitraum von 18 Monaten seit der Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung beginnt mit der erstmalig erteilten Duldung; auf den Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG und deren Gültigkeitsdauer kommt es hingegen nicht an.
- Zur Berechnung des Zeitraums von 18 Monaten seit der Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung sind nicht zusammenhängende Zeiträume, in denen die Abschiebung ausgesetzt war, zu addieren. Zeiten, in denen die Abschiebung nicht ausgesetzt war, sind nicht in die Berechnung einzubeziehen.
- Im Fall der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG ohne vorangehende Duldung besteht die Leistungsberechtigung im AsylbLG für 18 Monate seit Erteilung der Aufenthaltserlaubnis. Nach Ablauf von 18 Monaten seit Erteilung der Aufenthaltserlaubnis endet die Leistungsberechtigung im AsylbLG. Ab diesem Zeitpunkt greift der Leistungsausschluss im SGB II nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II nicht mehr.
- Leben mehrere Personen mit einem Aufenthaltsrecht nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c AsylbLG in einer Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft zusammen (z. B. Eltern mit ihren Kindern), so ist die Frage, ob die 18 Monatsfrist verstrichen und damit der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3

**Aufenthaltstitel nach
§ 25 Absatz 5 Auf-
enthG
(7.55)**

**Familienangehörige
(7.56)**

**Kriterien Zuordnung
zum AsylbLG oder
SGB II in den Fällen
des § 25 Absatz 5
AufenthG
(7.57)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

SGB II entfallen ist, für jedes Haushaltsmitglied gesondert zu prüfen. Dies kann im Einzelfall zu einem gespaltenen Leistungsrecht innerhalb dieser Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft führen.

(9) Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes erfolgte eine Klarstellung hinsichtlich des Rechtskreiswechsels aus dem AsylbLG in das SGB II.

Für Personen, die als Asylberechtigte im Sinne des Art. 16a GG oder Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK-Flüchtlinge) oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt werden, endet die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG mit Ablauf des Monats, in dem der Bescheid über die Anerkennung bzw. Zuerkennung bekannt gegeben wurde (§ 1 Absatz 3 Satz 1 AsylbLG), auch wenn noch kein Aufenthaltstitel ausgestellt wurde.

Hat das BAMF einen Antrag insgesamt abgelehnt, wird aber aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zur Anerkennung der betreffenden Person als Asylberechtigter, GFK-Flüchtling oder subsidiär Schutzberechtigter verurteilt, entfällt die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG nicht schon mit Ablauf des Monats der gerichtlichen Entscheidung, sondern erst mit Ablauf des Monats, in dem das BAMF dem Ausländer aufgrund des rechtskräftigen Gerichtsurteils den Bescheid über die Anerkennung/Zuerkennung des Schutzstatus bekannt gibt.

Die bisherige Ausnahmeregelung des § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 AsylbLG a. F., wonach in dem Fall, dass ein Gericht das BAMF bei einer Ablehnung von Asyl nach Art. 16a GG zur Anerkennung verpflichtet und der Rechtskreiswechsel somit zum Ablauf des Monats der gerichtlichen Entscheidung erfolgt, ist seit 01.09.2019 entfallen.

(10) Die Anerkennung von internationalem Schutz (Flüchtlingsanerkennung nach der GFK - „kleines Asyl“ - und Anerkennung von subsidiärem Schutz) kann Teil einer sog. Gespaltenen Behördenentscheidung sein. Dies ist dann gegeben, wenn Ausländerinnen und Ausländer Asyl im Sinne von Artikel 16a GG begehren und nur als GFK-Flüchtling anerkannt werden oder nur subsidiären Schutz erhalten. Gleiches gilt, wenn Ausländerinnen und Ausländer beantragt haben, als GFK-Flüchtling anerkannt zu werden und nur subsidiären Schutz erhalten.

Der positive Teil der Behördenentscheidung (Anerkennung als GFK-Flüchtling oder subsidiär Schutzberechtigte/Schutzberechtigter) wird sofort, d. h. mit Bekanntgabe der Entscheidung durch das BAMF unanfechtbar und damit bestandskräftig. Mit Ablauf des Monats der Bekanntgabe entfällt die Leistungsberechtigung im AsylbLG. Betroffene sind dann - bei Vorliegen der weiteren Leistungsvoraussetzungen - leistungsberechtigt im SGB II. Ob die Betroffenen gericht-

**Ende AsylbLG bei
positiver (Teil-)Ent-
scheidung über den
Asylantrag
(7.58)**

**gespaltene Behör-
denentscheidung
(7.59)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

lich gegen den ablehnenden Teil der Behördenentscheidung vorgehen, ist für die Unanfechtbarkeit der Anerkennung bzw. Zuerkennung des Schutzstatus und den Wechsel ins SGB II irrelevant.

(11) Nach § 25 Absatz 3 Satz 1 des AufenthG soll einer/einem Ausländer/in eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG vorliegt. In der Zeit zwischen einer ablehnenden Entscheidung des BAMF über die Anerkennung einer Asylberechtigung, der Flüchtlingseigenschaft und des subsidiären Schutzes sowie gleichzeitiger Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG einerseits und der Erteilung des Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 3 AufenthG durch die Ausländerbehörde andererseits gilt für den Leistungsbezug Folgendes:

Rechtskreiswechsel bei Abschiebungs- verboten nach § 60 Absatz 5 und 7 Auf- enthG (7.59a)

Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 AufenthG durch das BAMF führt noch nicht zum Wegfall der Leistungsberechtigung nach § 1 AsylbLG. Beantragt der Ausländer/die Ausländerin die Erteilung des Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 3 AufenthG, führt auch dies allein noch nicht zu einer Leistungsberechtigung nach dem SGB II. Für die Frage des sog. Rechtskreiswechsels von der Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG zur Leistungsberechtigung nach dem SGB II ist auf die Bekanntgabe des Titels nach § 25 Absatz 3 AufenthG abzustellen, unabhängig davon, ob der Antrag auf Erteilung des Titels vor oder nach der Bestandskraft der ablehnenden BAMF-Entscheidung zum Schutzstatus gestellt wird. Erst wenn der Aufenthaltstitel nach § 25 Absatz 3 AufenthG erteilt wurde, sind die betroffenen Personen mit Ablauf des entsprechenden Monats nicht mehr zum Leistungsbezug im AsylbLG berechtigt (§ 1 Absatz 3 Satz 1 AsylbLG), so dass ab Beginn des nachfolgenden Monats der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 entfällt. Unter „Erteilung des Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG“ ist dessen Bekanntgabe einschließlich der damit verbundenen positiven Entscheidung über eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis gegenüber der Ausländerin/dem Ausländer zu verstehen (§ 41 des Verwaltungsverfahrensgesetzes - VwVfG).

Beispiel:

Ein Drittstaatsangehöriger hat einen Asylantrag im Sinne von § 13 AsylG gestellt. Mit Bescheid vom 30. Oktober 2017 (Aufgabe des Bescheids zur Post am selben Tag; Bekanntgabe nach § 41 Absatz 2 Satz 1 VwVfG - am 2. November 2017) lehnt das BAMF die Anerkennung der Asylberechtigung, der Flüchtlingseigenschaft und des subsidiären Schutzes ab und stellt Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 AufenthG (Gefahr der Verletzung von Menschenrechten oder Grundfreiheiten) und/oder nach § 60 Absatz 7 AufenthG (erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit) fest.

Daraufhin stellt der Ausländer bei der zuständigen Ausländerbehörde einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG. Die Norm besagt, dass eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden soll, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 oder



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

7 AufenthG vorliegt. Nach Mitteilung der Unanfechtbarkeit der Entscheidung des BAMF zum Schutzstatus benötigt die Ausländerbehörde für die Prüfung des Antrags nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG ungefähr zwei Monate Zeit. Am 8. Januar 2018 entscheidet die Ausländerbehörde zugunsten einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG, stellt unter diesem Datum einen entsprechenden Aufenthaltstitel aus und informiert den Ausländer mit einem Schreiben gleichen Datums (in der Regel noch kein Verwaltungsakt) darüber, dass der Aufenthaltstitel zur persönlichen Abholung bereitliege.

Der Ausländer holt den Titel am 12. Februar 2018 bei der Ausländerbehörde ab. Erst durch die Aushändigung des Aufenthaltstitels wird die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG wirksam bekanntgegeben (§ 41 Absatz 1 Satz 1 VwVfG). Die Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz endet mit Ablauf des Monats Februar 2018 (§ 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 AsylbLG). Der Ausländer unterfällt ab dem 1. März 2018 dem SGB II.

Erste Abwandlung:

Der Ausländer holt den Aufenthaltstitel nicht ab. Mangels Bekanntgabe der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG fehlt es an der „Erteilung“ eines entsprechenden Aufenthaltstitels, so dass der Ausländer weiterhin nach dem AsylbLG leistungsberechtigt bleibt. Es erfolgt kein Wechsel in das SGB II.

Zweite Abwandlung (Regelfall eines elektronischen Aufenthaltstitels):

Die Ausländerbehörde stellt am 8. Januar 2018 einen sog. elektronischen Aufenthaltstitel über eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 Satz 1 AufenthG aus.

Bei einem elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) handelt es sich um ein gesondertes Dokument im Kreditkartenformat mit elektronischen Zusatzfunktionen (z. B. Online-Funktion, wie beim Personalausweis). Dieser wird für alle Drittstaatsangehörigen als eigenes Dokument ausgestellt. Es handelt sich um einen physischen Aufenthaltstitel, sodass sich im Hinblick auf die „Erteilung“ des eAT keine Änderungen zu den übrigen Beispielfällen ergeben.

Hinsichtlich der Bekanntgabe eines eAT gelten grundsätzlich keine Besonderheiten. Wird keine vorläufige Bescheinigung o. ä. ausgestellt, kommt es für die Bekanntgabe daher auf die Aushändigung des eAT an. Bescheinigt die ABH dem Ausländer dagegen schon früher, dass sie seinem Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25 Absatz 3 AufenthG entsprochen habe und lediglich die Anfertigung des elektronischen Dokuments (also des „Plastikkärtchens“) noch weitere Zeit in Anspruch nimmt, ist dieser ab Beginn des Folgemonats leistungsberechtigt nach dem SGB II.

(12) Die Leistungsberechtigung im AsylbLG von Familienangehörigen einer asylberechtigten Person endet grundsätzlich nicht akzessorisch mit dessen Asylanerkennung,

**Ende AsylbLG Familienangehörige
(7.60)**

(13) Der asylrechtliche Schutzstatus eines minderjährigen Kindes leitet sich vom Schutzstatus seiner Eltern ab. Dieser abgeleitete Schutzstatus ist identisch mit dem der Eltern als Stammberechtigte (Beispiel: stellt das Kind subsidiär schutzberechtigter Eltern einen

**Eigenständige Entscheidung bei Kindern
(7.60a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Asylantrag, erhält es ebenfalls den Status eines subsidiär Schutzberechtigten). Voraussetzung ist die Unanfechtbarkeit der Entscheidung gegenüber dem Stammberechtigten (Elternteil). Gegenüber dem Kind ergeht eine eigenständige, im Verhältnis zur Anerkennung des Stammberechtigten zeitlich nachfolgende Entscheidung. Bis zu dieser eigenen Anerkennung des Kindes bzw. der Zuerkennung subsidiären Schutzes, ist das Kind weiterhin nach dem AsylbLG und nicht nach dem SGB II leistungsberechtigt (§ 1 Absatz 3 Satz 1 AsylbLG). Denn der Ausschlussstatbestand des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 gilt auch für nicht erwerbsfähige Angehörige von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II, die mit diesen in Bedarfsgemeinschaft leben (BSG Urteil vom 21. Dezember 2009 - B 14 AS 66/08 R).

(14) Ausnahmsweise besteht eine akzessorische Leistungsberechtigung der Familienangehörigen nach dem AsylbLG in folgenden Fallgestaltungen:

- Leistungsberechtigung der Familienangehörigen allein aus § 1 Absatz 1 Nummer 6 AsylbLG (für Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder der in § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 AsylbLG genannten Personen, wenn sie selbst die dort genannten Voraussetzungen - z. B. Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz - nicht erfüllen);
- Leistungsbeendigung nach dem AsylbLG für minderjährige Kinder, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG besitzen und die mit ihren Eltern in einer Haushaltsgemeinschaft leben, wenn die Leistungsberechtigung eines Elternteils, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG besitzt, entfallen ist (vgl. oben unter Rz. 7.55).
- In Deutschland geborene Kinder von Asylberechtigten, GFK-Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten erhalten entweder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 33 des AufenthG oder nach § 25 Absatz 1 oder Absatz 2 AufenthG. Sie sind nicht nach § 1 Absatz 1 des AsylbLG leistungsberechtigt, sondern nach dem SGB II. Da sie Anspruch auf einen Aufenthaltstitel nach § 33 AufenthG haben, können sie bereits ab Geburt Leistungen nach dem SGB II erhalten, auch wenn die Aufenthaltserlaubnis ggf. erst mit zeitlicher Verzögerung erteilt wird. Als Nachweis über die Existenz und Identität des Neugeborenen genügt in diesen Fällen ein Nachweis über die Aufenthaltserlaubnis der Eltern (die den gemeinsamen Einrichtungen in der Regel bereits bekannt sein dürfte) und die Vorlage der Geburtsurkunde für das in Deutschland geborene Kind oder - falls eine Geburtsurkunde mangels geeigneter Nachweise zu Angaben über die Eltern des Kindes noch nicht ausgestellt werden konnte - ein beglaubigter Auszug aus dem Personenstandsregister (Personenstandsurkunde, der nach § 54 des Personenstandsgesetzes dieselbe Beweiswirkung zukommt wie einer Geburtsurkunde).



[Kurzübersicht Sachentscheidungsmöglichkeiten im nationalen Asylverfahren und Rechtsmittelfristen des BAMF](#)

1.4.10 Datenaustausch mit den Ausländerbehörden

(1) Beim Datenaustausch mit den Ausländerbehörden ist zwischen Fällen zu unterscheiden, in denen der Datenaustausch auf Anfrage des JC oder der Ausländerbehörde erfolgt (dazu Rz. 7.61) und Fällen, in den die Datenübermittlung anlasslos kraft Gesetzes erfolgt (dazu Rz. 7.61a).

(2) Die Übermittlung von Sozialdaten an Ausländerbehörden auf Anfrage der Ausländerbehörde oder des JC richtet sich nach den §§ 67 ff. SGB X und ist dort speziell in § 71 Absatz 2 SGB X geregelt. Die Übermittlungsbefugnis kann sowohl Unionsbürger als auch Drittstaatsangehörige betreffen.

(3) Bei Anfragen der JC an das Ausländerzentralregister oder der Ausländerbehörden an die JC ist immer dem Erstermittlungsgrundsatz beim Auskunftspflichtigen gemäß § 67a Absatz 2 Satz 1 SGB X durch Erklärung der anfragenden Stelle Rechnung zu tragen.

Enthalten Anfragen der Ausländerbehörde keine Aussage zu einer erfolglosen Befragung des Auskunftspflichtigen, ist die Anfrage an die Ausländerbehörde zurückzugeben.

(4) Im Einzelfall und auf Nachfrage der Ausländerbehörden dürfen die JC Auskünfte zum Leistungsbezug von Ausländern an die Ausländerbehörden erteilen, wenn

- für die Entscheidung über den Aufenthalt des Ausländers oder eines Familienangehörigen des Ausländers Daten über die Gewährung oder Nichtgewährung von Leistungen, Daten über frühere und bestehende Versicherungen und das Nichtbestehen einer Versicherung relevant sind oder

Beispiele:

Eine Niederlassungserlaubnis wird nur erteilt, wenn der Ausländer nicht nur seinen, sondern auch den Lebensunterhalt seiner mit ihm im Haushalt lebenden Mitglieder der Kernfamilie sichern kann.

Eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug kann nach § 27 Absatz 3 AufenthG versagt werden, wenn der Ausländer, zu dem der Zugang stattfinden soll, auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen ist.

- für eine Entscheidung über den Aufenthalt des Ausländers Angaben darüber, ob die in § 54 Absatz 2 Nummer 4 AufenthG bezeichneten Voraussetzungen vorliegen, benötigt werden. In dem Fall dürfen auch Daten über die Gesundheit des Ausländers übermittelt werden.

**Datenübermittlung
auf Anfrage
(7.61)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Beispiel:

Der Verdacht auf Drogenkonsum soll durch ein ärztliches Gutachten bestätigt werden. Verweigert der Ausländer die ärztliche Begutachtung oder die aufgrund der Begutachtung als notwendig angesehene Behandlung, kann ein Ausweisungsgrund vorliegen.

(5) Auskünfte aus dem Ausländerzentralregister (AZR) erhalten JC aufgrund von § 18b des Gesetzes über das Ausländerzentralregister (AZRG) nur für Ausländer, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind.

(6) *[befindet sich derzeit in Überarbeitung]*

Verpflichtende Datenübermittlung bei ortsabwesenden Personen mit Schutzstatus (7.61a)

(7) § 87 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2a Aufenthaltsgesetz fordert eine Datenübermittlung der JC an die Ausländerbehörde, wenn Ausländerinnen oder Ausländer

Verpflichtende Datenübermittlung nach dem AufenthG (7.62)

- ohne Aufenthaltsrecht,
- mit einem Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitsuche oder
- mit einem eigenständigen oder abgeleiteten Aufenthaltsrecht aus Artikel 10 der VO (EU) 492/2011

für sich oder ihre Familienangehörigen Leistungen nach dem SGB II beantragen oder in Anspruch nehmen. Die Datenübermittlungspflicht besteht außerdem in den Fällen, in denen Leistungen nach fünfjährigem gewöhnlichem (nicht rechtmäßigem) Aufenthalt nach § 7 Absatz 1 Satz 4 beantragt werden.

(8) Der Ausländerbehörde sind in den oben genannten Fällen folgende Daten zu übermitteln:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Adresse der beantragenden Person,
- Datum der Antragstellung, ggf. Zeitraum der beantragten Leistungen,
- Name, Vorname, Geburtsdatum aller weiteren Personen, für die Leistungen beantragt werden.

(9) Die Datenübermittlung hat mit jeder Beantragung oder Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II zu erfolgen.

(10) Bezüglich der weiteren Übermittlungspflichten der JC an die Ausländerbehörden wird auf die FW zu § 63 SGB II Kapitel 1.11 verwiesen.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

2. Bedarfsgemeinschaft

2.1 Allgemeines

(1) Eine BG hat mindestens eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person (eLb). Die BG kann aus einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern bestehen. Nach der Vermutung des § 38 SGB II wird die BG durch die erwerbsfähige Antragstellerin oder den erwerbsfähigen Antragsteller vertreten.

**Vertreter der BG
(7.63)**

Welche Personen einer BG zuzuordnen sind, ergibt sich abschließend aus § 7 Absatz 3 SGB II.

(2) Die Zugehörigkeit zu einer BG ist auch entscheidend für die Einkommensberücksichtigung, da nach § 9 Absatz 2 SGB II nur das Einkommen von Personen, die in einer gemeinsamen BG leben, berücksichtigt werden kann. Grundsätzlich wird unabhängig von etwaigen Unterhaltsansprüchen nach dem BGB und davon, ob die Person selbst anspruchsberechtigt nach dem SGB II ist, von jedem Mitglied der BG erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfes aller Angehörigen der BG einsetzt (vergleiche § 9 Absatz 2 SGB II).

**Einkommenseinsatz
(7.64)**

(3) Einkommen eines zur BG gehörenden Kindes ist grundsätzlich nicht auf den Bedarf der übrigen Mitglieder der BG anzurechnen. Ausnahme: Kindergeld (vergleiche Rz. 11.44 der FW zu §§ 11-11b SGB II).

2.2 Partnerinnen und Partner

(1) Als Partnerin oder Partner der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind nach § 7 Absatz 3 Nummer 3 SGB II folgende Personen anzusehen:

- a. die nicht dauernd getrennt lebende Ehegattin oder der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte, unabhängig davon, ob die Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts sind (vergleiche § 1353 Absatz 1 Satz 1 BGB),
- b. die nicht dauerhaft getrennt lebende Lebenspartnerin oder der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner,
- c. eine Person, die mit der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen ("Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft").

(2) Personen unter 16 Jahren können eine Ehe nicht wirksam eingehen (vergleiche § 1303 Satz 2 BGB): Ehen mit einem Partner un-

**Ehen Minderjähriger
(7.64a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

ter 16 Jahren sind von Beginn an kraft Gesetzes unwirksam („Nicht-ehe“). In diesem Fall liegt keine Partnerschaft nach § 7 Absatz 3 Nummer 3a SGB II vor.

Personen ab Beginn des 17. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres dürfen keine Ehe eingehen (vergleiche § 1303 Satz 1 BGB). Bis zur rechtskräftigen Aufhebung einer dennoch geschlossenen Ehe durch eine richterliche Entscheidung bleibt diese Ehe wirksam (vergleiche § 1313 Satz 1,2 BGB). Bis zur Rechtskraft der Entscheidung des Familiengerichts liegt eine Partnerschaft i. S. d. § 7 Absatz 3 Nummer 3a SGB II vor.

Die beiden Personen bilden dennoch eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft (§ 7 Absatz 3 Nummer 3c SGB II), da die prinzipielle Möglichkeit einer Eheschließung - ohne Berücksichtigung des Alters – besteht. Bei verständiger Würdigung ist der subjektive wechselseitige Wille anzunehmen, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (zu den Voraussetzungen vgl. Rz. 7.68). Daher ist der volljährigen Partnerin/dem volljährigen Partner die Regelbedarfsstufe 1 und der minderjährigen Partnerin/dem minderjährigen Partner die Regelbedarfsstufe 4 anzuerkennen (vgl. FW zu § 20, Rz 20.10). Diese Ausführungen finden keine Anwendung auf Personen im Alter von unter 16 Jahren.

Rechtsfolgen bei Ehen Minderjähriger (7.64b)

Die Regelungen der Rz. 7.64a und 7.64b gelten auch für Ehen nach ausländischem Recht (vergleiche Artikel 13 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum BGB [EGBGB]).

Ausländische Ehen (7.64c)

(3) In einer BG kann nur eine Person als Partner der oder des eLb berücksichtigt werden. Das islamische Recht sieht die Möglichkeit von Vielehen vor (bis zu vier Frauen), die in Deutschland nur nach religiösem Recht (ggfs unter Mitwirkung eines Imams) abgeschlossen werden können. Die „Zweit- oder Drittfrau“ bildet im SGB II regelmäßig keine BG mit dem „Ehegatten“. Einer Berücksichtigung als Partnerin im Sinne § 7 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe a SGB II steht entgegen, dass nach dem Wortlaut nur eine Ehegattin mit dem eLb eine BG bilden kann. Auch eine Berücksichtigung nach § 7 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe c SGB II scheidet aus, da eine Partnerschaft in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft keine weitere Lebensgemeinschaft gleicher Art zulässt (BVerfG, Urteil vom 17.11.1992 - 1 BvL 8/87; BSG, Urteil vom 23.8.2012 - B 4 AS 34/12 R).

Vielehen (7.65)

(4) Ob Ehegatten dauernd getrennt leben, richtet sich im Zweifel nach dem Nichtvorliegen einer Wirtschaftsgemeinschaft. Eine nur räumliche Trennung (z. B. berufs- oder krankheitsbedingt) reicht für die Feststellung eines dauernden Getrenntlebens nicht aus. Dies gilt auch bei einer auf Dauer angelegten Unterbringung eines Ehegatten in einer stationären Einrichtung (BSG, Urteil vom 16.04.2013, Az.: B 14 AS 71/12 R). Siehe hierzu auch FW zu § 20 SGB II Rz. 20.18.

Dauernde Trennung (7.66)



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(5) Haben die Ehegatten bei oder nach der Eheschließung einvernehmlich ein Lebensmodell gewählt, das eine häusliche Gemeinschaft nicht vorsieht, kann allein der Wille, diese auf absehbare Zeit nicht herzustellen, ein Getrenntleben nicht begründen. Vielmehr muss der nach außen erkennbare Wille eines Ehegatten hinzutreten, die häusliche Gemeinschaft nicht herstellen zu wollen, weil er die eheliche Gemeinschaft ablehnt; das Eheband also lösen will.

(6) Der Umzug in ein Frauenhaus ist als Manifestation eines Trennungswillens zu werten, so dass hier regelmäßig von einer dauernden Trennung auszugehen ist. Die Frau gehört demnach nicht mehr zur BG ihres Ehemannes, sondern bildet eine eigene BG. Das gleiche gilt in den Fällen, in denen eine Partnerin oder ein Partner mittels "Wegweisung" aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen wurde.

(7) Eine eingetragene Lebenspartnerschaft (gleichgeschlechtliche Partner) kann nur durch einen gerichtlichen Beschluss aufgehoben werden. Eine dauernde Trennung ist jedoch auch hier zu beachten. Die Schließung einer neuen eingetragenen Lebenspartnerschaft ist seit dem 1. Oktober 2017 nicht mehr möglich, zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Lebenspartnerschaften bleiben wirksam (vergleiche Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20.07.17 [BGBl. I, S. 2787]).

**Eingetragene Lebenspartnerschaft
(7.67)**

(8) Neben der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft bildet auch jede Einstehensgemeinschaft im Sinne dieser Vorschrift eine BG. Die Vorschrift stellt allein auf den Willen dieser Gemeinschaften ab, füreinander Verantwortung tragen und füreinander einstehen zu wollen.

**Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft
(7.68)**

(9) Partnerschaft und Zusammenleben in einem gemeinsamen Haushalt sind Anknüpfungspunkte der Vermutungsregelung des § 7 Absatz 3a SGB II. Hierbei handelt es sich um objektive Tatbestandsvoraussetzungen, die nach der Systematik des § 7 Absatz 3 Nummer 3 SGB II kumulativ zu der subjektiven Voraussetzung des wechselseitigen Willens, füreinander Verantwortung zu tragen und füreinander einzustehen, gegeben sein müssen.

(10) Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft im Sinne des SGB II liegt nur vor, wenn kumulativ die folgenden Voraussetzungen gegeben sind: Es muss sich

1. um Partner handeln, die
2. in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft leben (objektive Voraussetzungen) und zwar
3. so, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (subjektive Voraussetzung) (BSG, Urteil vom 23.08.2012, Az.: B 4 AS 34/12 R).



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(11) Von dem Bestehen einer Partnerschaft ist auszugehen, wenn eine gewisse Ausschließlichkeit der Beziehung gegeben ist, die keine vergleichbare Lebensgemeinschaft daneben zulässt. Zudem muss zwischen dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und dem Partner bzw. der Partnerin die grundsätzlich rechtlich zulässige Möglichkeit der Heirat bzw. Begründung einer Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) bestehen.

(12) Leben Geschwister oder andere Verwandte zusammen, ist daher nicht von einer Einstehensgemeinschaft im Sinne des § 7 Absatz 3 Buchstabe c SGB II auszugehen. Das gleiche gilt für Personen, die sich lediglich aus Kostengründen eine Wohnung teilen (z. B. die klassische Wohngemeinschaft).

(13) Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft), wird gemäß § 7 Absatz 3a SGB II vermutet, wenn Partner

**Gesetzliche Vermutung
(7.69)**

- länger als ein Jahr zusammenleben,
- mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
- Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
- befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

Liegt eine der vorgenannten Tatsachen vor, wird von Gesetzes wegen vermutet, dass eine Einstehensgemeinschaft vorliegt. Für das Vorliegen des Vermutenstatbestandes trägt der Leistungsträger die Beweislast.

Die 4 genannten Tatsachen stellen jedoch lediglich die Voraussetzung für eine gesetzliche Vermutung dar, sie sind nicht abschließend. Liegt keine dieser Tatsachen vor oder wird eine entsprechende Vermutung widerlegt, können dennoch weitere Lebensumstände auf eine Einstehensgemeinschaft schließen lassen. Diese weiteren Umstände hat der Leistungsträger ggf. zu ermitteln und zu beweisen, es gilt insoweit der Amtsermittlungsgrundsatz gemäß § 20 SGB X.

(14) Gemäß § 7 Absatz 3a Nummer 3 SGB II wird das Bestehen einer Einstehensgemeinschaft vermutet, wenn Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgt werden. Aus der besonderen Erwähnung der gemeinsamen Kinder in Nummer 2 dieser Vorschrift lässt sich ableiten, dass Nummer 3 auf die Versorgung von Kindern nur einer Person der zusammenlebenden Personen abstellt. Nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift muss die Versorgung der Kinder und/oder Angehörigen so ausgestaltet sein, dass sie bei verständiger Würdigung auf eine Einstehensgemeinschaft schließen lässt. Dies ist regelmäßig nur dann der Fall, wenn die Versorgung durch beide Personen gemeinsam erfolgt.

**Versorgung von Kindern und Angehörigen im Haushalt
(7.70)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(15) Die gesetzliche Vermutung des Vorliegens einer Einstehensgemeinschaft kann vom Leistungsberechtigten widerlegt werden. Der Leistungsberechtigte hat dann darzulegen und durch geeignete Nachweise zu beweisen, dass die Vermutung der Lebenswirklichkeit nicht entspricht. Die bloße Behauptung, dass trotz der unter 1. bis 4. genannten Tatsachen eine Einstehensgemeinschaft nicht vorliegt, ist nicht ausreichend.

**Widerlegung der gesetzlichen Vermutung
(7.71)**

(16) Bei kurzzeitigen Unterbrechungen des Zusammenlebens ist einzelfallbezogen zu prüfen, ob die Einstehensgemeinschaft trotzdem fortbesteht.

**Unterbrechungen
(7.72)**

2.3 Unter 25-jährige Kinder in einer BG

2.3.1 Zuordnung zu einer BG

**Unter 25-jährige Kinder in einer BG
(7.73)**

(1) Unter 25-jährige unverheiratete Kinder, die im Haushalt ihrer Eltern oder eines Elternteils leben, gehören grundsätzlich zu deren BG und erhalten je nach Alter Alg II bzw. Sozialgeld. Leben sie im Haushalt der Eltern mit eigenem Kind und/oder einer Partnerin oder einem Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft, entsteht eine Konkurrenzsituation. Da die Höhe des Regelbedarfs von der Zuordnung zur BG abhängt (siehe Kapitel 4.2 der FW zu § 20 SGB II), kann das Kind nur einer BG angehören.

(2) Die Konkurrenzsituation wird durch die Zuordnung der oder des erwerbsfähigen Jugendlichen zum eigenen Kind gelöst. Hierdurch wird vermieden, dass innerhalb einer Haushaltsgemeinschaft zwei unterschiedliche Träger zuständig sind (das Enkelkind wäre andernfalls dem SGB XII zuzuordnen, da es nicht mit einer erwerbsfähigen Person in einer BG lebt). Die Konkurrenzsituation „Partner oder Eltern“ wird durch Zuordnung der oder des erwerbsfähigen Jugendlichen zum Partner gelöst. So werden die tatsächlichen Lebensverhältnisse abgebildet. In diesen Fällen ist neben dem Einkommen der Partnerin oder des Partners das Einkommen der Eltern ggfs. im Rahmen der Unterhaltsvermutung nach § 9 Absatz 5 SGB II zu berücksichtigen.

**Konkurrenzen
(7.74)**

(3) Unter 25 Jahre alte unverheiratete Kinder sind der BG ihrer Eltern zuzuordnen, wenn sie

**Zuordnung zur BG der Eltern
(7.75)**

- mit ihren erwerbsfähigen Eltern oder einem erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen,
- nicht erwerbsfähig sind und mit ihrem eigenen Kind im Haushalt der Eltern leben (das eigene Kind gehört nicht zur BG; es hat dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII) oder



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- selbst erwerbsfähig (§ 7 Absatz 1 Satz 1 SGB II), also mindestens 15 Jahre alt sind, und mit ihren nicht erwerbsfähigen Eltern oder mit nur einem nicht erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen (durch das Kind über § 7 Absatz 3 Nummer 2 SGB II gebildete BG). Die Eltern sind auch dann nicht erwerbsfähig, wenn die rechtliche Erwerbsfähigkeit nach § 8 Absatz 2 SGB II nicht vorliegt. Auf die FW zu § 8 SGB II wird verwiesen.

**Unter 25-jähriges
Kind als Antragsteller
(7.76)**

(4) Ein Kind gehört nicht mehr zur BG der Eltern, wenn

**Eigene BG
(7.77)**

- es verheiratet ist,
- das 25. Lebensjahr vollendet hat,
- es seinen Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten kann,
- es mit einem Partner im Haushalt der Eltern lebt,
- es mit einem Partner und mit seinem oder dem Kind des Partners im Haushalt der Eltern lebt,
- es erwerbsfähig ist und selbst ein Kind hat, das ebenfalls im Haushalt der Eltern lebt.

(5) Das Kind bildet in den o. g. Fällen auch dann eine eigene BG, wenn ein Elternteil/die Eltern des Kindes erwerbsunfähig sind. Diese haben dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII. Eine Bildung einer 3-Generationen-BG erfolgt nicht.

**Keine 3-Generatio-
nen-BG
(7.78)**

(6) Nach der Entscheidung des BSG vom 07.11.2006 (B 7b AS 14/06 R) liegt eine zeitweise BG dann vor, wenn Kinder mit einer gewissen Regelmäßigkeit für jeweils länger als einen Tag im Haushalt des jeweiligen Elternteils wohnen. Für diese Zeit gehören sie dem Haushalt des Elternteils an (§ 7 Absatz 3 Nummer 4 SGB II). Es wird auf die Regelungen in den FW zur TBG (hier Rz.: TBG 11) verwiesen. Ist der Elternteil erwerbsfähig und leistungsberechtigt bilden die Kinder für diese Zeit mit ihm eine (temporäre/zeitweise) BG. Minderjährige nicht erwerbsfähige Kinder müssen keinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, um mit ihren Eltern bzw. ihrem Elternteil eine temporäre BG bilden zu können (BSG, Urteil vom 28.10.2014, Az.: B 14 AS 65/13 R, Rz. 17 ff.).

**Temporäre BG
(7.79)**

(7) Eine zeitweise BG kann in den folgenden Fallgestaltungen vorliegen:

**Fallgestaltungen
(7.80)**

- Getrennt lebende Eltern

Unter den o. a. Voraussetzungen ist in diesen Fällen eine wechselnde BG-Zugehörigkeit der Kinder möglich. Halten sich die Kinder abwechselnd im Haushalt des einen und des anderen Elternteils auf, so haben sie als jeweiliges BG-Mitglied einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Eine BG-Zugehörigkeit wird jedoch nicht durch sporadische Besuche begründet. Als Anhaltspunkt für



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

die Regelmäßigkeit des Aufenthalts kann ggf. die zwischen den Eltern getroffene Sorge- oder Umgangsrechtsvereinbarung herangezogen werden. Liegt keine schriftliche Vereinbarung vor, sollten beide Eltern hierzu befragt werden.

- **Maßnahmen der Jugendhilfe**

Insbesondere bei Besuch von Maßnahmen der Jugendhilfe nach den §§ 32 - 35 SGB VIII mit Unterbringung außerhalb des Elternhauses (z. B. Heimunterbringung) kann für besuchswise Aufenthalte im Elternhaus (z. B. an Wochenenden oder Ferien) eine zeitweise BG mit den Eltern vorliegen. Für die Aufenthalte im Elternhaus werden keine Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen (§ 39 SGB VIII) erbracht.

Der Vorrang von Leistungen nach dem SGB VIII gegenüber den Leistungen nach dem SGB II (§ 5 Absatz 1 SGB II) bleibt unberührt.

- **Eingliederungshilfen für behinderte Menschen**

Auch bei Maßnahmen nach §§ 54 SGB XII (Eingliederungshilfen für behinderte Menschen) mit Unterbringung außerhalb des Haushalts der Eltern kann bei besuchswisen Aufenthalten im Elternhaus eine zeitweise BG mit den Eltern begründet werden.

(8) Für die Zeit der temporären BG ist die jeweilige Grundsicherungsstelle an dem Ort zuständig, an dem der umgangsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat (siehe FW zu § 36 SGB II).

(9) Für Leistungen an Kinder im Rahmen der Ausübung des Umgangsrechts, ist die umgangsberechtigte Person befugt, Leistungen nach dem SGB II zu beantragen und entgegenzunehmen, soweit das Kind dem Haushalt angehört (siehe FW zu § 38 SGB II Rn 38.15).

2.3.2 Leistungen für Bildung und Teilhabe bei fehlendem eLb

Ist in einer BG mit mindestens einem nichterwerbsfähigen Kind der Bedarf aller erwerbsfähigen Personen gedeckt, erhalten die Kinder auch in diesen Fällen Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II, wenn ihr Bedarf nach § 28 SGB II nicht gedeckt ist. Sind mehrere erwerbsunfähige Kinder nur im Umfang der Leistungen für Bildung und Teilhabe hilfebedürftig, so wird evtl. übersteigendes Einkommen kopfteilig berücksichtigt. Siehe hierzu auch FW zu § 9 SGB II, Rz. 9.49b.

Leistungen für Bildung und Teilhabe bei fehlendem eLb (7.81)



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

2.4 Änderungen in den tatsächlichen Verhältnissen

Änderungen in den tatsächlichen Verhältnissen, die im Bewilligungszeitraum eintreten und sich auf die Zusammensetzung der BG auswirken, sind Tag genau ab dem Zeitpunkt der Änderung in den tatsächlichen Verhältnissen zu berücksichtigen

taggenaue Berücksichtigung der Änderung (7.82)

2.5 Zugehörigkeit zu einer BG von ausgeschlossenen Personen

(1) Die Zugehörigkeit zu einer BG ist grundsätzlich davon unabhängig, ob die in die BG einbezogene Person selbst leistungsberechtigt nach dem SGB II ist. Ausgeschlossene Personen nach § 7 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4 oder 4a SGB II können zwar ihrerseits keine BG begründen, da sie von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind (vergleiche Eicher, Kommentar SGB II, § 7 Rz. 80). Nach § 7 SGB II ausgeschlossene Personen können aber grundsätzlich Mitglieder einer BG sein, wenn die Voraussetzungen der jeweiligen Einbeziehungsnorm vorliegen (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 bis 4 SGB II).

Ausgeschlossene Personen als Mitglied der BG (7.83)

(2) Die Bildung einer BG über das erwerbsfähige unverheiratete Kind kann auch mit seinen erwerbsfähigen Eltern erfolgen. Von Bedeutung ist dies, wenn die Eltern zwar erwerbsfähig, aber von den Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind (vergleiche hierzu BSG, Urteil vom 17.07.2014, Az.: B 14 AS 54/13 R, Rz. 21). Ausgeschlossene Personen begründen mit der Einbeziehung in die BG keinen Leistungsanspruch auf SGB II-Leistungen in der BG.

BG-Gründung durch U25 bei erwerbsfähigen ausgeschlossenen Eltern (7.84)

Beispiel 1:

Vater und Mutter (erwerbsfähig, aber mit Duldung)

Kinder, 8, 10, 12 und 15 Jahre (befristete Aufenthaltserlaubnis)

Entscheidung:

Die Eltern sind Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG und somit nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II vom Bezug von den Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen. Sie können wegen des Ausschlusses nach § 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II keine BG begründen.

Einzige weitere erwerbsfähige Person ist das 15-jährige Kind. Dieses Kind ist als erwerbsfähige Leistungsberechtigte oder erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb) Begründerin oder Begründer der BG. Um die weiteren dem Haushalt angehörigen Kinder in die BG aufnehmen zu können, muss zunächst die Bildung einer BG mit einem Elternteil erfolgen (§ 7 Absatz 3 Nummer 2 SGB II). Die Geschwister im Alter von 8, 10 und 12 Jahren sind Kinder der über Nummer 2 in die BG einbezogenen Eltern und damit nach § 7 Absatz 3 Nummer 4 SGB II ebenfalls Mitglieder der BG. Beide Eltern sind jedoch nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II vom Leistungsbezug ausgeschlossen, so dass nur die vier Kinder leistungsberechtigt nach dem SGB II sind.

Beispiel 2:

Vater, 65 Jahre (Altersrente)

Mutter, 50 Jahre (voll erwerbsgemindert auf Dauer)

Kinder, 10 und 15 Jahre



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Entscheidung:

"Begründerin oder Begründer" der BG ist hier wie in Beispiel 1 das 15-jährige Kind als einzige erwerbsfähige Person. Dieses Kind begründet mit der auf Dauer voll erwerbsgeminderten Mutter und dem Vater eine BG (unabhängig davon, dass diese nicht leistungsberechtigt nach dem SGB II sind). Das 10-jährige Geschwisterkind wird nun über § 7 Absatz 3 Nummer 4 SGB II in die BG aufgenommen.

Leistungsberechtigt nach dem SGB II sind hier beide Kinder.

(3) Ausgeschlossene Personen nach § 7 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4 oder 4a SGB II können ihrerseits keine BG begründen, da sie von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind (vergleiche Eichler, Kommentar SGB II, § 7 Rz. 80).

Keine BG-Gründung durch ausgeschlossene Personen (7.85)

3. Haushaltsgemeinschaft

(1) Der Begriff ist weiter gefasst als derjenige der BG. Zur Haushaltsgemeinschaft gehören alle Personen, die auf Dauer mit einer BG in einem Haushalt zusammen leben.

(2) Zu einer Haushaltsgemeinschaft, nicht aber zu einer BG, gehören:

- Großeltern und Enkelkinder,
- Tanten und Onkel und Nichten und Neffen,
- Pflegekinder und Pflegeeltern,
- Geschwister, soweit sie ohne Eltern zusammenleben,
- sonstige Verwandte und Verschwägerte,
- nicht verwandte Personen, die im selben Haushalt leben.

Abgrenzung Bedarfs-/Haushaltsgemeinschaft (7.86)

(3) Leben Leistungsberechtigte in einer Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, wird widerlegbar vermutet, dass die Leistungsberechtigten von ihnen finanziell unterstützt werden. Dies gilt jedoch nur dann, wenn es nach deren Einkommen und Vermögen erwartet werden kann (§ 9 Absatz 5 SGB II).

Unterhaltsvermutung (7.87)

(4) Ist eine Person Mitglied einer Haushaltsgemeinschaft, ohne der BG seiner Mitbewohnerinnen und Mitbewohner anzugehören, hat dies durch die kopfteilige Aufteilung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung Auswirkungen auf den an die BG zu zahlenden Betrag.

Minderung des Bedarfs für Unterkunft und Heizung (7.88)

Beispiel:

In einem Haushalt leben: Vater, Mutter, Großvater, Kind. Der Großvater bezieht Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des SGB XII. Der Bedarf für Unterkunft und Heizung beträgt 400,- €.

Der Großvater gehört der Haushaltsgemeinschaft, nicht aber der BG an. Der auf ihn entfallende Mietanteil von 100,- € kann nicht im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernommen werden. Dieser Betrag ist vom kommunalen Träger im Rahmen der Grundsicherung im Alter zu zahlen.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

4. Leistungen an nicht Erwerbsfähige

Auch nicht erwerbsfähige Angehörige der BG haben nach § 7 Absatz 2 SGB II Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 23 SGB II - Sozialgeld). Dies beinhaltet auch Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II.

**Sozialgeld
(7.89)**

5. Ausschlussstatbestände

5.1 Aufenthalt in einer stationären Einrichtung

(1) Mit der Regelung des § 7 Absatz 4 SGB II werden grundsätzlich alle Personen in stationären Einrichtungen und damit auch alle Inhaftierten aus dem Leistungssystem des SGB II ausgeschlossen. Der Leistungsausschluss greift mit dem ersten Tag der Unterbringung. Am Entlassungstag liegt kein Ausschluss mehr vor.

**Grundsatz
(7.90)**

(2) § 7 Absatz 4 Satz 3 SGB II enthält zwei Ausnahmen:

- Personen, die voraussichtlich für weniger als sechs Monate in einem Krankenhaus oder einer Einrichtung der medizinischen Rehabilitation untergebracht sind sowie
- Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 15 Stunden die Woche erwerbstätig sind.

(3) Für einen Leistungsausschlusses aufgrund der Unterbringung in einer stationären Einrichtung müssen die folgenden drei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein, die im Einzelfall zu prüfen sind (BSG, Urteil vom 05.06.2014, Az.: B 4 AS 32/13 R):

**Begriff der stationären Einrichtung
(7.91)**

1. Leistungserbringung in einer **Einrichtung**

Eine Einrichtung ist entsprechend des Einrichtungsbegriffs in § 13 SGB XII bei einer auf Dauer angelegten Kombination von sächlichen und personellen Mitteln anzunehmen, die zu einem besonderen Zweck und unter der Verantwortung eines Trägers zusammengefasst wird und die für einen größeren wechselnden Personenkreis bestimmt ist, wobei die Bindung an ein Gebäude gegeben sein muss (siehe oben genannte BSG-Entscheidung, Rz. 25).

2. **Stationäre** Leistungserbringung

Eine stationäre Leistungserbringung liegt vor, wenn der Leistungsberechtigte nach formeller Aufnahme in der Institution lebt und daher die Unterbringung Teil der Leistungserbringung ist (siehe oben genannte BSG-Entscheidung, Rz. 26).

3. **Unterbringung** in einer stationären Einrichtung

Von der Unterbringung in einer stationären Einrichtung ist nur auszugehen, wenn der Träger der Einrichtung nach Maßgabe seines



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Konzeptes die Gesamtverantwortung für die tägliche Lebensführung und die Integration der leistungsberechtigten Person übernimmt (siehe oben genannte BSG-Entscheidung, Rz. 28).

(4) Damit besteht dann kein Leistungsanspruch, wenn die betreffende Person dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.

**Übernahme der Gesamtverantwortung
(7.92)**

(5) Ist nach dem Konzept des Trägers die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit gegeben, liegt der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II nicht vor. In diesen Fällen kommt es für eine Anspruchsberechtigung nach dem SGB II maßgeblich darauf an, ob Erwerbsfähigkeit gegeben ist (siehe FW zu §§ 8, 44a SGB II).

(6) Eine Erklärung der Einrichtung zur Frage, ob sie im Einzelfall die Gesamtverantwortung für die tägliche Lebensführung hat oder nicht, ist ausreichend. Eine nähere Prüfung ist nur bei konkreten Zweifeln an den Angaben der Einrichtung erforderlich.

(7) Soweit in einer stationären Einrichtung betreute Leistungsrechte entgegen des Konzepts des Trägers, das eigentlich eine Erwerbstätigkeit nicht zulässt, tatsächlich eine mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Erwerbstätigkeit ausüben, liegt nach § 7 Absatz 4 Satz 3 SGB II kein Leistungsausschluss vor. Es handelt sich hierbei um den Gegenbeweis zu der in § 7 Absatz 4 SGB II enthaltenen Vermutung, dass Personen, die in einer stationären Einrichtung betreut werden, nicht erwerbsfähig sind.

**Ausnahme vom Leistungsausschluss trotz Übernahme für die Gesamtverantwortung
(7.93)**

(8) Zu den stationären Einrichtungen gehören insbesondere Altenpflegeheime, Altenpensions- und Kurheime, therapeutische Wohngemeinschaften, Arbeiterkolonien, Blindenheime, Erholungsheime, Heilstätten, SOS-Kinderdörfer und Krankenhäuser. Im Einzelfall zählen auch Mütterhäuser und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nach §§ 67 - 69 SGB XII dazu.

**Beispiele für stationäre Einrichtungen
(7.94)**

(9) Nicht dazu rechnen Einrichtungen, in denen Leistungsberechtigten als sächliche Hilfe lediglich die Unterkunft (und ggf. Verpflegung) zur Verfügung gestellt wird und sich beispielsweise die weitere Hilfe auf ambulante Betreuungsleistungen beschränkt (z. B. Altenwohnheime, Anlernwerkstätten, Auswandererlager, Badehotels, Frauenhäuser, Jugendherbergen, Grenzdurchgangslager, Übergangswohnheime für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler).

(10) Von einer "Unterbringung" (Übernahme der Gesamtverantwortung) im Sinne des § 7 Absatz 4 Nummer 2 SGB II ist nicht auszugehen, wenn Leistungsberechtigte sich zwar überwiegend in einer stationären Einrichtung aufhalten, aber regelmäßig an ihren Wohnort zurückkehren.

(11) Zum 1. Januar 2020 wird das Eingliederungshilferecht reformiert und aus dem Sechsten Kapitel SGB XII in den neuen Teil 2 SGB IX überführt. An die Stelle des Begriffs „stationäre Einrichtung“

**Besondere Wohnform
(7.94a)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

tritt die sogenannte „besondere Wohnform“ im Sinne des § 42a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3 SGB XII. Nach § 7 Absatz 4 Satz 4 i. V. m. Satz 1 und Satz 3 Nummer 2 gilt der Leistungsausschluss auch für diese besonderen Wohnformen. Inhaltlich besteht kein Unterschied zwischen der Unterbringung in einer stationären Einrichtung und der in einer besonderen Wohnform. Es ist daher sachgerecht, auch die Bewohner besonderer Wohnformen von Leistungen nach dem SGB II auszunehmen. Wie bei Unterbringung in einer stationären Einrichtung greift der Leistungsausschluss allerdings nur, wenn der Träger der besonderen Wohnform nach Maßgabe seines Konzepts die Gesamtverantwortung für die tägliche Lebensführung und die Integration der Betroffenen übernimmt. Die Prüfung des Leistungsausschlusses und der Ausnahmen erfolgt nach denselben Kriterien wie bei stationären Einrichtungen.

(12) Einrichtungen zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung sind gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 SGB II explizit stationären Einrichtungen gleichgestellt. Die Ausnahmeregelungen des § 7 Absatz 4 Satz 3 SGB II (siehe Kapitel 5.1.1) finden keine Anwendung, da dieser sich nur auf Satz 1 bezieht.

**Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung
(7.95)**

(13) Richterlich angeordnete Freiheitsentziehung liegt insbesondere vor bei dem Vollzug von Strafhaft, Untersuchungshaft und Maßregelvollzug sowie der Absonderung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG).

(14) Richterlich angeordnete Freiheitsentziehung liegt auch beim Vollzug von Maßregeln zur Besserung und Sicherung vor. Ist der Antragsteller z. B. Maßregelvollzugspatient nach § 64 Strafgesetzbuch (StGB), liegt eine richterlich angeordnete Freiheitsentziehung vor. Dies gilt auch bei einer (Langzeit-)Beurlaubung und der Erlaubnis, eine eigene Wohnung anzumieten, da die Beurlaubung in der Regel nach dem jeweils geltenden Maßregelvollzugsgesetz der letzte Schritt während der Therapie ist. Die Rückausnahme vom Leistungsausschluss bei tatsächlicher Beschäftigung gilt nicht.

(15) Richterlich angeordnete Freiheitsentziehung liegt ebenfalls vor, wenn durch Entscheidungen der Vormundschaftsgerichte bei Vernachlässigung der elterlichen Sorge zum Wohl des Kindes eine Unterbringung in einer stationären Einrichtung vorgenommen wird. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die oder der Jugendliche ursprünglich selbst um die Inobhutnahme in einer Einrichtung ersucht hat.

**Entscheidung der Vormundschaftsgerichte
(7.96)**

(16) Tritt an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe (§ 43 StGB) führt dies ebenfalls zum Leistungsausschluss.

**Ersatzfreiheitsstrafe
(7.97)**

(17) Bei Jugendarrest nach § 16 Jugendgerichtsgesetz (JGG) handelt es sich um eine Unterbringung, welche vergleichbar zu einer

**Jugendarrest
(7.98)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Unterbringung in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung ist. Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 4 Satz 2 SGB II greift demnach auch hier.

(18) Solange nicht mindestens einem Partner der Wille zur Fortsetzung der Lebensgemeinschaft fehlt, wird die BG auch während der Inhaftierung beibehalten. Ein wegen fehlender objektiver Erwerbsfähigkeit ausgeschlossener Inhaftierter kann wegen der fehlenden Erwerbsfähigkeit kein eLb zur Begründung einer BG sein. War die oder der Inhaftierte die oder der einzige eLb in der BG, sind die erwerbsunfähigen Mitglieder mit Eintritt des Leistungsausschlusses nicht mehr dem SGB II zuzuordnen. Zur Anrechnung von Einkommen wird auf die FW zu §§ 11-11b SGB II verwiesen. Wegen der Auswirkungen auf die Höhe des Regelbedarfs siehe FW zu § 20 SGB II.

**BG während Inhaftierung
(7.99)**

(19) Auch Freigängerinnen und Freigänger und Inhaftierte, denen Vollzugslockerungen zum Zweck der Arbeitssuche bzw. Arbeitsaufnahme eingeräumt wurden, sind von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen. Dies gilt auch dann, wenn sie tatsächlich eine mindestens 15 Wochenstunden umfassende Beschäftigung ausüben (siehe § 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 SGB II).

**Freigänger und Vollzugslockerungen
(7.100)**

5.2 Kein Leistungsausschluss, wenn die Ausnahmen des § 7 Absatz 4 Satz 3 vorliegen

Wenn eine der beiden Ausnahmen des § 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 1 und 2 SGB II vorliegt, greift der Leistungsausschluss des § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II nicht. Die Ausnahme vom Leistungsausschluss greift nur bei den in Absatz 4 Satz 1 genannten Fällen.

5.2.1 Unterbringung in einem Krankenhaus

(1) Der Anspruch auf Leistungen des SGB II bleibt bestehen, wenn die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich für voraussichtlich weniger als sechs Monate in einem Krankenhaus aufhält. Insoweit ist eine ärztliche Prognose erforderlich. Maßgeblich für die Prognose, ob der Krankenhausaufenthalt voraussichtlich 6 Monate dauert, ist der Tag der tatsächlichen Aufnahme in das Krankenhaus (siehe BSG, Urteil vom 02.12.2014, Az.: B 14 AS 66/13 R). Die Frist läuft ab diesem Tag und endet nach 6 Kalendermonaten.

**Krankenhausaufenthalt
(7.101)**

(2) Der Verweis in § 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 1 SGB II auf den gesamten § 107 SGB V stellt klar, dass ein Aufenthalt in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung (§ 107 Absatz 2 SGB V) ebenfalls von dieser Ausnahmegvorschrift erfasst wird. Zu diesen Einrichtungen gehören alle Einrichtungen, in denen Versicherte Leistungen aus Gründen der Prävention oder zur Rehabilitation der gesetzlichen Krankenversicherung nach §§ 23 Absatz 4, 40 Absatz 2 in Verbindung mit § 11 Absatz 2 SGB V erhalten. Auf den Kostenträger der Leistungen kommt es dabei nicht an. Demnach besteht bei einem Aufenthalt von voraussichtlich weniger als sechs Monaten

**Aufenthalt in einer
Vorsorge- oder
Rehabilitationseinrichtung
(7.102)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

auch dann ein Leistungsanspruch, wenn die Kosten durch den Renten- oder Unfallversicherungsträger übernommen werden. Bestehen bei der betroffenen Einrichtung Zweifel daran, ob es sich um eine Einrichtung im Sinne des § 107 Absatz 2 SGB V handelt, kann eine Klärung über die zuständige Krankenkasse erfolgen, da diese nur dann Leistungen erbringen darf, wenn es sich um eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung im Sinne des § 107 Absatz 2 SGB V handelt, mit der ein Versorgungsvertrag abgeschlossen wurde (§ 111 SGB V).

(3) Ist bereits zum Zeitpunkt der Einweisung in die stationäre Einrichtung abzusehen, dass der dortige Aufenthalt voraussichtlich mindestens 6 Monate andauern wird, besteht kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist bereits ab dem Tag der Einweisung auf seine Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB XII zu verweisen.

Ärztliche Prognose (7.103)

(4) Maßgeblich für die Prognoseentscheidung ist das Wissen des Trägers über den voraussichtlichen Verbleib in einer Einrichtung. Hierbei ist zunächst auf Erkenntnisse abzustellen, die dem Träger durch den Betroffenen oder Dritte bekannt werden. Diese Erkenntnisse sind in erster Linie aus dem Bewilligungsbescheid des Kostenträgers zu gewinnen. Kommt als vorrangiger Kostenträger der Rentenversicherungsträger in Betracht, kann die Rehabilitationsprognose des Rentenversicherungsträgers zugrunde gelegt werden.

(5) Wird nicht schlüssig erkennbar, wie lange die Unterbringung andauern wird, ist im Ausnahmefall eine haus- oder fachärztliche Prognose der voraussichtlichen Dauer des stationären Aufenthaltes erforderlich.

(6) Ein Verweis auf Leistungen des SGB XII ist nur möglich, wenn die Prognose eine voraussichtliche Aufenthaltsdauer ab sechs Monaten ergibt.

Verweis SGB XII (7.104)

(7) Eine getroffene Prognoseentscheidung bleibt auch dann für die Dauer des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgeblich, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die stationäre Unterbringung länger als sechs Monate andauert und dies zum Zeitpunkt der Prognoseentscheidung nicht vorhersehbar war.

(8) Erfährt der Träger während des BWZ und fortdauernder Unterbringung oder bei dem Weiterbewilligungsantrag, dass innerhalb der nächsten sechs Monate mit einer Beendigung der Unterbringung nicht zu rechnen ist, so hat er unter Berücksichtigung dieser neuen Erkenntnisse entweder seine Prognoseentscheidung für die Zukunft zu korrigieren oder aufgrund neuer Prognoseentscheidung über den Leistungsausschluss im nächsten BWZ entscheiden.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Beispiel:

Die Aufnahme in das Krankenhaus erfolgt am 15. Februar. Prognostiziert ist ein Aufenthalt von etwa vier Monaten. Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Mai.

Die anlässlich des Weiterbewilligungsantrages aufgestellte Prognose ergibt eine voraussichtliche verlängerte Verweildauer bis 30. September (somit mehr als sechs Monate - 15. Februar bis zum 30. September). Alg II ist ab 1. Juni abzulehnen und die oder der eLb ggf. an das SGB XII zu verweisen.

(9) Zeiten in unterschiedlichen Einrichtungen sind nach der Gesetzesbegründung zusammenzurechnen.

(10) Zeiten des Aufenthaltes in einer Justizvollzugsanstalt (JVA) und eines anschließenden Krankenhausaufenthaltes sind nicht zu addieren. Der Leistungsausschluss ist auf Grund des prognostizierten Krankenhausaufenthaltes neu zu prüfen.

(11) Ist während des Vollzuges einer Strafe in einer JVA aus gesundheitlichen Gründen eine Behandlung in einem Krankenhaus außerhalb der Haftanstalt erforderlich, wird auch bei einer Unterbringung unter sechs Monaten während dieser Zeit kein Leistungsanspruch begründet. Die Krankenhausbehandlung ist dem Vollzug der richterlich angeordneten Freiheitsentziehung gleichzustellen.

(12) Erfolgt durch richterliche Anordnung die Einweisung in ein Krankenhaus (§ 107 SGB V), gilt die Ausnahme gemäß § 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 1 SGB II. Wandelt sich der angeordnete in einen freiwilligen Aufenthalt, sind diese Zeiten zu addieren. Ist das Krankenhaus originär die Einrichtung zum Vollzug der richterlich angeordneten Freiheitsentziehung, gilt damit der Ausnahmetatbestand in Abhängigkeit der prognostizierten Aufenthaltsdauer unabhängig davon, ob der Aufenthalt durch Einweisung oder freiwillig erfolgt.

**Zusammenrechnung
von Zeiten in unter-
schiedlichen Einrich-
tungen
(7.105)**

**Behandlung in einem
Krankenhaus wäh-
rend Haft
(7.106)**

**Richterlich angeord-
nete Einweisung in
ein Krankenhaus und
freiwilliger Aufenthalt
(7.107)**

5.2.2 Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für mindestens 15 Stunden wöchentlich

(1) Geht die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens für 15 Stunden wöchentlich einer Beschäftigung nach, liegt kein Leistungsausschluss vor (§ 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 SGB II). Dies gilt nicht für Freigänger und beim Vollzug von Maßregeln zur Besserung und Sicherung, auch wenn die Personen tatsächlich eine mindestens 15 Wochenstunden umfassende Beschäftigung ausüben. Die Rückausnahme vom Leistungsausschluss gilt nur für die Unterbringung in einer stationären Einrichtung, nicht aber für den Aufenthalt in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung (Rz. 7.95).

(2) Ob eine Beschäftigung den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes entspricht, ist nach der Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses zu beurteilen. In diese Betrachtung sind insbesondere das Arbeitsentgelt, der Arbeitsort und die Arbeitszeit

**15 Stunden wöchent-
liche Erwerbstätig-
keit
(7.108)**

**Übliche Bedingungen
des allgemeinen Ar-
beitsmarktes
(7.109)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(Dauer, Lage und Verteilung) einzubeziehen. Nur wenn Beschäftigungen nicht nur in Einzel- oder Ausnahmefällen, sondern in nennenswertem Umfang unter bestimmten Bedingungen ausgeübt werden, handelt es sich um Bedingungen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt üblich sind. Unerheblich ist, ob Arbeitsplätze dieser Art besetzt oder frei sind.

(3) Bei öffentlich geförderter Beschäftigung (z. B. Arbeitsgelegenheiten) von mindestens 15 Stunden wöchentlich, handelt es sich nicht um Beschäftigungen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausgeübt werden. Soweit eine Person eine öffentlich geförderte Beschäftigung aufnimmt, wenn sie sich bereits in der Einrichtung aufhält, ist zu prüfen, ob damit der Nachweis erbracht ist, dass auch eine den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes entsprechende Erwerbstätigkeit aufgenommen werden könnte.

**Öffentlich geförderte
Beschäftigung
(7.110)**

(4) Beschäftigungen von stationär untergebrachten Personen in Justizvollzugsanstalten, Werkstätten für behinderte Menschen (Arbeitsbereich), Blindenwerkstätten (siehe auch FW zu § 8 SGB II, Kapitel 1.2) werden nicht unter üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausgeübt und sind deshalb vom Leistungsausschluss erfasst.

**Beschäftigung in be-
sonderen Einrichtun-
gen
(7.111)**

5.3 Altersrente, Knappschaftsausgleichsleistungen und ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art

(1) Der Bezug einer Vollrente wegen Alters nach dem SGB VI führt - unabhängig von deren Höhe und dem Eintrittsalter - zum Wegfall des Anspruchs auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Ausschlussstatbestand liegt erst mit dem Zufluss der Rentenzahlung vor. Siehe hierzu auch FW zu § 9 SGB II, Rz. 9.4a.

**Bezug von Alters-
rente
(7.112)**

(2) Die Knappschaftsausgleichsleistung nach § 239 SGB VI ist vergleichbar mit einer Altersrente und führt deshalb ebenfalls zum Leistungsausschluss.

**Knappschaftsaus-
gleichsleistungen
(7.113)**

(3) Reicht die Altersrente nicht aus, den Bedarf zu decken, sind ggf. ergänzende Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des SGB XII durch den Träger der Sozialhilfe zu erbringen. Da vor Vollendung des 65. Lebensjahres kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter besteht, ist zur Deckung des Bedarfs auf die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII zu verweisen.

(4) Bei einer ausländischen Altersrente ist zu prüfen, ob diese von Funktion und Struktur als der deutschen Altersrente vergleichbar anzusehen ist. Ist dies der Fall, liegt ein Ausschluss nach § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II vor.

**Ausländische Renten
(7.114)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(5) Nach der Rechtsprechung des BSG vom 16.05.2012 (Az.: B 4 AS 105/11 R) liegt eine Vergleichbarkeit dann vor, wenn die ausländischen Leistungen in ihrem Kerngehalt den typischen Merkmalen der inländischen Leistung entsprechen, d. h. nach Motivation und Funktion gleichwertig sind. Entscheidende Kriterien für die Vergleichbarkeit sind die Leistungsgewährung durch einen öffentlichen Träger, das Anknüpfen der Leistung an das Erreichen einer bestimmten Altersgrenze und der Lohnersatz nach einer im allgemeinen den Lebensunterhalt sicherstellenden Gesamtkonzeption. Welches konkrete Lebensalter dabei die Leistungsgewährung nach dem Recht des jeweiligen Staates auslöst, ist ebenso wenig von Bedeutung, wie die Höhe der Leistung. Insbesondere ist unbeachtlich, ob sie auch ausreicht, um in dem Staat des Aufenthalts (Wohnortstaat), in welchen die Leistung exportiert wird, den Lebensunterhalt sicher zu stellen. Soweit die ausländische Altersrente also bereits bezogen werden kann, bevor dies im Hinblick auf das Renteneintrittsalter nach deutschem Recht möglich wäre, ändert dies nichts an der Gleichbehandlung der Rentenleistungen.

(6) Ein Bezug einer ausländischen Altersrente, die zum Leistungsausschluss führt, liegt auch dann vor, wenn die Altersrente auf ein ausländisches Konto gezahlt wird.

(7) Gehört die ausländische Sozialleistung zu den subsidiären Fürsorgeleistungen im engeren Sinne (Sozialhilfe), ist sie keine einer Altersrente vergleichbare Leistung.

(8) Beispiele für mit der Altersrente vergleichbare ausländische Sozialleistungen befinden sich in der [Wissensdatenbank SGB II](#).

(9) Wird bekannt, dass die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte eine Altersrente beantragt hat, ist dem zuständigen Rentenversicherungsträger ein Erstattungsanspruch anzuzeigen.

(10) Für den Zeitraum vom Rentenbeginn bis zum Beginn der laufenden Rentenzahlung besteht gegenüber dem Rentenversicherungsträger ein Erstattungsanspruch nach § 104 SGB X maximal bis zur Höhe der zuerkannten Altersrente.

(11) Da der Leistungsausschluss erst mit dem tatsächlichen Zufluss der Rentenzahlung vorliegt, kann sich bei einer nicht bedarfsdeckenden Rente für den Monat des Beginns der laufenden Rentenzahlung noch ein Anspruch auf Alg II als Zuschuss für diesen Teilmonat ergeben. Dies gilt nur bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente vor Erreichen der Altersgrenze des § 7a SGB II. Siehe hierzu FW zu § 9 SGB II, Rz. 9.4a

(12) Ähnliche Leistungen im Sinne des § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II sind solche, die die typischen Merkmale der Altersrente aufweisen. Maßgebend sind die Voraussetzungen, derentwegen die ähnliche Leistung gewährt wird, nicht die Auswirkungen. Dies sind insbesondere:

**Ähnliche Leistungen
öffentlich-rechtlicher
Art
(7.115)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- Die Abhängigkeit von der Erreichung einer bestimmten Altersgrenze.
Die Voraussetzung ist erfüllt, wenn die Leistung von der Erreichung eines bestimmten Lebensalters abhängig ist. Dabei ist es unerheblich, ob die Leistung bei Erfüllung der Voraussetzung von Amts wegen oder auf besonderen Antrag des Berechtigten gewährt wird.

**Altersgrenze
(7.116)**

- Die Sicherstellung des Lebensunterhalts.
Es kann sich nur dann um ähnliche Leistungen handeln, wenn sie nach ihrer Zweckbestimmung wie die Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die Knappschaftsausgleichsleistung den Lebensunterhalt des Empfängers der Leistung voll sichern soll. Hierbei ist es unerheblich, ob die gewährte Leistung diesem Zweck im Einzelfall tatsächlich gerecht wird. Sie muss aber ihrer Gesamtkonzeption nach so bemessen sein, dass sie im Regelfall den Lebensunterhalt der Empfängerin oder des Empfängers sicherstellt.

**Lebensunterhalt
(7.117)**

- Die Gewährung durch einen öffentlich-rechtlichen Träger.
Öffentlich-rechtlicher Träger sind alle Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. Gemeinden, Handwerkskammern, Kirchen, auf Gesetz beruhende Versorgungseinrichtungen von Berufsverbänden usw.).

**Öffentlich-rechtlicher
Träger
(7.118)**

(13) Ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art können auch privat-rechtliche Bezüge sein, die von öffentlich-rechtlichen Trägern (z. B. Rundfunkanstalten) erbracht werden. Maßgeblich ist, dass die Bezüge aus öffentlichen Mitteln stammen, d. h. aus Mitteln gezahlt werden, die für öffentliche Aufgaben vorgesehen sind.

**Privat-rechtliche Be-
züge
(7.119)**

(14) Welche Leistungen insbesondere zu bzw. nicht zu den ähnlichen Leistungen im Sinne des § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II gehören, kann der Anlage 2 entnommen werden.

**Übersicht Anlage 2
(7.120)**

5.4 Ortsabwesenheit

5.4.1 Allgemeines

(1) Nach § 77 Absatz 1 SGB II gilt § 7 Absatz 4a SGB II in der Fassung bis 31.12.2010 mit der Bezugnahme auf die Erreichbarkeitsanordnung der Bundesagentur für Arbeit vom 23. Oktober 1997 (EAO) weiter.

**Weitergeltung der
EAO trotz Neurege-
lung ab 01.01.2011
(7.121)**

§ 7 Absatz 4a SGB II in der Fassung bis 31.12.2010:

(4a) Leistungen nach diesem Buch erhält nicht, wer sich ohne Zustimmung des persönlichen Ansprechpartners außerhalb des in der Erreichbarkeits-Anordnung vom 23. Oktober 1997 (ANBA 1997, 1685), geändert durch die Anordnung vom 16. November 2001 (ANBA 2001, 1476), definierten zeit- und ortsnahe Bereiches aufhält; die übrigen Bestimmungen dieser Anordnung gelten entsprechend.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(2) Zweck der in der EAO vorgesehenen Residenzpflicht ist es, dem Vorrang der Vermittlung in Arbeit (§§ 1, 2 SGB II) vor der Gewährung von Leistungen Geltung zu verschaffen. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte sollen grundsätzlich nur dann Leistungen erhalten, wenn sie jeder Art der beruflichen Eingliederung (Aufnahme einer zumutbaren Beschäftigung, Teilnahme an einer Maßnahme der Eingliederung sowie jedwede andere Vermittlungsbemühung) zeit- und ortsnah Folge leisten können.

(3) Die EAO enthält ausschließlich Regelungen zur Residenzpflicht. Die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung ergeben sich - je nach Rechtskreis - aus § 77 Absatz 1 in Verbindung mit § 7 Absatz 4a a.F. SGB II in Verbindung mit § 48 SGB X (vergleiche unten Rz. 7.128 ff.) oder aus den Vorschriften des SGB III.

5.4.2 Personenkreis

(1) Nach dem Wortlaut gilt die Regelung für alle Mitglieder der BG. Eine wörtliche Auslegung würde jedoch dem Sinn und Zweck der Regelung widersprechen, weil die Arbeitslosigkeit keine Voraussetzung für den Leistungsanspruch nach dem SGB II darstellt. Deshalb ist die Erteilung einer Zustimmung zu Ortsabwesenheiten von Personen, die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, entbehrlich.

(2) Für die Zustimmung zu Ortsabwesenheiten solcher Personen, die vorübergehend nicht eingliederbar sind oder bei denen eine Eingliederung unwahrscheinlich ist (Beispiel: Alleinerziehende, der eine Arbeitsaufnahme vorübergehend nicht zumutbar ist, Sozialgeldbezieherinnen und Sozialgeldbezieher allgemein), ist im Einzelfall zu entscheiden, ob die entsprechende Anwendung der EAO sinnvoll ist. Dies kann im Interesse der Vermeidung von Leistungsmissbrauch zu bejahen sein.

(3) Die Regelungen der EAO gelten nicht für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die nicht arbeitslos sind (z. B. bei bestehender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung; während Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit). Jedoch ist es zweckmäßig, auch während der Teilnahme an Maßnahmen zur Eingliederung die voraussichtliche Dauer einer Abwesenheit zu erheben, da auch während einer solchen Maßnahme die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt grundsätzlich möglich ist.

5.4.3 Zeit- und ortsnaher Bereich

(1) Nach der EAO dürfen sich Leistungsberechtigte nur im orts- und zeitnahen Bereich aufhalten.

(2) Der zeit- und ortsnaher Bereich ist in § 2 Satz 2 EAO definiert. Er ist nicht identisch mit dem Zuständigkeitsbereich der Grundsicherungsstelle. Vielmehr setzt er sich aus einer räumlichen ("Orte in der

**Sinn und Zweck der
Regelung
(7.122)**

**Personenkreis
(7.123)**

**Ausnahme: keine
Eingliederungsbe-
mühungen
(7.124)**

**Definition: zeit- und
ortsnaher Bereich
(7.125)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Umgebung der Grundsicherungsstelle") und einer zeitlichen Komponente ("ohne unzumutbaren Aufwand") zusammen.

(3) Der räumliche Nahbereich ist nicht auf das Inland beschränkt. Er kann auch Orte im Ausland umfassen, wenn sie sich in der Umgebung der Grundsicherungsstelle befinden (z. B. im grenznahen Bereich).

**räumliche Komponente
(7.126)**

(4) Entscheidend ist, dass der Leistungsberechtigte in der Lage sein muss, innerhalb einer zumutbaren Pendelzeit den Träger täglich zu erreichen. Grundsätzlich kann es sachgerecht sein, von der Zeitgrenze nach § 140 Absatz 4 SGB III auszugehen. Ein unschädlicher auswärtiger Aufenthalt kann damit noch vorliegen, wenn der Leistungsberechtigte für die Vorsprache beim Träger insgesamt 2,5 Stunden für den Hin- und Rückweg aufwenden muss.

**Zeitliche Komponente
(7.127)**

(5) Die Zeitgrenze nach § 140 Absatz 4 SGB III ist als Richtwert zu sehen. Eine individuelle Definition des Nahbereichs ist in der Eingliederungsvereinbarung möglich. Gründe dafür können Bedingungen des regionalen Arbeitsmarktes und/oder Umstände des jeweiligen Einzelfalles sein. Dabei ist es auch möglich, nur für gewissen Zeiträume eine individuelle Definition zu vereinbaren. Ist beispielsweise in einer Region aufgrund bevorstehender Großereignisse (Messen o. ä.) kurzfristig mit einem Zugang an offenen Stellen (insbesondere auch Gelegenheitsarbeiten) zu rechnen, ist sicherzustellen, dass eine zügige Stellenbesetzung nicht dadurch gefährdet wird, dass geeignete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht in der Lage sind, sich unverzüglich zu bewerben und Vorstellungstermine wahrzunehmen.

5.4.4 Zustimmung des persönlichen Ansprechpartners

(1) Ein Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs ist nur mit Zustimmung der persönlichen Ansprechpartnerin oder des persönlichen Ansprechpartners (pAp) erlaubt. Die Zustimmung ist grundsätzlich frühestens drei Wochen vor der geplanten Ortsabwesenheit zu erteilen und zu dokumentieren. Erfolgt die Ortsabwesenheit ohne Zustimmung, ist eine Genehmigung (nachträgliche Zustimmung) nur zu erteilen, wenn der Leistungsberechtigte glaubhaft darlegt, dass es ihr oder ihm nicht möglich oder zumutbar war, die Zustimmung zur (ungeplanten) Ortsabwesenheit vorher einzuholen (z. B. aufgrund fehlender Dienstbereitschaft/ Erreichbarkeit der Grundsicherungsstelle).

**Zustimmung des pAp
(7.128)**

(2) Die Zustimmung kann maximal für insgesamt 3 Wochen (21 Kalendertage) im Kalenderjahr erteilt werden. Zeiten einer Ortsabwesenheit während des Bezugs von ALG I sind - soweit sie dasselbe Kalenderjahr betreffen - anzurechnen. Es handelt sich nicht um eine Urlaubsgewährung im Sinne des Bundesurlaubsgesetzes (BUrlG). Die Vorschriften des BUrlG finden keine Anwendung.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(3) Die Zustimmung ist nicht zu erteilen, wenn in der Zeit der vorgesehenen Ortsabwesenheit eine Eingliederung des Leistungsberechtigten zu erwarten ist. Es ist eine Prognoseentscheidung zu treffen. Saisonale Bedingungen (z. B. im Hotel- und Gaststättengewerbe) oder regionale Großereignisse (z. B. Messen) aufgrund derer ein Arbeitskräftemangel herrscht und eine Vermittlung in Betracht kommt, sind zu berücksichtigen.

**Prognoseentscheidung
(7.129)**

(4) In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit ist die Zustimmung nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu erteilen (vgl. § 3 Absatz 1 Satz 2 EAO). Die Vermittlungschancen sind in dieser Zeit erfahrungsgemäß am aussichtsreichsten.

(5) Hält sich eine Leistungsbezieherin oder ein Leistungsbezieher z. B. zur Ausübung des Umgangsrechts mit ihrem oder seinem Kind (ihren oder seinen Kindern) in der Zeit von Freitagmittag bis Sonntagabend außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches auf, ist dieser Aufenthalt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Regel nicht zustimmungspflichtig. Diese Zeiträume sind nicht auf die 21 Kalendertage anzurechnen.

**Ausübung des Umgangsrechts
(7.130)**

(6) Beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 3 Absatz 2 EAO kann dem Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs jeweils für drei weitere Wochen (21 Kalendertage) im Kalenderjahr zugestimmt werden.

**Zustimmung für 3 Wochen bei wichtigem Grund
(7.131)**

Danach ist die Zustimmung zur Teilnahme des Leistungsberechtigten an folgenden Veranstaltungen möglich:

- einer ärztlich verordneten Maßnahme der medizinischen Versorgung oder Rehabilitation (Nummer 1),
- einer Veranstaltung, die staatspolitischen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Zwecken dient oder sonst im öffentlichen Interesse liegt (Nummer 2) oder
- ehrenamtlichen Tätigkeiten (Nummer 3)

In Fällen der Nummer 2 hat der Leistungsberechtigte dabei sicherzustellen, dass er während der Teilnahme werktäglich persönlich unter der pAp benannten Anschrift durch Briefpost erreichbar ist, er muss die Teilnahme jederzeit abbrechen können und sich vor der Teilnahme für den Fall der Eingliederung glaubhaft zum jederzeitigen Abbruch bereit erklärt haben.

Die oder der pAp kann daher beispielsweise kumulativ der Teilnahme des Leistungsberechtigten an einer Maßnahme nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 EAO sowie einer Veranstaltung nach § 3 Absatz 2 Nummer 2 EAO zustimmen und noch im selben Kalenderjahr einen auswärtigen Aufenthalt nach § 3 Absatz 1 EAO zustimmen.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(7) Im Einzelfall kann insbesondere bei der Verrichtung von Diensten zur Verhütung oder Beseitigung öffentlicher Notstände im Rahmen des Zivilschutzes (z. B. THW-Helfer) der Zeitraum von 3 Wochen überschritten werden. Dies gilt insbesondere, wenn eine Eingliederung unwahrscheinlich ist. Die Einzelfallentscheidung ist zu dokumentieren. Hinsichtlich der Definition der Begriffe Notstände und Zivilschutzorganisationen wird auf die DA zu § 139 SGB III, Kapitel 1.1 verwiesen.

**Öffentliche Notstände
(7.132)**

(8) Ein 3-Wochen-Zeitraum kann tageweise, höchstens um drei Tage verlängert werden, wenn eine außergewöhnliche Härte im Sinne des § 3 Absatz 3 EAO vorliegt. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn der oder dem Leistungsberechtigten aufgrund eines Pilotenstreiks oder eines Verkehrsunfalls eine fristgerechte Rückkehr nicht möglich ist.

**Außergewöhnliche Härte
(7.133)**

(9) Eine außergewöhnliche Härte liegt dann nicht vor, wenn die oder der Leistungsberechtigte während der Ortsabwesenheit erkrankt und eine Rückkehr deshalb nicht möglich ist. Die EAO findet grds. Anwendung. Der Leistungsanspruch besteht weiter, wenn die oder der Leistungsberechtigte so schwer erkrankt ist, dass eine Arbeitsunfähigkeit besteht und aufgrund dieser eine Heimreise unter keinen bzw. völlig unzumutbaren Umständen möglich ist. Dies ist bei Nichttransportfähigkeit der Fall, diese ist in geeigneter Form nachzuweisen. An den Nachweis sind strenge Anforderungen zu stellen.

**Erkrankung im Ausland
(7.134)**

(10) Will eine Leistungsberechtigte oder ein Leistungsberechtigter sich länger als drei, aber nicht mehr als sechs Wochen außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches aufhalten, ist die Zustimmung der oder des pAp hierzu möglich. Folge ist eine Weitergewährung des Alg II für den Zeitraum, während dessen sich der Leistungsberechtigte im laufenden Kalenderjahr noch mit Zustimmung außerhalb des orts- und zeitnahen Bereichs aufhalten darf; danach ist die Leistungsgewährung aufzuheben.

**4. bis 6. Woche ohne wichtigen Grund
(7.135)**

(11) Eine Zustimmung zu einem Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches von zusammenhängend länger als sechs Wochen ist nicht möglich.

**Länger als 6 Wochen
(7.136)**

5.4.5 Nichterreichbarkeit bei Aufenthalt innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches

(1) Die übrigen Bestimmungen der EAO sind nach § 7 Absatz 4a 2. Halbsatz SGB II entsprechend anzuwenden. Hieraus folgt, dass die oder der Leistungsberechtigte auch innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs seine Erreichbarkeit sicherzustellen hat. Andernfalls treffen sie oder ihn die gleichen Rechtsfolgen wie nach § 7 Absatz 4a 1. Halbsatz SGB II.

**Nichterreichbarkeit bei Aufenthalt innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches
(7.137)**

(2) Erreichbar ist die oder der Leistungsberechtigte wenn sie/er in der Lage ist, unverzüglich



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

1. Mitteilungen der Grundsicherungsstelle persönlich zur Kenntnis zu nehmen,
2. die Grundsicherungsstelle aufzusuchen,
3. mit einem möglichen Arbeitgeber oder Träger einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme in Verbindung zu treten und bei Bedarf persönlich mit diesem zusammenzutreffen und
4. eine vorgeschlagene Arbeit anzunehmen oder an einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen.

(3) Der Leistungsberechtigte muss sicherstellen, dass der Träger der Grundsicherung ihn persönlich an jedem Werktag an ihrem oder seinem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt unter der von ihr oder ihm benannten Anschrift (Wohnung) durch Briefpost erreichen kann.

(4) Von seinem Wohnort darf sich ein Leistungsberechtigter nur unter den Voraussetzungen des § 2 EAO vorübergehend entfernen, wenn

1. sie oder er rechtzeitig seine Anschrift für die Dauer der Abwesenheit mitgeteilt hat,
2. sie oder er auch an ihrem oder seinem vorübergehenden Aufenthaltsort die oben genannten Voraussetzungen erfüllen kann und
3. sie oder er sich im Nahbereich der Grundsicherungsstelle aufhält.

(5) Trotz Sicherstellung der Erreichbarkeit bei vorübergehender Abwesenheit vom Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt (z. B. durch Nachsendeantrag), ist in solchen Fällen das Vorliegen einer Pflichtverletzung nach § 31 SGB II bzw. eines Meldeversäumnisses nach § 32 SGB II zu prüfen.

5.4.6 Rechtsfolgen

(1) § 7 Absatz 4a SGB II enthält einen Leistungsausschluss für die ortsabwesende bzw. nicht erreichbare Person. Ein Verstoß gegen die EAO führt zur Aufhebung der Bewilligungsentscheidung (§ 40 SGB II in Verbindung mit § 330 SGB III in Verbindung mit § 45 bzw. § 48 SGB X) mit Verpflichtung zur Erstattung überzahlter Beträge (§ 40 SGB II in Verbindung mit § 50 SGB X).

Eine Aufrechnung der überzahlten Beträge ist nach § 43 Absatz 1 Nummer 1 SGB II möglich.

(2) Hält sich die oder der Leistungsberechtigte für einen längeren Zeitraum, als dem der pAp zugestimmt hat, außerhalb des Nahbereichs auf, entfällt der Leistungsanspruch mit Ablauf des Zeitraums, für den eine Zustimmung zur Abwesenheit vorliegt.

**vorübergehende Abwesenheit vom Wohnort
(7.138)**

**Rechtsfolgen bei Überschreitung des 3-Wochen-Zeitraums
(7.139)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(3) Der Leistungsanspruch entfällt bereits mit dem ersten Tag der Ortsabwesenheit, wenn die geplante Abwesenheit zusammenhängend einen Zeitraum von 6 Wochen überschreitet (§ 3 Absatz 4 EAO).

(4) Entfällt der Leistungsanspruch wegen einer nicht genehmigten Ortsabwesenheit, so endet auch die über den Leistungsbezug begründete Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Versicherung wird dann z.B. als freiwillige Mitgliedschaft (§ 188 Absatz 4 SGB V) oder Familienversicherung (§ 10 SGB V) fortgesetzt. Eine freiwillige Mitgliedschaft wird begründet, wenn im Anschluss innerhalb des sogenannten nachgehenden Leistungsanspruchs (§ 19 Absatz 2 SGB V) kein anderweitiger Anspruch auf eine Absicherung im Krankheitsfall, z.B. durch eine Versicherungspflicht als Beschäftigter oder eine Familienversicherung, begründet wird. Bei einer freiwilligen Mitgliedschaft sind die Krankenversicherungsbeiträge allein vom Mitglied zu tragen.

**Krankenversicherung
(7.140)**

(5) Der Träger muss die Leistungsberechtigte oder den Leistungsberechtigten im Rahmen seiner Beratungspflicht nach § 14 Absatz 2 SGB II auf die Regelungen des § 7 Absatz 4a SGB II und der EAO, insbesondere auf die Rechtsfolgen einer verspäteten Rückkehr, hinweisen. Eine Unterlassung kann unter Umständen einen Schadensersatzanspruch wegen Amtspflichtverletzung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) auslösen.

**Beratungspflicht
(7.141)**

(6) Durch die Ortsabwesenheit eines Mitgliedes der BG, mit der ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 4a SGB II, aber nicht die Auflösung der BG einhergeht, ändert sich nichts am Regelbedarf der in der BG verbleibenden Person.

**Regelbedarfe der Mitglieder der BG
(7.142)**

(7) Durch die Ortsabwesenheit wird jedoch eine Prüfung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung notwendig (siehe BSG, Urteil vom 19.10.2010, Az.: B 14 AS 50/10 R).

**BUH in der Rest-BG
(7.143)**

5.4.7 Besondere Personengruppen

Rz. 7.144 – Aufstocker - aufgehoben

(1) Auch erwerbsfähige Wohnungslose müssen für den Träger erreichbar sein, damit ggfs. eine Eingliederung erfolgen kann. Es bestehen keine Bedenken, die Erreichbarkeit zu bejahen, wenn eine tägliche Vorsprache bei einer Betreuungs- oder Beratungsstelle für Wohnungslose oder einer ähnlichen Stelle (z. B. eine Betreuungsstelle für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten) erfolgt. Insoweit können die für den Rechtskreis SGB III getroffenen Regelungen zu § 138 SGB III (DA 3.1.3.5) entsprechend angewandt werden. Hiernach ist eine Wohnungslose oder ein Wohnungsloser jedenfalls erreichbar, wenn sie oder er an jedem Werktag über eine Betreuungs- oder Beratungsstelle ihre oder seine Post persönlich zur Kenntnis nehmen kann. Die Dokumentation der Erreichbarkeit

**Wohnungslose Menschen
(7.145)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

kann durch einen Aktenvermerk mit Unterschrift der leistungsberechtigten Person erfolgen. Solange keine rechtlich inhaltliche Abweichung vorliegt, sind Vordrucke die von den entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, zu akzeptieren. Eingeschränkte Öffnungszeiten der Betreuungs- oder Beratungsstellen stehen dabei der Erreichbarkeit der wohnungslosen Menschen nicht entgegen.

(2) Vergleiche Rz. 7.131

(3) Eine ausländische Wehrpflichtübung sowie eine freiwillige inländische Wehrübung stellen Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse liegen dar. Der Teilnahme kann den o. g. Voraussetzungen zugestimmt werden.

(4) Nimmt eine / ein Leistungsberechtigte/r an einer inländischen Pflichtwehrübung, den bisherigen Grundwehrdienst oder den nun freiwilligen Wehrdienst teil, findet die EAO keine Anwendung. Diese Personen sind Arbeitnehmern gleichgestellt (Siehe auch FW zu §§ 11 - 11b SGB II zur Berücksichtigung des Einkommens bei Wehrpflichtigen).

**Ehrenamtliche Tätigkeit,
Zivilschutz
(7.146)**

**Ausländische Wehrpflicht/-übung
(7.147)**

5.4.8 Informationspflicht gegenüber der Ausländerbehörde

Soweit es sich bei den ortsabwesenden Personen um Personen mit Schutzstatus (Asylberechtigte, Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention [sog. GFK-Flüchtlinge] oder Personen mit subsidiärem Schutzstatus) handelt, ist unter bestimmten Voraussetzungen die zuständige Ausländerbehörde über deren Abwesenheit zu unterrichten (vergleiche Rz. 7.61a). Entsprechendes gilt für Drittstaatsangehörige, die zwar keinen Schutzstatus haben, aber einen Aufenthaltstitel besitzen, durch den sie ebenfalls leistungsberechtigt nach dem SGB II sind, und ihre jeweiligen Familienangehörigen.

5.5 Auszubildende, Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten

5.5.1 Berufliche Ausbildung im dualen System und berufsvorbereitende Maßnahmen

(1) Auszubildende sind während einer beruflichen Ausbildung im dualen System, der Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen oder des Bezuges von besonderen Leistungen nach § 118 SGB III zur Teilhabe am Arbeitsleben seit 1. August 2016 grundsätzlich Alg II berechtigt.

(2) Ein Ausschluss vom Alg II besteht nach § 7 Absatz 5 Satz 2 SGB II nur, wenn Auszubildende

**Leistungsausschluss
Berufsausbildung
(7.148)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- während einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme in einem Internat oder Wohnheim mit Vollverpflegung untergebracht sind (Bedarfe nach §§ 62 Absatz 3 und 124 Nummer 2 SGB III),
- während einer beruflichen Ausbildung (duale Ausbildung) im Internat oder Wohnheim mit Vollverpflegung untergebracht sind (Bedarfe nach § 61 Absatz 2 SGB III),
- behindert sind und während einer beruflicher Ausbildung mit Unterbringung im Internat, Wohnheim oder einer besonderen Einrichtung für behinderte Menschen bei Kostenübernahme durch die AA untergebracht sind (Bedarf nach § 123 Nummer 2 SGB III).

(3) Dieser Personenkreis hat bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen nach § 27 SGB II.

(4) Unterbrechungen einer Ausbildung führen nicht in jedem Fall zum Wegfall der Förderfähigkeit nach dem SGB III. Ein Anspruch auf BAB bleibt nach § 69 Absatz 2 SGB III bei Krankheit längstens für einen Zeitraum von drei Monaten und bei Schwangerschaft und nach der Geburt nur für den Zeitraum des Anspruchs auf Mutterschaftsgeld bestehen. In dieser Zeit liegt weiterhin der Leistungsausschluss vor.

**Unterbrechung der
Ausbildung
(7.149)**

(5) Wird die Ausbildung für länger als 3 Monate unterbrochen, besteht kein Anspruch auf Ausbildungsförderung; es können Leistungen zum Lebensunterhalt beansprucht werden, ohne dass § 7 Absatz 5 dem entgegensteht.

**Unterbrechung länger als 3 Monate
(7.150)**

5.5.2 Schülerinnen/Schüler und Studentinnen und Studenten

(1) Nach § 7 Absatz 5 SGB II sind Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des BAföG förderfähig sind, über die Leistungen nach § 27 hinaus von den Leistungen des SGB II ausgeschlossen.

(2) Förderfähig nach dem BAföG ist eine Ausbildung nur dann, wenn eine Ausbildungsstätte nach § 2 Absatz 1, Absatz 2 oder Absatz 3 BAföG besucht und wenn die Ausbildung an einer Ausbildungsstätte durchgeführt wird. Eine Auszubildende oder ein Auszubildender besucht eine Ausbildungsstätte, solange sie oder er dieser organisatorisch angehört und die Ausbildung an der Ausbildungsstätte tatsächlich betreibt. Bei einer Hochschulausbildung beginnt die organisatorische Zugehörigkeit mit der Immatrikulation. Voraussetzung für diese ist das Einschreiben in eine bestimmte Fachrichtung (BSG, Urteil vom 22.08.2012, Az.: B 14 AS 197/11 R). Wer eine Ausbildung nicht an einer Ausbildungsstätte betreibt, gleichgültig, ob noch nicht oder - sei es endgültig oder nur vorübergehend - nicht mehr, ist nicht förderfähig. Es kommt mithin bei einem Urlaubssemester für die Förderfähigkeit dem Grunde nach sowohl auf die organisationsrechtliche Zugehörigkeit der oder des Studierenden

**Förderfähige Ausbildung nach dem BAföG
(7.151)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

den zu der Ausbildungsstätte an, die mit einer bestimmten Fachrichtung verknüpft sein muss, als auch auf ein tatsächliches Betreiben des Studiums (BSG, Urteil vom 22.08.2012, Az.: B 14 AS 197/11 R).

(3) An Schulen nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 BAföG wird Ausbildungsförderung nur geleistet, wenn der Auszubildende aus in § 2 Absatz 1a BAföG aufgeführten Gründen nicht bei seinen Eltern wohnt.

**Ausbildung an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen
(7.152)**

(4) Eine Beurlaubung ist nach den jeweiligen Regelungen der Hochschulgesetze der Länder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich. Daneben können Studierende nach den Regelungen des Mutterschutzgesetz und dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz beurlaubt werden.

**Beurlaubung/ Unterbrechung
(7.153)**

(5) Wird das Studium nicht aktiv betrieben, befindet sich die oder der Studierende während der Beurlaubung in keiner dem Grunde nach förderungsfähigen Ausbildung und ist damit nicht nach § 7 Absatz 5 SGB II ausgeschlossen (vergleiche BSG, Urteil vom 22.08.2012, Az.: B 14 AS 197/11 R).

(6) Ist eine Studentin oder ein Student während eines Urlaubssemesters weiterhin an der Hochschule eingeschrieben, ist zu prüfen, ob es nach vorliegendem Hochschulrecht des Landes der oder dem Studierenden ermöglicht ist, während der Phase der Beurlaubung gleichwohl an Veranstaltungen teilzunehmen sowie Prüfungen abzulegen. Das bloße Fernbleiben von Lehrveranstaltungen führt noch nicht dazu, dass das Studium nicht betrieben wird. Wird in einem Urlaubssemester häusliche Prüfungsvorbereitung betrieben und dadurch die Arbeitskraft der oder des Studierenden voll in Anspruch genommen (§ 2 Absatz 5 BAföG) oder wurden zur Prüfungsvorbereitung Einrichtungen der Hochschule (auch unregelmäßig) aufgesucht, bleibt die Förderfähigkeit der Ausbildung bestehen und der ggf. festgestellte Leistungsausschluss liegt somit weiterhin vor.

(7) Unterbricht eine Studentin oder ein Student aus Krankheitsgründen oder infolge Schwangerschaft die Ausbildung bis zur Dauer von 3 Monaten, wird gemäß § 15 Absatz 2a BAföG Ausbildungsförderung geleistet; der zuvor festgestellte Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II bleibt demzufolge bestehen.

**Krankheit/ Schwangerschaft
(7.154)**

(8) Wird die Ausbildung für länger als 3 Monate unterbrochen, besteht kein Anspruch auf Ausbildungsförderung; es können Leistungen zum Lebensunterhalt beansprucht werden, ohne dass § 7 Absatz 5 SGB II dem entgegensteht.

(9) Ein Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG besteht für Studierende nur dann, wenn das Studium die Arbeitskraft der oder des Studierenden im Allgemeinen voll in Anspruch nimmt

**Teilzeitausbildung
(7.155)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(§ 2 Absatz 5 BAföG). Dies wird bei einer Vollzeitausbildung an einer Hochschule unterstellt (Tz. 2.5.3 der BAföG-VwV). Für ein Teilzeitstudium besteht demnach kein Anspruch auf Ausbildungsförderung. Der Ausschlussstatbestand des § 7 Absatz 5 SGB II greift in diesen Fällen nicht. Die Entscheidung über den Förderausschluss nach § 2 Absatz 5 BAföG von der örtlichen BAföG-Stelle ist bindend.

(10) Promotionsstudiengänge gehören grundsätzlich nicht zu den BAföG förderungsfähigen Ausbildungen, da sie nicht zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen. Dies gilt unabhängig davon, ob Doktoranden immatrikuliert sind oder nicht. Ausgenommen sind dabei grundständige Promotionsstudiengänge, mit deren Absolvieren ein berufsqualifizierender Abschluss erreicht wird.

**Promotions-Studiengänge
(7.156)**

(11) Die Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes ist vom Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II erfasst. Grundlage hierfür ist, dass diese durch den Besuch einer in § 2 Absatz 1 Nummer 6 BAföG genannten Ausbildungsstätte geprägt ist. Die Ausschlussregelung nach § 2 Absatz 6 Nummer 3 BAföG ändert daran nichts, da diese die Förderfähigkeit einer Ausbildung dem Grunde nach nicht berührt.

**Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes
(7.157)**

5.5.3 Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 SGB II

Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II besteht stets bei Studierenden an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen, die nicht bei den Eltern wohnen. Dieser Personenkreis hat einen Bedarf nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 BAföG. Der Leistungsausschluss liegt unabhängig davon vor, ob die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen nach §§ 8 - 10 BAföG zu einer Förderung führen oder nicht.

**Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen
(7.158)**

5.5.3.1 Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 1 SGB II

Ausbildungsförderung wird für den Besuch weiterführender allgemeinbildender Schulen oder Berufsfachschulen (einschließlich der Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung) ab Klasse 10 sowie von Fach- und Fachoberschulen, welche keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, nur erbracht, wenn die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1a BAföG vorliegen. Ist dies nicht der Fall, besteht ggf. Anspruch auf Alg II bzw. Sozialgeld.

**keine BAföG-Förderbarkeit
(7.159)**

Nach [§ 2 Absatz 1a BAföG](#) besteht Anspruch auf Leistungen, wenn die oder der Auszubildende nicht bei ihren oder seinen Eltern wohnt und:

- von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist (tägliche Hin- und Rückfahrt über 2 Stunden) oder



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

- einen eigenen Haushalt führt und verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft verbunden ist oder war oder
- einen eigenen Haushalt führt und mit mindestens einem Kind zusammenlebt.

5.5.3.2 Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 2 SGB II

(1) Auszubildende haben bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Anspruch auf Alg II, wenn sich deren Bedarf nach § 12 oder nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 BAföG richtet. Das gilt auch für Schüler sowie Studierende, die noch im Haushalt der Eltern wohnen. Weitere Voraussetzung ist, dass sie Ausbildungsförderung

**tatsächlicher BAföG-
Bezug
(7.160)**

- tatsächlich erhalten,
- nur wegen der Berücksichtigung von Einkommen oder Vermögen nicht erhalten oder
- beantragt haben, über den Antrag auf Ausbildungsförderung aber noch nicht entschieden wurde.

(2) Dies betrifft folgenden Personenkreis: Auszubildende

- an Berufsfachschulen und Berufsaufbauschulen,
- an Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs,
- in Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt,
- in Fachschulklassen und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt,
- an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen, die bei den Eltern wohnen,
- als Teilnehmer an Vorkursen, die nach der Verordnung über die Ausbildungsförderung für die Teilnahme an Vorkursen zur Vorbereitung des Besuchs von Kollegs und Hochschulen (VorkurseV) gefördert werden.

(3) Sofern ein BAföG-Bewilligungsbescheid vorgelegt wird, ist von einem BAföG-Bezug auszugehen. Ergibt sich aus dem BAföG-Bescheid die Zahlung eines Zuschlags für KV und PV nach § 13a BAföG und besteht ein ergänzender Anspruch auf Arbeitslosengeld II, ist das Amt für Ausbildungsförderung umgehend zu informieren (bei KV- oder PV-Pflicht durch den Alg II-Bezug entfällt der Zuschlag nach § 13a BAföG für die Zukunft.)

(4) Wird die Ausbildung über den Zeitraum hinaus betrieben, der nach dem BAföG förderbar ist, liegt ab dem Folgemonat nach dem Ende der BAföG-Zahlungen ein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II vor.

**Ende BAföG-Förderung
(7.161)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(5) Gleiches gilt, wenn zuvor wegen der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen keine BAföG-Förderung erfolgte. Insofern können Auszubildende im Zweifelsfall zur Beantragung von BAföG-Leistungen aufgefordert werden.

**kein BAföG-Bezug
wegen Einkom-
men/Vermögen
(7.162)**

(6) Wird ein BAföG-Ablehnungsbescheid vorgelegt, ist zu prüfen, ob die Ablehnung auf Grund berücksichtigten Einkommens oder Vermögens erfolgte. Auch in diesem Fall kann ein (ergänzender) Anspruch auf Alg II bestehen. Ggf. ist die oder der Auszubildende auf Unterhaltsleistungen der Eltern bzw. Vorausleistungen nach § 36 BAföG hinzuweisen. Erforderlichenfalls ist beim Amt für Ausbildungsförderung ein Erstattungsanspruch anzuzeigen.

**BAföG-Ablehnung
wegen Einkom-
men/Vermögen
(7.163)**

(7) Hat der in § 7 Absatz 6 Nummer 2 SGB II genannte Personenkreis Leistungen der Ausbildungsförderung beantragt und wurde noch nicht über den Antrag entschieden, besteht ebenfalls bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Anspruch auf Alg II.

**Leistungsverpflich-
tung bei BAföG-An-
tragstellung
(7.164)**

(8) Die Regelung dient dem Zweck, in Fällen, in denen ein Anspruch auf BAföG offensichtlich besteht, aber über den Antrag noch nicht entschieden wurde, die ungeminderte Weiterzahlung des Alg II bis zur BAföG-Entscheidung zu ermöglichen.

(9) Die Regelung findet keine Anwendung (d. h. wird teleologisch - nach Sinn und Zweck - reduziert) in Fällen, in denen ein fehlender BAföG-Anspruch offensichtlich ist (z. B. ist die Regelstudienzeit bereits überschritten).

**keine Anwendung bei
unbegründeten BA-
föG-Anträgen
(7.165)**

(10) Bei einer positiven Entscheidung über den BAföG-Antrag besteht ein Erstattungsanspruch gegen die BAföG-Ämter nach § 40a SGB II in Höhe der anrechenbaren Ausbildungsförderung. Bei zu erwartendem Anspruch auf Ausbildungsförderung ist deshalb ein Erstattungsanspruch beim Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen. Dabei sind dem Amt für Ausbildungsförderung die Ansprechpartnerin/der Ansprechpartner einschließlich Kontaktdaten sowie der Leistungsbeginn SGB II mitzuteilen.

**Erstattungsanspruch
(7.166)**

(11) Das Amt für Ausbildungsförderung teilt dem JC mit, ab wann und in welcher Höhe ein BAföG-Anspruch besteht, sowie ab wann die Zahlung aufgenommen werden kann. Daraufhin beziffert das JC seinen Erstattungsanspruch bis zum Zeitpunkt der Zahlungsaufnahme durch das Amt für Ausbildungsförderung. Auf dieser Grundlage erstellt dieses den Bewilligungsbescheid über Ausbildungsförderung und unterrichtet das JC. Das JC berücksichtigt die laufende Zahlung ab dem Monat, in dem die BAföG-Zahlung aufgenommen wird.

(12) Die Antragstellung bei den BAföG-Ämtern ist nachzuweisen. Erfolgt kein Nachweis der Antragstellung, besteht kein Leistungsanspruch nach § 7 Absatz 6 Nummer 2 Buchstabe b SGB II.

**Aufhebung bei feh-
lender Antragstel-
lung BAföG
(7.167)**



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(13) Nach einer ablehnenden Entscheidung über den BAföG-Antrag ist zunächst zu prüfen, ob eine Ablehnung wegen der Anrechnung von Einkommen und/oder Vermögen erfolgte. Erfolgte eine Ablehnung aus anderen Gründen (z. B. wegen des Überschreitens der Altersgrenze nach § 10 BAföG,) sind die SGB II-Leistungen ab dem Ersten des Folgemonats nach Bekanntgabe der Entscheidung aufzuheben. § 37 Absatz 2 SGB X ist zu beachten.

**Aufhebung Alg II bei
Ablehnung BAföG
(7.168)**

5.5.3.3 Leistungsberechtigung nach § 7 Absatz 6 Nummer 3 SGB II

(1) Die Ausbildung an einer Abendhaupt- oder Abendrealschule ist lediglich in den letzten zwei Schulhalbjahren, die Ausbildung an einem Abendgymnasium lediglich in den letzten drei Schulhalbjahren dem Grunde nach dem BAföG förderungsfähig. Nur dieser Zeitraum ist damit vom Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II umfasst.

**Ausbildung an
Abendschulen
(7.169)**

(2) Wird jedoch auch in diesem Zeitraum aufgrund § 10 Absatz 3 BAföG (Überschreiten der Altersgrenze für die Förderung nach dem BAföG) Ausbildungsförderung nicht geleistet, besteht bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Anspruch auf Alg II. Die maßgebliche Altersgrenze für einen Ausschluss der Förderfähigkeit nach dem BAföG ist im Regelfall die Vollendung des 30. Lebensjahres bei Beginn des Ausbildungsabschnittes, für den Ausbildungsförderung beantragt wird.

**Altersgrenze
(7.170)**

(3) Folgende Fallgestaltungen sind möglich:

Sachverhalt	Anspruchsgrundlage im SGB II
Ausbildung an der Abendschule ist noch nicht förderfähig (erste Ausbildungsabschnitte)	Kein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II
Ausbildung ist in den letzten Ausbildungsabschnitten förderfähig und BAföG wird gezahlt	Kein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 6 Nummer 2 Buchstabe a SGB II
Ausbildung ist in den letzten Ausbildungsabschnitten förderfähig und BAföG wird nicht gezahlt wegen der Überschreitung der Altersgrenze	Kein Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 6 Nummer 3 SGB II
Ausbildung ist in den letzten Ausbildungsabschnitten förderfähig und BAföG wird aufgrund einer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht gezahlt	Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II Härtefall nach § 27 Absatz 3 Satz 2 SGB II ist zu prüfen



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

5.5.4 Auszubildende mit Anspruch auf Ausbildungsgeld nach dem SGB III

(1) Zur Berücksichtigung einer beruflichen Ausbildung behinderter Auszubildender mit Bezug von besonderen Leistungen nach § 118 SGB III zur Teilhabe am Arbeitsleben siehe Kapitel 5.5.1.

**berufliche Ausbildung
(7.171)**

(2) Die Unterstützte Beschäftigung nach § 38a SGB IX unterteilt sich in individuelle betriebliche Qualifizierung und ggf. erforderliche Berufsbegleitung. Die Qualifizierungsphase dauert bis zu zwei Jahre; dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Ausbildung im Sinne des § 7 Absatz 5 SGB II. Deshalb besteht bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Anspruch auf Alg II. Das Ausbildungsgeld (Abg) nach § 122 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 12 Nr. 3 SGB III während der individuellen betrieblichen Qualifizierung ist als Einkommen zu berücksichtigen.

**Unterstützte Beschäftigung nach § 38a SGB IX
(7.172)**

(3) Behinderte Menschen, deren Bedarf des Abg sich nach § 125 SGB III bemisst (Bedarf bei Maßnahmen im Eingangsbereich und Berufsbildungsbereich in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen), sind ebenfalls nicht vom Leistungsausschluss umfasst. Eine Anrechnung des Abg erfolgt nicht (vergleiche FW zu § 11 SGB II, Rz. 11.84).

**Ausbildungsgeld in WfbM
(7.173)**

5.5.5 Berufliche Weiterbildungen

Der Anspruchsausschluss des § 7 Absatz 5 SGB II gilt nicht für Weiterbildungen, die nach § 81 SGB III förderungsfähig sind und tatsächlich absolviert werden. Das Dritte Kapitel des SGB III enthält im Dritten Abschnitt Vorschriften zur Berufsausbildung und im Vierten Abschnitt Vorschriften zur beruflichen Weiterbildung. § 7 Absatz 5 SGB II erklärt nur Ausbildungen als anspruchsausschließend, nicht jedoch Weiterbildungen. Eine grundsätzliche Förderfähigkeit als Weiterbildung, ohne dass diese tatsächlich gefördert wird, begründet dagegen keinen Leistungsanspruch auf Alg II.

**kein Leistungsausschluss bei Förderung über § 81 SGB III
(7.174)**

5.5.6 Dauer des Anspruchs auf Ausbildungsförderung bzw. des Leistungsausschlusses

(1) Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II tritt bei Auszubildenden, welche eine BAföG-förderfähige Ausbildung absolvieren, mit dem Ersten des Monats ein, in dem die Ausbildung beginnt, da die Ausbildung nach § 15b Absatz 1 BAföG als mit dem Anfang des Monats als aufgenommen gilt, in dem Unterricht oder Vorlesungen tatsächlich begonnen werden. Nach § 15 Absatz 1 BAföG wird die Ausbildungsförderung zudem bereits von Beginn des Monats an geleistet, in dem die Ausbildung aufgenommen wird.

**Beginn Leistungsausschluss
(7.175)**

(2) Anders verhält es sich bei einer mit BAB oder Abg geförderten Ausbildung. Da BAB und Abg erst ab dem tatsächlichen Beginn der Ausbildung gewährt wird, greift der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 SGB II auch erst ab diesem Zeitpunkt.



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

(3) Der Leistungsausschluss bei Ausbildungen mit Förderung nach dem SGB III endet, sobald die Ausbildung tatsächlich beendet ist (§ 69 Absatz 1 Satz 1 SGB III).

**Ende des Leistungs-
ausschlusses
(7.176)**

(4) Die Ausbildung nach dem BAföG endet mit Ablauf des Monats, in dem die Abschlussprüfung des Ausbildungsabschnitts bestanden wurde, oder, wenn eine solche nicht vorgesehen ist, mit Ablauf des Monats, in dem der Ausbildungsabschnitt planmäßig geendet hat (§ 15b Absatz 3 Satz 1 BAföG). Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird daher für den gesamten Monat geleistet, in dem der jeweilige Ausbildungsabschnitt endet (Tz. 15.2.2 BAföG-VwV). Eine Hochschulausbildung endet dann mit Ablauf des Monats, in dem das Gesamtergebnis des erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungsabschnitts bekannt gegeben worden ist, spätestens jedoch mit Ablauf des zweiten Monats nach dem Monat, in dem der letzte Prüfungsteil abgelegt wurde (§ 15b Absatz 3 Satz 3 BAföG).

(5) Ansprüche von Angehörigen (Regelbedarf, Bedarf für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe), die mit dem erwerbsfähigen Auszubildenden in einer BG leben, werden von der Ausschlusswirkung des § 7 Absatz 5 SGB II ebenfalls nicht erfasst. Dies gilt unabhängig von etwaigen Mehrbedarfen.

**Angehörige von Aus-
zubildenden
(7.177)**

**Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 1
Übersicht zu § 7 Absatz 4 Satz 1**

Stichwort	ähnlicher Bezug	kein ähnlicher Bezug
Beamte	<p>Ruhegehalt wegen Vollendung des 63. Lebensjahres (§ 52 Absatz 3 Bundesbeamtengesetz -BBG)</p> <p>Ruhegehalt für Beamtengruppen, für die niedrigere Altersgrenzen bestimmt sind, z. B. Polizeivollzugsbeamte (§ 5 Absatz 2 Bundespolizeibeamten-gesetz – BpolBG)</p> <p>60. Lebensjahr für vor dem 01.01.1952 Geborene und schrittweise Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre für nach dem 01.01.1952 bis 31.12.1963 Geborene</p>	<p>Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit (§ 44 Absatz 1 BBG).</p> <p>Versorgungsbezüge nach dem BVG. Soweit sie vor Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden, sind sie nicht von der Erreichung eines bestimmten Lebensalters abhängig.</p> <p>Ruhegehalt eines Beamten auf Zeit, das nach Ablauf der Zeit, für die er ernannt wurde, gewährt wird und nicht vom Erreichen der allgemeinen Altersgrenze abhängig ist (z. B. § 39 Absatz 1 Niedersächsisches Beamtengesetz in Verbindung mit § 30 BeamStG).</p>
Berufssoldaten	<p>Ruhegehalt nach Vollendung des 55., 56., 59.; 61.; 62. bzw. 65. Lebensjahres (§ 45 Soldatengesetz - SG).</p>	<p>Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit (§ 44 Absatz 3 und 4 SG)</p> <p>Ruhegehalt von Strahlflugzeugführern wegen Erreichung des 41. Lebensjahres (§ 45 Absatz 2 Nummer 6 SG), da es nicht zur vollständigen Sicherung des Lebensunterhalts bestimmt ist.</p>
Landwirtschaft/ Forsten	<p>Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit (FELEG). Wird diese Leistung in Anspruch genommen, scheidet der Arbeitnehmer nach der Zielsetzung des FELEG aus dem Arbeitsleben aus. Der Anspruch auf Ausgleichsgeld ruht, wenn er u. a. mit einem Anspruch auf Entgeltersatzleistung nach dem SGB III zusammentrifft (§ 12 FELEG).</p>	<p>Produktionsaufgaberente nach § 1 FELEG wegen Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.</p> <p>Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer nach der Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten vom 01.08.1991.</p>
Lebensversicherungen		<p>Kapitallebensversicherungen (“befreiende Lebensversicherungen”), weil die Auszahlung nicht an das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gebunden ist.</p>



Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Anlage 1

Übersicht zu § 7 Absatz 4 Satz 1

Rentenversicherung		Rente für Bergleute nach § 45 SGB VI und ehemalige Bergmannsrenten und Bergmannsvollrenten, die ab 01.01.92 als Rente für Bergleute gezahlt werden.
Seekasse	Überbrückungsgeld nach § 9 der Satzung, das zeitlich nicht beschränkt ist (ein Anspruch auf Überbrückungsgeld besteht gem. § 11 Absatz 2 Nummer 2 der Satzung nicht während der Zeit, in der dem Versicherten ein Anspruch auf Alg oder Krankengeld zusteht).	Überbrückungsgeld auf Zeit nach § 10 der Satzung in der bis 30.09.2001 geltenden Fassung.
Steinkohlenbergbau	Anpassungsgeld nach dem Gesetz über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus.	Anpassungsgeld, das wegen Anrechnung einer anderen Leistung (z. B: BU-Rente) nicht gezahlt wird.
Zusatzversorgung	Übergangsversorgung der VBL	

Fachliche Weisungen § 7 SGB II

Anlage 2

Abgrenzung BG - HG

Beispiel 1: In der **Haushaltsgemeinschaft** (gepunktete Linie) leben:

1. Vater, 50 Jahre	BG 1 erwerbsfähiger Antragsteller (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 2) Partnerin (§ 7 Absatz 3 Nummer 3a – Regelbedarfsstufe 2)
2. Mutter, 45 Jahre	
3. Tochter (von 1 und 2) 17 Jahre	BG 2 erwerbsfähiger Antragsteller (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 1) unverheiratetes Kind unter 25 Jahre (§ 7 Absatz 3 Nummer 4 – Regelbedarfsstufe 6)
4. Tochter (von 3), 1 Jahr	

4 Haushaltsangehörige = je 1/4 anteilige KdU für jede Person

Beispiel 2: In der **Haushaltsgemeinschaft** (gepunktete Linie) leben:

1. Vater, 50 Jahre	BG erwerbsfähiger Antragsteller (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 2) Partnerin (§ 7 Absatz 3 Nummer 3a – Regelbedarfsstufe 2) unverheiratetes Kind unter 25 Jahre (§ 7 Absatz 3 Nummer 4 – Regelbedarfsstufe 4)
2. Mutter, 45 Jahre	
3. Tochter (von 1 und 2) 17 Jahre, nicht erwerbsfähig	
4. Tochter (von 3), 1 Jahr	Kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, ggf. Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII

4 Haushaltsangehörige = je 1/4 anteilige KdU für jede Person

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 2
Abgrenzung BG - HG

Beispiel 3: In der **Haushaltsgemeinschaft** (gepunktete Linie) leben:

1. Vater, 40 Jahre nicht erwerbsfähig	Kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, ggf. Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII
2. ledige Tochter (von 1), 19 Jahre	BG erwerbsfähige Antragstellerin (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 2) Partner (§ 7 Absatz 3 Nummer 3c – Regelbedarfsstufe 2) unverheiratetes Kind unter 25 Jahre (§ 7 Absatz 3 Nummer 4 – Regelbedarfsstufe 6)
3. deren Partner 20 Jahre	
4. Sohn (von 2 und 3), 2 Jahre	

4 Haushaltsangehörige = je 1/4 anteilige KdU für jede Person

Beispiel 4: In der **Haushaltsgemeinschaft** (gepunktete Linie) leben:

1. Großvater, 60 Jahre	BG 1 erwerbsfähiger Antragsteller (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 1)
2. Großtante, 66 Jahre	Ausschluss nach § 7 Absatz 1 Nummer 1 (ggf. Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII)
3. Vater, 40 Jahre nicht erwerbsfähig	BG 2 Elternteil (§ 7 Absatz 3 Nummer 2 – Regelbedarfsstufe 1) erwerbsfähiger Antragsteller (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 4)
4. Sohn (von 3), 17 Jahre	
5. ledige Tochter (von 3) 16 Jahre	BG 3 erwerbsfähige Antragstellerin (§ 7 Absatz 3 Nummer 1 – Regelbedarfsstufe 4, minderjährig) Partner (§ 7 Absatz 3 Nummer 3c – Regelbedarfsstufe 1, volljährig) unverheiratetes Kind unter 25 Jahre (§ 7 Absatz 3 Nummer 4 – Regelbedarfsstufe 6)
6. deren Partner 20 Jahre	
7. Sohn (von 5 und 6) 1 Jahr	

7 Haushaltsangehörige = je 1/7 anteilige KdU für jede Person

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 3
Synopse Leistungsausschlüsse Auszubildende

Rechtsgrundlage der Bewilligung	Betroffene Personengruppen	Auswirkung im SGB II bis 31.07.2019	Auswirkung im SGB II ab 01.08.2019
Bewilligung von Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)			
§ 61 Absatz 1 SGB III i. V. m. § 13 Absatz 1 Nummer 1 BAföG	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) mit eigenem Haushalt ab 01.08.2019: mit Unterbringung beim Ausbilder mit Vollverpflegung	SGB II + BAB	SGB II + BAB
§ 61 Absatz 2 SGB III bis 31.07.2019 (Alt)	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) mit Unterbringung beim Ausbilder mit Vollverpflegung	Ausschluss SGB II	SGB II + BAB Tatbestand ab 1.8.19 unter § 61 Absatz 1 SGB II
§ 61 Absatz 3 SGB III (Alt) bis 31.7.2019, ab 1.8.2019 § 61 Absatz 2 SGB III	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) mit Unterbringung in Internat oder Wohnheim mit Vollverpflegung	Ausschluss SGB II	Ausschluss SGB II
§ 62 Absatz 1 SGB III i. V. m. § 12 Absatz 1 Nummer 1 BAföG	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme im Haushalt der Eltern	SGB II + kleines Schüler-BAB	SGB II + BAB
§ 62 Absatz 2 SGB III	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme mit eigenem Haushalt	SGB II + BAB	SGB II + BAB
§ 62 Absatz 3 SGB III	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme mit Unterbringung in Internat oder Wohnheim mit Vollverpflegung	Ausschluss SGB II	Ausschluss SGB II
Bewilligung von Ausbildungsgeld (Abg)			
§ 123 Absatz 1 Nummer 1 1. Alternative SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 1 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung unverheiratet und unter 21 Jahre im Haushalt der Eltern	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 123 Absatz 1 Nummer 1 2. Alternative SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 1 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung verheiratet oder über 21 Jahre im Haushalt der Eltern	SGB II + Abg	
§ 123 Absatz 1 Nummer 2 SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 2 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung mit Unterbringung im Internat, Wohnheim oder in einer besonderen Einrichtung für behinderte Menschen bei Kostenübernahme durch die AA	Ausschluss SGB II	Ausschluss SGB II

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 3
Synopse Leistungsausschlüsse Auszubildende

Rechtsgrundlage der Bewilligung	Betroffene Personenkreise	Auswirkung im SGB II bis 31.07.2019	Auswirkung im SGB II ab 01.08.2019
§ 123 Absatz 1 Nummer 3 1. Alternative SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung unverheiratet und unter 21 Jahre mit anderweitiger Unterbringung und Kostenerstattung für Unterbringung mit Verpflegung	Ausschluss SGB II	SGB II + Abg
§ 123 Absatz 1 Nummer 3 2. Alternative SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung verheiratet oder über 21 Jahre mit anderweitiger Unterbringung und Kostenerstattung für Unterbringung mit Verpflegung	Ausschluss SGB II	
§ 123 Absatz 1 Nummer 4 SGB III i. V. m. § 13 Absatz 1 Nummer 1 BAföG Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung über 18 Jahre mit anderweitiger Unterbringung ohne Kostenerstattung für Unterbringung und Verpflegung	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 123 Absatz 2 SGB III Ab 01.08.2019 unter § 123 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung unter 18 Jahre mit anderweitiger Unterbringung ohne Kostenerstattung für Unterbringung und Verpflegung, wenn die Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern erreicht werden könnte oder Leistungen der Jugendhilfe nach dem Achten Buch erbracht werden	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 124 Absatz 1 Nummer 1 SGB III i. V. m. § 12 Absatz 1 Nummer 1 BAföG Ab 01.08.2019 unter § 124 Nummer 1 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbereitender Maßnahme über 18 Jahre im Haushalt der Eltern	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 124 Absatz 1 Nummer 2 SGB III Ab 01.08.2019 unter § 124 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbereitender Maßnahme über 18 Jahre bei anderweitiger Unterbringung außerhalb eines Wohnheims oder Internats ohne Kostenerstattung für Unterbringung und Verpflegung	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 124 Absatz 1 Nummer 3 SGB III Ab 01.08.2019 unter § 124 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbereitender Maßnahme über 18 Jahre bei anderweitiger Unterbringung außerhalb eines Wohnheims oder Internats und Kostenerstattung für Unterbringung mit Verpflegung	Ausschluss SGB II	SGB II + Abg

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 3
Synopse Leistungsausschlüsse Auszubildende

Rechtsgrundlage der Bewilligung	Betroffene Personenkreise	Auswirkung im SGB II bis 31.07.2019	Auswirkung im SGB II ab 01.08.2019
§ 124 Absatz 2 SGB III Ab 01.08.2019 unter § 124 Nummer 3 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbereitender Maßnahme unter 18 Jahre bei anderweitiger Unterbringung außerhalb eines Wohnheims oder Internats ohne Kostenerstattung für Unterbringung und Verpflegung, wenn die Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern erreicht werden könnte oder Leistungen der Jugendhilfe nach dem Achten Buch erbracht werden	SGB II + Abg	SGB II + Abg
§ 124 Absatz 3 SGB III Ab 01.08.2019 in § 124 Nummer 2 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbereitender Maßnahme bei Unterbringung in einem Wohnheim oder Internat oder in einer besonderen Einrichtung für behinderte Menschen, wenn die Kosten für Unterbringung und Verpflegung von der Agentur für Arbeit oder einem anderen Leistungsträger übernommen werden (Zusatz ab 01.08.2019)	Ausschluss SGB II	Ausschluss SGB II
Bewilligung BAföG			
§ 12 Absatz 1 Nummer 1 BAföG	Schüler von Berufsfachschulen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt im Haushalt der Eltern	SGB II + kleines Schüler-BAföG	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 1 Nummer 2 BAföG*	Schüler von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt im Haushalt der Eltern	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 2 Nummer 1 BAföG*	Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen sowie von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt mit eigenem Haushalt	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 2 Nummer 2 BAföG*	Schüler von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt mit eigenem Haushalt	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG
§ 13 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 1 BAföG*	Auszubildende in Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, Abendgymnasien und Kollegs im Haushalt der Eltern	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG
§ 13 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 BAföG*	Auszubildende in Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, Abendgymnasien und Kollegs mit eigenem Haushalt	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG
§ 13 Abs. 1 Nummer 2 i. V. m. Abs. 2 Nummer 1 BAföG*	Auszubildende in höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen im Haushalt der Eltern	Ausschluss SGB II	SGB II + BAföG

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 3
Synopse Leistungsausschlüsse Auszubildende

Rechtsgrundlage der Bewilligung	Betroffene Personengruppen	Auswirkung im SGB II bis 31.07.2019	Auswirkung im SGB II ab 01.08.2019
§ 13 Abs. 1 Nummer 2 i. V. m. Abs. 2 Nummer 2 BAföG	Auszubildende in höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen mit eigenem Haushalt	Ausschluss SGB II	Ausschluss SGB II

* Anspruch besteht nur, wenn Ausbildungsförderung gezahlt oder nur wegen der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nicht gezahlt wird. Ansonsten ebenfalls Leistungsausschluss.

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 4
Darstellung der Aufenthaltstitel nach dem AufenthG

§§ AufenthG	Art des Titels	Aufenthaltszweck	Rechtsfolge im SGB II	Bemerkungen
§ 4 Absatz 5	Aufenthaltserlaubnis	ARB	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Assoziationsabkommen EWG/Türkei
§ 6	Visum	Schengen-Visum	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 6 Absatz 3 i. V. m. §§ 27 ff.	Visum	Familiennachzug	Abhängig von Bezugsperson (Stamm- berechtigter)	Visum gilt als Titel nach Kapitel 2, Abschnitt 6 AufenthG → analoge Anwendung des § 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, wenn Bezugsperson über Titel nach Kapitel 2, Abschnitt 5 AufenthG verfügt.
§ 7	Aufenthaltserlaubnis	Sonstiges Aufenthaltsrecht	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 9	Niederlassungserlaubnis		Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 9a	Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU		Anspruch	Einer Niederlassungserlaubnis gleichgestellt
§ 16 Absatz 1, 1a	Aufenthaltserlaubnis	Studium, Studienbewerbung	Ausschluss	§ 7 Absatz 5
§ 16 Absatz 4	Aufenthaltserlaubnis	Arbeitsuche nach erfolgreichem Studienabschluss	Ausschluss	§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II
§ 16 Absatz 5	Aufenthaltserlaubnis	Sprachkurs, Schulbesuch	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 16 Absatz 5b	Aufenthaltserlaubnis	Arbeitsuche nach erfolgreicher Berufsausbildung	Ausschluss	§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II
§ 17	Aufenthaltserlaubnis	Betriebliche Aus- und Weiterbildung	Ausschluss	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	Beschäftigung	Anspruch	
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	Au-pair	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	Saisonarbeitskräfte	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	Schaustellergehilfen	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	BFD, FSJ	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 4
Darstellung der Aufenthaltstitel nach dem AufenthG

§§ AufenthG	Art des Titels	Aufenthaltszweck	Rechtsfolge im SGB II	Bemerkungen
§ 18	Aufenthaltserlaubnis	Werkvertragsarbeitnehmer	Ausschluss	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet
§ 18a	Aufenthaltserlaubnis	Qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung	Anspruch	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 18b	Niederlassungserlaubnis	Absolventen deutscher Hochschulen	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 18c	Aufenthaltserlaubnis	Arbeitsuche für qualifizierte Fachkräfte	Ausschluss	§ 8 Absatz 2, § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II
§ 19	Niederlassungserlaubnis	Hochqualifizierte	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 19a Absatz 1	Aufenthaltserlaubnis	Blaue Karte EU	Anspruch	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 19a Absatz 6	Niederlassungserlaubnis	Blaue Karte EU	Anspruch	Ausstellung erst nach 33 Monaten
§ 20	Aufenthaltserlaubnis	Forschung	Anspruch, Achtung: i. R. mit Verpflichtungserklärung	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben, Leistungen beim Verpflichtungsgeber geltend machen
§ 21 Absatz 1 bis 3	Aufenthaltserlaubnis	Selbständige Tätigkeit	Anspruch	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 21 Absatz 4	Niederlassungserlaubnis	Selbständige Tätigkeit	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 21 Absatz 5	Aufenthaltserlaubnis	Freiberufler	Anspruch	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 22	Aufenthaltserlaubnis	Aufnahme aus dem Ausland	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelung beachten
§ 23 Absatz 1	Aufenthaltserlaubnis	Bleiberechtsregelung	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelung beachten
§ 23 Absatz 1 wegen Krieg im Heimatland	Aufenthaltserlaubnis	Vorübergehende Aufnahme wegen Krieg im Heimatland	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG
§ 23 Absatz 2	Aufenthaltserlaubnis	Aufnahme bestimmter Gruppen	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelung beachten
§ 23a	Aufenthaltserlaubnis	Härtefallregelung	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelung beachten
§ 24	Aufenthaltserlaubnis	Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 4
Darstellung der Aufenthaltstitel nach dem AufenthG

§§ AufenthG	Art des Titels	Aufenthaltszweck	Rechtsfolge im SGB II	Bemerkungen
§ 25 Absatz 1	Aufenthaltserlaubnis	Asylberechtigte, humanitäre Gründe	Anspruch ab Folgemonat nach Anerkennung	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, Wohnsitzregelung beachten
§ 25 Absatz 2 Satz 1, 1. und 2. Alternative	Aufenthaltserlaubnis	Flüchtlingseigenschaft nach GFK Subsidiärer Schutz	Anspruch ab Folgemonat nach Anerkennung	(Teil-)Anerkennung durch BAMF im Rahmen einer gespaltenen Behördenentscheidung wird mit der Zustellung bestandskräftig, unabhängig von einem ev. Rechtsmittel gegen den ablehnenden Entscheidungsteil, § 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, Wohnsitzregelung beachten
§ 25 Absatz 3	Aufenthaltserlaubnis	Abschiebeverbote nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG	Anspruch	Anspruch ab Folgemonat nach Ausstellung des Aufenthaltstitels, Wohnsitzregelung beachten
§ 25 Absatz 4 Satz 1	Aufenthaltserlaubnis	Nicht vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG
§ 25 Absatz 4 Satz 2	Aufenthaltserlaubnis	Außergewöhnliche Härte	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelungen beachten
§ 25 Absatz 4a	Aufenthaltserlaubnis	Opfer einer Straftat	Anspruch	Ab 01.03.2015 keine Leistungsberechtigung nach § 1 AsylbLG mehr, ggf. Wohnsitzregelungen beachten
§ 25 Absatz 4b	Aufenthaltserlaubnis	Opfer einer Straftat	Anspruch	Ab 01.03.2015 keine Leistungsberechtigung nach § 1 AsylbLG mehr, ggf. Wohnsitzregelungen beachten
§ 25 Absatz 5 (bis 18 Monate)	Aufenthaltserlaubnis	Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG, sofern die Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung noch keine 18 Monate zurückliegt
§ 25 Absatz 5 (ab 19. Monat)	Aufenthaltserlaubnis	Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich	Anspruch	Ab 01.03.2015 keine Leistungsberechtigung nach § 1 AsylbLG mehr sofern die Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung bereits 18 Monate zurückliegt, ggf. Wohnsitzregelungen beachten
§ 25a	Aufenthaltserlaubnis	Gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende	Anspruch	§ 7 Absatz 1 Satz 3 SGB II, ggf. Wohnsitzregelungen beachten

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 4
Darstellung der Aufenthaltstitel nach dem AufenthG

§§ AufenthG	Art des Titels	Aufenthaltszweck	Rechtsfolge im SGB II	Bemerkungen
§ 26 Absatz 3	Niederlassungserlaubnis	Asylberechtigte und Flüchtlinge	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 26 Absatz 4	Niederlassungserlaubnis	Nach humanitärem Aufenthalt	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt
§ 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1	Aufenthaltserlaubnis	Ehegatten eines Deutschen	Anspruch	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3	Aufenthaltserlaubnis	Familiennachzug zu Deutschen	Anspruch	
§ 28 Absatz 2	Niederlassungserlaubnis	Angehöriger einer/eines Deutschen	Anspruch	
§ 30	Aufenthaltserlaubnis	Ehegattennachzug zu Ausländern	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat, Ausnahme: wenn die Bezugsperson einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 hat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben, siehe FW zu § 7 SGB II,
§ 31	Aufenthaltserlaubnis	Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 32	Aufenthaltserlaubnis	Kindernachzug	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat, Ausnahme: wenn die Bezugsperson einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 hat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben, siehe FH zu § 7 SGB II,
§ 33		Geburt des Kindes im Bundesgebiet	Anspruch	
§ 34	Aufenthaltserlaubnis	Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Kinder	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 36	Aufenthaltserlaubnis	Nachzug der Eltern oder sonstiger Familienangehöriger	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat Ausnahme: Wenn die Bezugsperson einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 hat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben; Bei Einreise der Familienangehörigen mit D-Visum und Bezugsperson mit Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 besteht ab Einreise Leistungsanspruch
§ 37	Aufenthaltserlaubnis	Recht auf Wiederkehr	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 38 Absatz 1 Nummer 1	Niederlassungserlaubnis	Ehemalige Deutsche	Anspruch	Wird erst nach einem Aufenthalt > 3 Monate ausgestellt

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 4
Darstellung der Aufenthaltstitel nach dem AufenthG

§§ AufenthG	Art des Titels	Aufenthaltszweck	Rechtsfolge im SGB II	Bemerkungen
§ 38 Absatz 1 Nummer 2	Aufenthaltserlaubnis	Ehemalige Deutsche	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 38a	Aufenthaltserlaubnis	Personen mit Daueraufenthalt-EU aus anderen Ländern	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 60a		Duldung	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG
§ 68	i. V. m. Aufenthaltserlaubnis oder Visum	Vorliegen einer Verpflichtungserklärung	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben, Leistungen beim Verpflichtungsgeber geltend machen
§ 81 Absatz 3 Satz 1		Fiktionsbescheinigung (Erlaubnisfiktion)	Ausschluss	In der Regel noch kein gewöhnlicher Aufenthalt, Aufenthalt nur bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde erlaubt
§ 81 Absatz 3 Satz 2		Fiktionsbescheinigung/vollziehbare Ausreisepflicht (Duldungsfiktion)	Ausschluss	Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG
§ 81 Absatz 4		Fiktionsbescheinigung (Fortgeltungsfiktion)	Wie bisheriger Status	Leistungsgewährung ist vom bisherigen Aufenthaltstitel abhängig
§ 104a	Aufenthaltserlaubnis	Altfallregelung	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben
§ 104b	Aufenthaltserlaubnis	Integrierte Kinder von geduldeten Ausländern	Ausschluss 3 Monate, Anspruch ab 4. Monat	Alg II-Bezug kann Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht haben

Fachliche Weisungen § 7 SGB II
Anlage 5
Darstellung der Aufenthaltsrechte nach dem FreizügG/EU

Freizügigkeitsrecht	Leistungsanspruch als....	Leistungsausschluss wegen...
3 Monate voraussetzungsloses Aufenthaltsrecht (§ 2 Absatz 5 Satz 1 FreizügG/EU)		... 3-Monats-Ausschluss - unverändert, (§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1)
Arbeitnehmer (auch geringfügig Beschäftigte), Berufsausbildung (duales System) (§ 2 Absatz 2 Nummer 1 FreizügG/EU)	Arbeitnehmer/Selbständige - unverändert	
Arbeitsuche (in der Regel 6 Monate) (§ 2 Absatz 2 Nummer 1a FreizügG/EU)		... alleinigem Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche, (bis 12/2016: § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ab 01/2017: § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b)
niedergelassene selbständige Erwerbstätige (auch in geringfügigem Umfang) (§ 2 Absatz 2 Nummer 2 FreizügG/EU)	Arbeitnehmer/Selbständige - unverändert	
Erbringer von Dienstleistungen (§ 2 Absatz 2 Nummer 3 FreizügG/EU)	Arbeitnehmer/ Selbständiger, wenn der gewöhnliche Aufenthalt in Deutschland liegt - unverändert	... nicht anspruchsberechtigt, wenn kein gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland - unverändert
Empfänger von Dienstleistungen (§ 2 Absatz 2 Nummer 4 FreizügG/EU)		... keinem gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland – unverändert, (§ 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4)
nicht erwerbstätige Unionsbürger und Unionsbürger ohne Freizügigkeitsrecht (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 FreizügG/EU)		bis 12/2016: ... „Erst-recht-Ausschluss“ ab 01/2017: ... fehlendem Aufenthaltsrecht (§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a)
Familienangehörige (§ 2 Absatz 2 Nummer 6 FreizügG/EU)	Abhängig von der Bezugsperson - unverändert	
vorübergehender Erwerbsminderung infolge Krankheit oder Unfall nach Arbeitnehmer/Selbständigkeit (§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 FreizügG/EU)	Arbeitnehmer/Selbständige unverändert	
Unfreiwillige durch AA bestätigte Arbeitslosigkeit nach Arbeitnehmer/ Selbständigkeit (§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 FreizügG/EU)	Arbeitnehmer/Selbständige für 6 Monate bei vorheriger Beschäftigung/Selbständigkeit weniger als 1 Jahr, sonst unbegrenzt - unverändert	
Kinder von Wanderarbeitnehmern zur Fortsetzung einer Ausbildung (Artikel 10 VO (EU) 492/2011)	bis 12/2016: eLb ab 4. Monat, wenn über 15 Jahre alt	ab 01/2017: ... alleinigem Aufenthaltsrecht aus Artikel 10 VO (EU) 492/2011 (§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe c)
Nicht erwerbstätige Eltern von Kindern mit einem Aufenthaltsrecht nach Artikel 10 VO (EU) 492/2011	bis 12/2016: eLb ab 4. Monat, wenn Personensorge für das Kind tatsächlich ausgeübt wird	ab 01/2017: ... abgeleitetem Aufenthaltsrecht aus Artikel 10 VO (EU) 492/2011 (§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe c)